

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

D. 2004 — 1001

[C — 2004/33018]

**11. DEZEMBER 2003 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten und zur Abänderung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen Öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere Artikel 54, abgeändert durch die Gesetze vom 18. Juli 1990 und vom 16. Juli 1993;

Auf Grund der Richtlinie 92/85/EWG vom 19. Oktober 1992 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitszustandes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz, insbesondere Artikel 9;

Auf Grund der Richtlinie 96/34/EG des Rates vom 3. Juni 1996 zu der von UNICE, CEEP und EGB geschlossenen Rahmenvereinbarung über Elternurlaub;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 27. April 2000, 18. Februar 2002, 18. November 2002 und 20. Februar 2003;

Auf Grund des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen Öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 20. Februar 2003;

Auf Grund der Protokolle des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft Nr. S7/2001 vom 20. Juni 2001, Nr. S10/2001 vom 29. Oktober 2001, Nr. S4/2003 vom 25. Februar 2003 und Nr. S 6/2003 vom 22. August 2003;

Auf Grund der Gutachten der Finanzinspektion vom 14. Februar 2001, 13. Dezember 2001, 19. Februar 2003 und vom 26. August 2003;

Auf Grund des Einverständnisses des Pensionsministers vom 24. Dezember 2002;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt und das Personal erteilt am 17. März 2003 und am 26. August 2003;

Auf Grund der Beratung der Regierung über den Antrag auf Begutachtung durch den Staatsrat innerhalb einer Frist von höchstens einem Monat;

Auf Grund der Gutachten Nr. 35.862/3, 35.400/1 und 35.403/1 des Staatsrates, die am 23. September 2003 in Anwendung von Artikel 84 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurden;

In Erwägung der Tatsache, dass der Staatsrat in seinen Gutachten empfiehlt keine eigenständigen Erlasse zu verabschieden, sondern die höher angeführten Erlasse vom 27. Dezember 1996 und 7. Juni 2001 anzupassen und daher im vorliegenden Text drei getrennte Erlasse zusammengeführt werden;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten zuständig für den Haushalt und das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

*KAPITEL I — Abänderung des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996  
zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft  
und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten*

**Artikel 1** - Artikel 3 § 2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Die Überprüfung der erforderlichen körperlichen Eignung wird vom Staatlichen Sozialmedizinischen Amt oder von einem von der Regierung bezeichneten anerkannten Dienst vorgenommen.»

**Art. 2** - Artikel 4 desselben Erlasses erfährt folgende Änderungen:

1. In Absatz 3 wird die Wortfolge «im weiteren Text mit A.G.K.E. bezeichnet» aufgehoben.

2. Es wird ein vierter Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«In Abweichung von Absatz 3 ist für die Stufen III und IV kein Diplom oder Zeugnis erforderlich.»

**Art. 3** - Artikel 8 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 8 - Niemand darf eine Stelle einer bestimmten Stufe bekleiden, bevor er Inhaber des für diese Stufe erforderlichen Diploms ist oder eine entsprechende Aufstiegsprüfung bestanden hat.»

**Art. 4** - Kapitel II desselben Erlasses erfährt folgende Änderungen:

1. Die Artikel 12 bis 22 bilden den Abschnitt I mit dem Titel «Allgemeine Bestimmungen».

2. In Artikel 12 wird der einleitende Satzteil durch folgende Worte ersetzt:

«Als Beamter im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft darf nur angeworben werden, wer neben den in Artikel 3 § 2 vorgesehenen Zulassungsbedingungen folgende Bedingungen erfüllt:»

3. In Artikel 12 wird ein zweiter Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«In Abweichung von Absatz 1 Nummer 1 kann für die Dienstgrade der Ränge I.A und I.B ebenfalls ein Beamter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder einer der in Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen Öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen angeführten Einrichtungen angeworben werden, der über Aufstieg endgültig in der Stufe I ernannt worden ist.»

4. Artikel 18 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 18 - Jemand kann nur ernannt werden, nachdem er die Probezeit erfolgreich bestanden hat.»

5. In Artikel 21 wird ein zweiter Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Leistet der Anwärter während der Probezeit keine vollzeitigen Dienste auf Grund einer verordnungsrechtlich möglichen Laufbahnunterbrechung oder einer Verringerung der Arbeitszeit, wird die in Absatz 1 angeführte Dauer der Probezeit entsprechend dem Prozentsatz der Verringerung der Dienstleistung verlängert.»

6. Die Artikel 23 bis 36 bilden den Abschnitt II mit dem Titel, Probezeit in den Stufen I, II+, II, III und IV außer für die Dienstgrade der Ränge I.A und I.B

7. Es wird ein Abschnitt III, die Artikel 36.1 bis 36.10 enthaltend, eingefügt:

«*Abschnitt III* — Probezeit für die Dienstgrade der Ränge I.A und I.B

Artikel 36.1 - Die Probezeit wird im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Dienstgrade des Rangs I.A unter Aufsicht des für das Personal zuständigen Ministers und für die Dienstgrade des Rangs I.B unter Aufsicht des Generalsekretärs absolviert.

Zu Beginn seiner Probezeit wird der Betroffene über seine statutarischen Rechte und Pflichten unterrichtet.

Die Tätigkeit des Anwärters unterscheidet sich grundsätzlich nicht von der Tätigkeit eines Beamten.

Artikel 36.2 - Die Regierung kann das Absolvieren von Praktika und Ausbildungen während der Probezeit auferlegen.

Artikel 36.3 - Am Ende der Probezeit wird vom Anwärter ein persönlicher Bericht über den Verlauf der Probezeit erstellt. Dieser Bericht wird für die Dienstgrade des Rangs I.A dem für das Personal zuständigen Minister und für die Dienstgrade des Rangs I.B dem Generalsekretär 4 Wochen vor Ende der Probezeit zugestellt.

Artikel 36.4 - Für die Dienstgrade des Rangs I.A erstellt der für das Personal zuständige Minister und für die Dienstgrade des Rangs I.B erstellt der Generalsekretär nach dem dritten, sechsten und neunten Monat der Probezeit jeweils einen Probezeitbericht.

Der Anwärter visiert den Bericht unmittelbar zur Kenntnisnahme. Es wird ihm eine Kopie überlassen.

Die Regierung wird über die Berichte in Kenntnis gesetzt.

Der für das Personal zuständige Minister beziehungsweise der Generalsekretär erstellt drei Wochen vor dem Ende der Probezeit einen vierten Probezeitbericht mit einer Empfehlung für die Regierung zu ernennen oder nicht. Der Anwärter visiert den Bericht unmittelbar zur Kenntnisnahme. Es wird ihm eine Kopie überlassen. Bericht und Empfehlung gehen umgehend an die Regierung.

Artikel 36.5 - Die Probezeitberichte und die Bewertung eines Anwärters richten sich nach folgenden Kriterien:

1. Leistungsbereitschaft
2. fachliche Eignung
3. Teamgeist
4. Verantwortungsbewusstsein
5. Führungsstärke

Mit Bezug auf den Aufgabenbereich des Anwärters wird gegebenenfalls dessen Kreativität zusätzlich berücksichtigt.

Artikel 36.6 - Der Anwärter kann innerhalb von 10 Arbeitstagen ab dem Tag des Visums schriftlich zu jedem Bericht Stellung beziehen. Diese Stellungnahme wird gleichzeitig an den für das Personal zuständigen Minister beziehungsweise den Generalsekretär und an die Regierung gerichtet.

Artikel 36.7 - Nach Eingang des in Artikel 36.4 Absatz 4 vorgesehenen Berichts und der Empfehlung sowie der in Anwendung von Artikel 36.6 eventuell erfolgten Stellungnahme stellt die Regierung am Ende der Probezeit fest, ob sie erfolgreich absolviert wurde oder nicht. Dabei berücksichtigt sie sowohl die Probezeitberichte und die eventuellen Stellungnahmen des Anwärters wie auch die gegebenenfalls auferlegte Teilnahme an Praktika und Ausbildungen. Auf seinen Wunsch hin oder auf Initiative der Regierung wird der Anwärter während der Zeitspanne zwischen Eingang des Berichts und der eventuellen Stellungnahme sowie dem Ende der Probezeit angehört.

Artikel 36.8 - § 1 Wenn die Regierung am Ende der Probezeit den Erfolg der Probezeit feststellt, erfolgt umgehend die Ernennung.

§ 2 Wenn die Probezeit nicht erfolgreich absolviert wurde, trifft die Regierung einen Entlassungsbeschluss, der dem Anwärter durch Einschreibesendung übermittelt wird. Bis zum Tage des Entlassungsbeschlusses gilt die Probezeit des Anwärters als verlängert.

Handelt es sich beim Anwärter um einen endgültig ernannten Beamten des Ministeriums oder einer der in Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen Öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen angeführten Einrichtungen, erfolgt in Abweichung von Absatz 1 kein Entlassungsbeschluss, sondern er trägt nach dem Ende der Probezeit im Ministerium oder in der Einrichtung erneut den Dienstgrad und den Rang, die er vor Beginn seiner Probezeit dort getragen hat.

Artikel 36.9 - Ab dem Tag des Entlassungsbeschlusses läuft eine Kündigungsfrist von drei Monaten. Zum Datum des Entlassungsbeschlusses wird entsprechend der erwähnten Kündigungsfrist mit dem Betroffenen ein auf drei Monate befristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen.

Artikel 36.10 - Die Probezeit wird von Amts wegen und ohne Kündigungsfrist beendet in denselben Fällen, wie sie für den Verlust von Amts wegen ohne Kündigungsfrist der Beamteneigenschaft vorgesehen sind.

Außerdem hat die Entlassung auf Antrag die Beendigung der Probezeit zur Folge.

**Art. 5** - Im selben Erlass wird ein Kapitel IIbis, die Artikel 36.11 bis 36.14 enthaltend, eingefügt:

«KAPITEL IIbis — *Übernahme von endgültig ernannten Beamten anderer Behörden*

Artikel 36.11 - Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter Behörde die in Artikel 14 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat angeführten Verwaltungsbehörden.

Artikel 36.12 - Ein Beamter einer anderen Behörde kann übernommen werden.

Bei einer Übernahme erfolgen die Kündigung bei der anderen Behörde und die endgültige Ernennung beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft ohne zeitliche Unterbrechung, wobei der übernommene Beamte keine Probezeit zu absolvieren hat.

Artikel 36.13 - Es gelten folgende Übernahmebedingungen:

der Beamte ist bei der Behörde, die er verlässt, endgültig ernannt und im aktiven Dienst

der Beamte erfüllt die in Artikel 3 § 2 Absatz 1 angeführten Zulassungsbedingungen

Artikel 36.14 - § 1 Der Beamte kann im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft in einer bestimmten Stufe endgültig ernannt werden, insofern er bei der Behörde, die er verlässt, in einem Dienstgrad endgültig ernannt war, für den bei der Anwerbung ein Diplom in der entsprechenden Stufe gemäß Artikel 4 erforderlich ist.

§ 2 Handelt es sich um die endgültige Ernennung in einen anderen Dienstgrad als einen Anwerbsdienstgrad, weist der Beamte zusätzlich in der entsprechenden Stufe das administrative Dienstalter auf, das erforderlich ist, um als Beamter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft in diesen Dienstgrad befördert werden zu können.

Die Dienstalterberechnung der Dienste, die bei der Behörde geleistet wurden, die er verlässt, erfolgt gemäß den Bestimmungen der Artikel 44 bis 48.

§ 3 Eine Übernahme in den Dienstgraden der Ränge I.A und I.B ist ausgeschlossen.»

**Art. 6** - In Artikel 44 desselben Erlasses wird zwischen § 1 und § 2, der § 3 wird, ein § 2 eingefügt mit folgendem Wortlaut:

«§ 2 Für die Beamten, die in Anwendung von Kapitel IIbis übernommen wurden, wird das allgemeine Dienstalter und das Stufenalter, das sie bei der Behörde erworben haben, die sie verlassen haben, gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts ermittelt und hinsichtlich der Beförderung berücksichtigt.»

**Art. 7** - Artikel 55 desselben Erlasses wird aufgehoben.

**Art. 8** - In Artikel 58 Absatz 1 desselben Erlasses wird der zweite Satz durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Für die Beförderung zu den Dienstgraden IV.A, III.A, II.A, II+.A und I.D muss der Bewerber zusätzlich ein administratives Stufenalter von mindestens 9 Jahren aufweisen.»

**Art. 9** - In Artikel 74 § 2 Absatz 2 desselben Erlasses wird eine Nummer 7 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«7. im Falle eines der in Artikel 117 vorgesehenen Urlaube»

**Art. 10** - Im selben Erlass wird ein Artikel 81.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 81.1 - Wenn das Gehalt eines Beamten, der angeworben wurde, in Anwendung der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses geringer ist als das, welches er zuvor als Vertragsbediensteter in Anwendung des Erlasses vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses bezog, kommt er weiterhin in den Genuss dieses höheren Gehalts bis er in Anwendung der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses ein mindestens gleich hohes Gehalt bezieht.»

**Art. 11** - Im selben Erlass wird ein Artikel 81.2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 81.2 - Die Regierung kann beschließen, dass ein Beamter, der in Anwendung von Kapitel IIbis übernommen wurde, weiterhin aufgrund der Gehaltstabelle entlohnt wird, die auf ihn bei der Behörde Anwendung fand, die er verlassen hat, bis zum Zeitpunkt, wo er in Anwendung der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses ein mindestens gleich hohes Gehalt bezieht.»

**Art. 12** - Im selben Erlass wird ein Artikel 81.3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 81.3 - Ein Beamter, der zuvor in Anwendung des Erlasses vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses im Ministerium oder in einer Einrichtung als Vertragsbediensteter tätig war, erhält nach insgesamt vier Jahren finanziellem Dienstalter, wobei die geleisteten Dienste als Vertragsbediensteter ebenfalls berücksichtigt werden, eine Entlohnung nach der Gehaltstabelle des ersten Beförderungsdienstgrades derselben Laufbahn.

Vorliegende Bestimmung hat keinerlei Auswirkungen hinsichtlich der Beförderungsordnung.»

**Art. 13** - Im selben Erlass wird ein Kapitel VI, die Artikel 88 bis 92 enthaltend, eingefügt:

«KAPITEL VI — Rechte, Pflichten, Unvereinbarkeiten und gleichzeitige Ausübung zusätzlicher beruflicher Tätigkeiten

Artikel 88 - Die Rechte und Pflichten der Beamten und Anwärter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden durch die Vorschriften der Artikel 4 bis 8 des Königlichen Erlasses vom 22. Dezember 2000 zur Festlegung der auf das Personal der Dienste der Gemeinschafts- und Regionalregierungen und des Kollegiums der gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Französischen Gemeinschaftskommission sowie der von ihnen abhängenden juristischen Personen öffentlichen Rechts anwendbaren allgemeinen Grundsätze des Verwaltungs- und Besoldungsstatuts der Staatsbediensteten, im weiteren Text mit "A.G.K.E." bezeichnet, bestimmt.

Artikel 89 - § 1 Als berufliche Aktivität gilt jede Tätigkeit, die Anrecht auf ein Berufseinkommen im Sinne des Einkommenssteuergesetzbuches gibt. Vereinzelt Aktivitäten ohne regelmäßigen Charakter sind jedoch nicht betroffen. Die Ausübung politischer Mandate gelten nicht als zusätzlich berufliche Aktivität im Sinne des vorliegenden Erlasses.

§ 2 Zusätzliche berufliche Aktivitäten im öffentlich-rechtlichen Bereich werden dem Generalsekretär vor Aufnahme der Tätigkeit auf dem Dienstweg mitgeteilt. Er kann, nach vorheriger Stellungnahme des Direktionsrats, innerhalb einer Frist von 20 Kalendertagen der Regierung die Untersagung dieser Tätigkeit vorschlagen. Die Regierung entscheidet auf der nächstfolgenden Regierungssitzung.

§ 3 Die Beamten dürfen zusätzliche berufliche Aktivitäten im privatwirtschaftlichen Bereich nur mit schriftlicher Erlaubnis der Regierung wahrnehmen - es sei denn, es handelt sich um eine Tätigkeit im dienstlichen Interesse, die im Auftrag eines Vorgesetzten ausgeübt wird.

Der Generalsekretär legt den Antrag für zusätzliche berufliche Aktivitäten im privatwirtschaftlichen Bereich dem Direktionsrat zur Stellungnahme vor. Die Regierung trifft ihre Entscheidung nach Kenntnisnahme der Stellungnahme und begründet gegebenenfalls in ihrer Entscheidung die Abweichung von der Stellungnahme.

§ 4 Eine Erlaubnis kann zurückgezogen werden. Die Regierung holt zuvor die Stellungnahme des Direktionsrates ein.

Artikel 90 - Die zusätzliche berufliche Aktivität ist insbesondere unzulässig:

1. wenn sie die Erfüllung der normalen dienstlichen Tätigkeit beeinträchtigen kann;
2. wenn sie die Würde des Amtes verletzen kann;
3. wenn sie als unvereinbar mit dem Beamtenstatut erscheint.

Artikel 91 - Der Generalsekretär entscheidet, in welchem Dienst des Ministeriums der Beamte tätig ist. Vor Änderungen hört er den Betroffenen und den Direktionsrat an.

Artikel 92 - Vorliegendes Kapitel ist auch anwendbar auf die Anwärter.»

**Art. 14** - Im selben Erlass wird ein Kapitel VII, die Artikel 93 bis 98 enthaltend, eingefügt:

«KAPITEL VII — Die Dienststände

Artikel 93 - Jeder Beamte befindet sich ganz oder teilweise in einem der folgenden Dienststände:

1. aktiver Dienst
2. nicht-aktiver Dienst

Artikel 94 - Ein Beamter, der sich im aktiven Dienst befindet, hat, soweit nicht anders bestimmt, Anrecht auf Fortzahlung des Gehalts sowie auf Beförderung und zeitlich gestufte Erhöhungen.

Artikel 95 - Ein Beamter, der sich im nicht-aktiven Dienst befindet, hat, soweit nicht anders bestimmt, kein Anrecht auf Gehaltszahlung. Er verliert sein Anrecht auf Beförderung und auf zeitlich gestufte Erhöhungen.

Artikel 96 - Ein Beamter befindet sich immer im aktiven Dienst, es sei denn eine ausdrückliche Bestimmung versetzt ihn von Rechts wegen oder durch Entscheidung der befugten Instanz ganz oder teilweise in den nicht-aktiven Dienst.

Artikel 97 - Niemand darf im vollen nicht-aktiven Dienst verbleiben, wenn er alle Bedingungen erfüllt, um eine Pension zu erhalten.

Artikel 98 - Vorliegendes Kapitel ist auch anwendbar auf die Anwärter.»

**Art. 15** - Im selben Erlass wird ein Kapitel VIII, die Artikel 99 bis 191 enthaltend, eingefügt:

« KAPITEL VIII — Urlaube und Abwesenheiten

Abschnitt 1 — Allgemeines

Artikel 99 - § 1 Die Urlaubsregelung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist auch auf die Anwärter anwendbar, außer was folgende Regelungen betrifft:

1. Abwesenheit aus persönlichen Gründen
2. Abwesenheiten in Artikel 117

### 3. Abschnitt 10: Bildungsurlaub

4. Dienstbefreiung zur Ausführung eines Auftrags, der nicht durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vergeben wird

§ 2 Folgende Regelungen zur Abwesenheit sind auch auf die Vertragsbediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbar:

1. Abschnitt 2: Jahresurlaub und Feiertage

2. Abschnitt 3: Urlaub aus bestimmten Gründen

3. Der Elternschaftsurlaub

4. Der Adoptionsurlaub

5. Abschnitt 9: Dienstbefreiung wegen Aus- und Weiterbildung

6. Abschnitt 10: Bildungsurlaub

7. Abschnitt 11: Dienstbefreiung zur Ausführung eines Auftrags

8. Abschnitt 13: Dienstbefreiung zum Eintritt in den Dienst des Königs oder eines Prinzen oder einer Prinzessin von Belgien

9. Abschnitt 14: Dienstbefreiung wegen Stillpausen

Artikel 100 - Der Begriff Arbeitstage beinhaltet die Tage, an denen der Beamte im Rahmen seines Dienstes tätig sein muss.

Unter Urlaub sind alle geregelten Abwesenheiten während Arbeitstagen zu verstehen. Der Urlaub gehört soweit nicht anders bestimmt zum aktiven Dienst.

Die Dienstbefreiung umfasst alle durch die Behörde gewährten oder vorgegebenen Abwesenheiten während der Dienstzeit, die nicht zum Urlaub gezählt werden. Die Dienstbefreiung zählt zum aktiven Dienst.

Unter Lebensgefährte/-in ist die Person zu verstehen, die gemeinsam mit dem Beamten in einem eheähnlichen Verhältnis unter einem Dach wohnt.

Artikel 101 - Die durchschnittliche Höchstarbeitszeit darf 38 Stunden pro Woche nicht überschreiten.

Vorliegender Artikel ist auch auf die Vertragsbediensteten anwendbar.

Artikel 102 - Unbeschadet Artikel 103 darf ein Personalmitglied sich nur dann vom Dienst entfernen, wenn ihm ein Urlaub oder eine Dienstbefreiung gewährt wurde.

Wer sich unerlaubt vom Dienst entfernt oder ohne weitere Genehmigung seinen Dienst nach einer genehmigten Abwesenheit nicht wieder aufnimmt, wird, ungeachtet disziplinarischer oder administrativer Maßnahmen, in den nicht-aktiven Dienst versetzt.

Artikel 103 - Die Beteiligung an einer vorher angemeldeten konzertierten Arbeitsniederlegung zählt zum aktiven Dienst. Der Beamte hat kein Anrecht auf Auszahlung eines Gehalts für die Zeit der Arbeitsniederlegung.

Die Vertragsdiensteten haben kein Anrecht auf Auszahlung eines Gehalts für die Zeit der Arbeitsniederlegung.

Artikel 104 - Sofern nicht anders geregelt, werden die Urlaube, Dienstbefreiungen und sonstigen Abwesenheiten vom Generalsekretär oder von einem von ihm bezeichneten Stellvertreter gewährt.

### *Abschnitt 2 — Jahresurlaub und Feiertage*

Artikel 105 - Jeder Beamte hat Anrecht auf Jahresurlaub.

Der Jahresurlaub wird durch den Abteilungsleiter gewährt.

Der Jahresurlaub kann aufgeteilt werden, muss jedoch mindestens einmal eine Dauer von 5 aufeinanderfolgenden Arbeitstagen haben.

Die Anzahl Jahresurlaubstage beläuft sich:

1. für Beamte bis zum 45. Lebensjahr: auf 26 Tage;

2. für Beamte zwischen 45 und 50 Jahre: auf 27 Tage;

3. für Beamte ab dem 50. Lebensjahr: auf 28 Tage;

Ab dem Jahr, in dem der Beamte sein 60. Lebensjahr erreicht, erhält er einen weiteren Urlaubstag pro zusätzlichem Lebensjahr.

Der Jahresurlaub wird innerhalb des Kalenderjahres genommen, auf das sich das Anrecht bezieht. Es können jedoch höchstens 10 Urlaubstage auf das nächste Kalenderjahr übertragen werden. Der Direktionsrat kann in begründeten Fällen von dieser Regelung abweichen, um die Übertragung einer höheren Anzahl Urlaubstage zu ermöglichen.

Artikel 106 - § 1 - Jede Periode Dienstaktivität gibt Anrecht auf Jahresurlaub.

Der Jahresurlaub wird in folgenden Fällen verhältnismäßig gekürzt:

1. wenn ein Beamter im Laufe des Jahres seinen Dienst antritt oder ihn verlässt,

2. für die Abwesenheit aus persönlichen Gründen,

3. für die Zeit der Laufbahnunterbrechung,

4. bei Verringerung der Arbeitszeit,

5. bei einer der unbezahlten Urlaubs- und Abwesenheitsmöglichkeiten

6. für die Zeit, in der sich der Beamte im nicht-aktiven Dienst befindet.

Bei der Berechnung der Anzahl Urlaubstage wird bei Dezimalstellen aufgerundet auf den nächsthöheren halben Tag.

Die proportionale Berechnung ist nicht anwendbar auf die in Artikel 105 vorgesehenen zusätzlichen Urlaubstage ab dem 60. Lebensjahr.

§ 2. Falls der Beamte seinen Jahresurlaub aus dienstlichen Gründen vor seinem endgültigen Ausscheiden aus dem Dienst nicht beanspruchen konnte, erhält er für die entgangenen Urlaubstage eine Ausgleichsentschädigung verhältnismäßig zum letzten Gehalt.

Artikel 107 - An allen gesetzlichen Feiertagen sowie am 2. und 15. November, 26. Dezember, am Karnevalsmontag und am Karnevalsdienstag hat jeder Beamte zusätzlich dienstfrei.

Für den Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhält der Beamte einen zusätzlichen frei verfügbaren Tag Urlaub, der den gleichen Antragsregeln wie denen des Jahresurlaubes unterliegt.

Der Montag der Kirmes des Ortes, in dem der Dienst angesiedelt ist, gilt für den betroffenen Bediensteten als Urlaubstag. Wenn aus dienstlichem Interesse eine Schließung des Dienstes nicht möglich ist, kann der Urlaubstag zu den in Artikel 108 vorgesehenen Bedingungen ausgeglichen werden.

Die Feiertage gelten als aktiver Dienst.

Artikel 108 - Wenn ein gesetzlicher Feiertag oder ein in Artikel 107 vorgesehener Feiertag auf einen Samstag oder Sonntag fällt, kann ein frei verfügbarer Ausgleichstag genommen werden, der den gleichen Antragsregeln wie denen des Jahresurlaubes unterliegt. Bei Teilzeitarbeit wird das Anrecht auf Ausgleichsurlaub verhältnismäßig gekürzt.

Der Direktionsrat kann jedoch feste Daten für solche Ausgleichstage festlegen. Die Beamten, die an diesen Tagen trotzdem arbeiten müssen, können zu den im vorigen Absatz erwähnten Antragsregeln ausgleichen.

### Abschnitt 3 — Urlaub aus bestimmten Gründen

Artikel 109 - Ergänzend zum Jahresurlaub, hat ein Beamter Anrecht auf Urlaub aus bestimmten Gründen gemäß folgender Tabelle:

Anlass	Anzahl Tage
Hochzeit des Beamten	4
Niederkunft der Ehefrau/Lebensgefährtin	10
Tod des(r) Ehepartners(-in)/Lebensgefährten(-in), eines Elternteils oder eines Verwandten ersten Grades	4
Hochzeit eines Kindes	2
Hochzeit eines Elternteils oder Stiefelternteils, von Geschwistern oder Stiefgeschwistern, eines Enkelkinds	1
Tod eines Verwandten, der unter dem gleichen Dach lebt	2
Tod eines Verwandten zweiten Grades, der nicht unter dem gleichen Dach lebt	1
Weihe oder Eintritt in ein Kloster eines Kindes des Beamten, eines Kindes seines Ehepartners (-in), seines Lebensgefährten(-in) oder jedes religiöse oder laizistische gleichgestelltes Ereignis	1
die heilige Kommunion eines Kindes des Beamten, eines Kindes seines Ehepartners(-in), seines Lebensgefährten(-in) oder jede religiöse oder laizistische gleichgestellte Zeremonie	1

Artikel 110 - Ein Beamter, der Blut oder Plasma spendet, hat Anrecht auf Urlaub am Tag der Spende oder am Tag nach der Spende.

Artikel 111 - Ein Beamter, der Knochenmark spendet, hat Anrecht auf 4 Tage Urlaub ab dem Tag der Spende.

Artikel 112 - Ein Beamter, der ein Organ spendet, hat Anrecht auf Urlaub für die Dauer, die für die ärztlichen Vor- und Nachuntersuchungen sowie den Krankenhausaufenthalt nötig ist. Als Nachweis der benötigten Dauer gilt ein ärztliches Attest.

Artikel 113 - Der Beamte hat Anrecht auf Urlaub für die Dauer der Verpflichtung als Geschworener.

Wenn ein Beamter vor Gericht als Zeuge auftreten muss oder persönlich anwesend sein muss, hat er Anrecht auf Urlaub für die nachweislich notwendige Dauer.

Der Beamte, der an einem Wahlvorstand teilnimmt, erhält einen Urlaubstag am ersten Arbeitstag, der den Wahlen folgt.

Artikel 114 - Der Beamte hat Anrecht auf Urlaub, um in Friedenszeiten als Freiwilliger an Übungen des Zivilschutzes teilzunehmen. Gelten ebenfalls als Urlaub, die Teilnahmen an einberufenen Übungen der belgischen Streitkräfte.

Wenn der Beamte Mitglied der freiwilligen Feuerwehr ist, erhält er für die Dauer des Einsatzes, die in seine Dienstzeit fällt, eine Dienstbefreiung.

Artikel 115 - Der Beamte hat Anrecht auf Urlaub, um Reisen von Behinderten oder Kranken zu begleiten, die von einer staatlich anerkannten Organisation durchgeführt werden.

Der Urlaub wird nur bei Vorlage einer von der betreuenden Organisation ausgestellten Bescheinigung gewährt und darf die Anzahl von fünf Tagen jährlich nicht überschreiten.

Artikel 116 - Der Beamte hat Anrecht auf fünf Tage Urlaub im Jahr zur Betreuung eines kranken Familienangehörigen oder Lebensgefährten.

Der Grund des Urlaubs muss durch eine ärztliche Bescheinigung nachgewiesen werden.

Artikel 117 - Dem Beamten können folgende Urlaube gewährt werden, soweit sie dem Interesse des Dienstes nicht entgegen stehen:

1. 30 Arbeitstage im Jahr aus familiären Gründen, die in ganzen Tagen und mit jeweils mindestens fünftägigen Perioden zu nehmen sind;

2. Urlaub für die Dauer eines Praktikums oder einer Probezeit außerhalb des Ministeriums;

3. Urlaub zur Kandidatur bei föderalen, gemeinschaftlichen oder regionalen Legislativwahlen, Provinzialrats- und Gemeinderatswahlen oder Europawahlen, für die Dauer des Wahlkampfes.

Der Beamte muss eine schriftliche Anfrage beim Generalsekretär einreichen, für die Nummern 2 und 3 mindestens einen Monat im Voraus.

Die Entscheidung wird vom Generalsekretär nach Absprache mit dem betroffenen Abteilungsleiter getroffen.

Die Urlaube sind unbezahlt und zählen ansonsten zum aktiven Dienst.

#### *Abschnitt 4 — Urlaub aus persönlichen Gründen*

Artikel 118 - Ein Beamter kann einen Urlaub aus persönlichen Gründen von höchstens zwei Jahren während der gesamten Laufbahn beanspruchen, soweit er dem Interesse des Dienstes nicht entgegen steht.

Die Dauer des Urlaubs beträgt mindestens einen Monat.

Der Urlaub ist unbezahlt und zählt zum nicht-aktiven Dienst.

Artikel 119 - Der Urlaub aus persönlichen Gründen beginnt immer am ersten Tag eines Monats.

Artikel 120 - Ein Beamter, der einen Urlaub aus persönlichen Gründen in Anspruch nehmen möchte, reicht spätestens zwei Monate vor Beginn einen schriftlichen Antrag beim Generalsekretär ein. Dieser entscheidet nach Rücksprache mit dem zuständigen Abteilungsleiter im Interesse des Dienstes.

Stimmt der Generalsekretär dem Antrag nicht zu, muss er dies dem Personalmitglied innerhalb von zehn Tagen nach Erhalt des Antrags begründet mitteilen.

Artikel 121 - Der Urlaub aus persönlichen Gründen mit einer Mindestdauer von drei Monaten kann mittels einer schriftlichen Mitteilung vorzeitig beendet werden. Die Mitteilung ist spätestens zwei Monate vor Wiederaufnahme der Tätigkeit beim Abteilungsleiter einzureichen.

#### *Abschnitt 5 — Urlaube im Rahmen einer Geburt oder einer Adoption*

##### *Unterabschnitt 5.1 — Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub*

Artikel 122 - Der Mutterschaftsurlaub, so wie er in Artikel 39 des Arbeitsgesetz vom 16. März 1971 geregelt ist, zählt zum aktiven Dienst.

Artikel 123 - Das Gehalt der Beamtin im Mutterschaftsurlaub deckt fünfzehn Wochen ab, bei Mehrfachgeburten siebzehn Wochen.

Artikel 124 - Der pränatale Urlaub beginnt frühestens sechs Wochen und bei Mehrfachgeburten acht Wochen vor dem Beginn der letzten sieben Tage, die dem ausgezählten Geburtsdatum vorausgehen.

Artikel 125 - Wenn der pränatale Urlaub von sechs oder acht Wochen erschöpft ist, die Geburt jedoch nach den sieben darauffolgenden Tagen noch nicht erfolgte, wird der pränatale Urlaub um die nötige Dauer verlängert. Der postnatale Urlaub von acht Wochen wird dadurch nicht gekürzt.

Artikel 126 - Folgende Abwesenheiten, die in die sechs oder bei Mehrfachgeburten acht Wochen des pränatalen Mutterschaftsurlaubs fallen, gelten als normale Arbeitstage, die nach dem postnatalen Urlaub ausgeglichen werden können:

1. der Jahresurlaub;
2. die Urlaubstage in Artikel 107, 109 und 116
3. die Abwesenheiten aus Krankheitsgründen mit Ausnahme der in Artikel 124 erwähnten Abwesenheiten.

Wenn in diesem Falle mehr als 10 Jahresurlaubstage auf das nächste Kalenderjahr verschoben werden sollten, ist die Genehmigung des Generalsekretärs erforderlich.

Artikel 127 - Die Probezeit ist während des Mutterschaftsurlaubs unterbrochen.

Artikel 128 - Die Beamtin hat im Rahmen der Schwangerschaft Anrecht auf Dienstbefreiung bei Vorsorge- und Nachsorgeuntersuchungen, die nicht außerhalb der Dienstzeit erfolgen können. Für die Dienstbefreiung legt sie eine Bescheinigung des behandelnden Arztes vor.

Artikel 129 - Schwangere oder stillende Beamtinnen dürfen keine Überstunden leisten. Diesbezüglich gelten als Überstunden alle Arbeitsstunden, die 38 Stunden pro Woche überschreiten.

Im Falle einer Teilzeitbeschäftigung wird die zu leistende Arbeitszeit proportional berechnet.

Artikel 130 - Wenn durch die von der Beamtin ausgeübte Tätigkeit ein Risiko in Bezug auf die Mutterschaft im Sinne des Arbeitsgesetz vom 16. März 1971 entsteht und dieses Risiko durch eine Veränderung der Arbeitsbedingungen oder der Aufgaben nicht beseitigt werden kann, erhält die Beamtin für die nötige Dauer eine Dienstbefreiung.

Artikel 131 - Bei einer Fehlgeburt vor dem 181. Tag der Schwangerschaft sind Artikel 122 bis 124 nicht anwendbar.

Artikel 132 - § 1 Wenn die Mutter bei der Geburt des Kindes stirbt oder nach der Geburt länger als das Neugeborene im Krankenhaus verbleiben muss, hat der Vater des Kindes Anrecht auf einen Vaterschaftsurlaub.

§ 2 Im Fall des Todes der Mutter beläuft sich die Dauer des Vaterschaftsurlaubs höchstens auf die Zeit des von der Mutter noch nicht beanspruchten Mutterschaftsurlaubs.

Wer einen Vaterschaftsurlaub in Anspruch nehmen möchte, informiert den Generalsekretär schriftlich innerhalb von sieben Tagen nach dem Tod der Mutter. Die Mitteilung enthält die Dauer des Urlaubs sowie dessen Beginn. Eine Todesurkunde wird in einem angemessenen Zeitraum nachgereicht.

§ 3 Wenn die Mutter in Folge der Geburt länger als das Neugeborene im Krankenhaus verbleibt, ist der Vaterschaftsurlaub auf die Dauer des Aufenthaltes der Mutter im Krankenhaus begrenzt, ohne die Dauer des nach der Geburt verbleibenden Mutterschaftsurlaubs zu überschreiten.

Wer diesen Vaterschaftsurlaub in Anspruch nehmen möchte, informiert den Generalsekretär unmittelbar schriftlich darüber. Die Mitteilung enthält die Dauer des Urlaubs sowie dessen Beginn. Der Mitteilung ist eine Bescheinigung des Krankenhauses beigelegt.

§ 4 Der Vaterschaftsurlaub zählt zum aktiven Dienst.

#### Unterabschnitt 5.2 — Adoptionsurlaub

Artikel 133 - Der Beamte hat auf Anfrage Anrecht auf Urlaub, wenn er ein Kind von weniger als 10 Jahren im Hinblick auf dessen Adoption oder Pflegschaft aufnimmt.

Der Urlaub beträgt höchstens vier oder sechs Wochen, je nachdem ob das Kind das Alter von drei Jahren erreicht hat oder nicht.

Der Adoptionsurlaub ist dem aktiven Dienst gleichgestellt.

Die Probezeit ist während des Adoptionsurlaubs unterbrochen.

Artikel 134 - Im Falle einer Behinderung des adoptierten Kindes wird die Dauer des Urlaubs verdoppelt, wenn die Bedingungen zum Erhalt der Familienzulagen in Ausführung von Artikel 47 der koordinierten Gesetze bezüglich der Familienzulagen von Arbeitnehmern oder Artikel 26 des Königlichen Erlasses vom 8. April 1976 bezüglich des Familienbeihilfen für Selbständige erfüllt sind.

#### Unterabschnitt 5.3 — Elternschaftsurlaub

Artikel 135 - Der Beamte im aktiven Dienst kann nach einer Geburt oder einer Adoption einen Elternschaftsurlaub in Anspruch nehmen.

Artikel 136 - Der Elternschaftsurlaub hat eine Laufzeit von drei Monaten und kann in einzelne Monate gestückelt werden. Er muss vor dem 10. Lebensjahr des Kindes genommen werden.

Der Elternschaftsurlaub ist unbezahlt, ansonsten zählt er zum aktiven Dienst.

#### Abschnitt 6 — Verringerung der Arbeitszeit

Artikel 137 - Dem Beamten kann eine stundenweise Verringerung der Arbeitszeit gewährt werden, wobei mindestens eine halbezeitige Beschäftigung gewährleistet bleiben muss.

Die Anfrage auf Verringerung der Arbeitszeit muss mindestens zwei Monate vor Beginn schriftlich beim Abteilungsleiter eingereicht werden. Die Anfrage nach Verlängerung muss mindestens einen Monat vor Ablauf schriftlich eingereicht werden.

Die Anfrage wird an den Generalsekretär weitergeleitet, der die Entscheidung in Absprache mit dem Abteilungsleiter trifft.

Bei Ablehnung der Anfrage wird die Begründung dem betroffenen Beamten mindestens einen Monat vor Beginn der Maßnahme schriftlich mitgeteilt.

Artikel 138 - Die Regierung kann bestimmte Funktionen von der Möglichkeit der Verringerung der Arbeitszeit ganz oder teilweise ausschließen.

Artikel 139 - Die Arbeitszeit kann für eine Zeitspanne von drei bis vierundzwanzig Monaten verringert werden. Jede weitere Verlängerung, deren Anzahl unbegrenzt ist, kann für einen gleichen Zeitraum beantragt werden.

Die Dienstzeiten werden in Absprache mit dem Abteilungsleiter festgelegt.

Artikel 140 - § 1 - Die Genehmigung zur Verringerung der Arbeitszeit ist automatisch ausgesetzt, wenn der Beamte eine der folgenden Urlaubsorten beansprucht :

1. Urlaub, um in Friedenszeiten als Freiwilliger an Übungen des Zivilschutzes teilzunehmen
2. Urlaub für Kandidatur bei föderalen, gemeinschaftlichen oder regionalen Legislativwahlen, Provinzialrats- und Gemeinderatswahlen oder Europawahlen;
3. Urlaub um ein Praktikum oder eine Probezeit außerhalb des Ministeriums zu absolvieren;
4. Urlaube im Rahmen einer Geburt oder einer Adoption;
5. Dienstbefreiung zum Eintritt in den Dienst des Königs oder eines Prinzen oder einer Prinzessin von Belgien
6. Urlaub vorgesehen in Artikel 77 des Königlichen Erlasses vom 28. September 1984 zur Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 bezüglich der Beziehungen zwischen den öffentlichen Behörden und den Gewerkschaften des Personals dieser Behörden

§ 2 - Die Genehmigung zur Verringerung der Arbeitszeit ist bei Erhöhung des Dienstgrades automatisch aufgehoben.

Artikel 141 - Die Verringerung der Arbeitszeit gilt als nicht-aktiver Dienst.

Für die Berechnung des administrativen Dienstalters im Zusammenhang mit der Beförderung gilt:

1. bei einer Verringerung der Arbeitszeit von höchstens acht Stunden pro Woche werden die geleisteten Dienste wie vollzeitige Dienste berechnet;
2. bei einer Verringerung um mehr als acht Stunden werden 1976 Stunden Teilzeitarbeit als zwölf vollständige Kalendermonate berechnet;
3. ein Zwölftel von 1976 Stunden Teilzeitarbeit wird als vollständiger Kalendermonat berechnet, wobei nur vollständige Stunden berücksichtigt werden.

Artikel 142 - Auf Antrag des Beamten, der einen Monat vorher eingereicht werden muss, kann die Verringerung der Arbeitszeit vorzeitig aufgehoben werden.

#### Abschnitt 7 — Krankheitsurlaub

Artikel 143 - Der Beamte, der seine Arbeit aufgrund einer Krankheit oder eines Gebrechens nicht ausüben kann, befindet sich in Krankheitsurlaub.

Der Krankheitsurlaub ist dem aktiven Dienst gleichgestellt.

Artikel 144 - Die Regierung legt die Bestimmungen bezüglich der Kontrolle der Abwesenheiten wegen Krankheit fest.

Artikel 145 - Für die ersten drei Jahre seines Dienstes stehen jedem Beamten 63 Arbeitstage als Krankheitsurlaub zu. Für jede weiteren 12 Monate Dienstalter erhöht sich die Anzahl um 21 Arbeitstage.

Bei Kriegsinvaliden beträgt der Krankheitsurlaub 32 Arbeitstage pro Dienstjahr bzw. 95 Arbeitstage für die ersten drei Jahre.

Artikel 146 - § 1 - Die effektive Anzahl Urlaubstage aus Krankheitsgründen innerhalb der 12 Monate wird verhältnismäßig gekürzt bei folgenden Abwesenheiten:

1. Urlaub zur Kandidatur bei föderalen, gemeinschaftlichen oder regionalen Legislativwahlen, Provinzialrats- und Gemeinderatswahlen oder Europawahlen;
2. Urlaub um ein Praktikum oder eine Probezeit außerhalb des Ministeriums zu absolvieren;
3. Laufbahnunterbrechung;
4. Jeder andere nicht-aktive Dienst;
5. Krankheitsurlaub, mit Ausnahme des in Artikel 149 vorgesehenen Urlaubs
6. Verringerung der Arbeitszeit;

Das Ergebnis wird bei Dezimalzahlen immer auf die nächsthöhere Einheit aufgerundet.

§ 2 Bei Verringerung der Arbeitszeit wird der Krankheitsurlaub den Tagen angerechnet, an denen der Beamte seinen Dienst hätte leisten sollen.

Artikel 147 - Für die Bestimmung des Dienstaltes zur Errechnung der in Artikel 145 vorgesehenen Anzahl Tage gilt die in Artikel 45 vorgesehene Regelung.

Artikel 148 - § 1 - Tritt eine Krankheit vor Beginn eines gewährten Urlaubs ein, nimmt der ordnungsgemäß durch ärztliches Attest begründete Krankheitsurlaub für seine Dauer die Stelle des gewährten Urlaubs ein.

Tritt eine Krankheit innerhalb eines gewährten Urlaubs ein, bleibt der gewährte Urlaub gültig

Bei einem Krankenhausaufenthalt des Beamten ersetzt der Krankheitsurlaub den gewährten Urlaub.

§ 2 - § 1 Abschnitt 1 ist nicht anwendbar auf:

1. den Urlaub zur Verringerung der Arbeitszeit;
2. die Laufbahnunterbrechung.

Artikel 149 - § 1 - Der Krankheitsurlaub hat eine unbegrenzte Dauer, wenn der Grund der Krankheit oder des Gebrechens hervorgerufen wurde durch:

1. Arbeitsunfall;
2. Unfall auf dem Weg vom und zum Arbeitsplatz;
3. Berufskrankheit.

Die Tage Abwesenheit werden nicht von der in Artikel 145 vorgesehenen Anzahl Krankheitstage abgezogen.

§ 2 Der Beamte, der nach Entscheidung des Gesundheitsdienstes des Ministeriums von einer Berufskrankheit bedroht ist und der daraufhin seine Tätigkeit zeitweilig unterbrechen muss, erhält einen Urlaub für diese Dauer. Der Urlaub zählt zum aktiven Dienst.

Die Regierung bestimmt die Modalitäten der zeitweiligen Beurlaubung.

§ 3 Der Krankheitsurlaub, der durch das Verschulden Dritter verursacht wurde und der keinem der in § 1 aufgezählten Gründe zugeordnet wird, wird im Maße des Verschuldens des Dritten nicht von der Anzahl verbleibender Urlaubstage aus Krankheitsgründen abgezogen.

Artikel 150 - Ein Beamter kann nicht endgültig als arbeitsunfähig erklärt werden, wenn er nicht alle ihm zustehenden Tage Krankheitsurlaub aufgebraucht hat.

Artikel 151 - Sobald ein Beamter seine Urlaubstage aus Krankheitsgründen aufgebraucht hat, wird eine Kürzung von 40% seines zuletzt ausgezahlten vollen Gehalts durchgeführt. Das dann ausgezahlte Gehalt gilt als Wartegehalt.

Der Betrag des Gehalts darf jedoch nicht niedriger sein als:

1. die Vergütung, die dem Betroffenen zustände, wenn das System der Sozialsicherheit auf ihn anwendbar gewesen wäre;
2. der Pensionsbetrag, den er erhalten würde, wenn er zum Zeitpunkt in den vorzeitigen Ruhestand wegen Berufsuntauglichkeit versetzt würde.

Niemand erhält ein Wartegehalt, wenn er von Rechts wegen in den Ruhestand versetzt werden kann.

Der Beamte behält sein Anrecht auf Beförderung und auf die zwischenzeitlichen Erhöhungen.

Artikel 152 - Der Beamte, der ein Wartegehalt aus Krankheitsgründen erhält, wird jedes Jahr im Laufe des Monats, der der Einführung des Wartegehalts entspricht, zu einer Kontrolle beim Gesundheitsdienst des Ministeriums aufgefordert. Eine erste Kontrolle erfolgt im Monat der Einführung des Wartegehalts.

Folgt er der Aufforderung zur Kontrolle nicht, wird ihm das Wartegehalt bis zu dem Zeitpunkt, zu dem er sich der Kontrolle unterzieht, gestrichen.

Artikel 153 - Wenn der Gesundheitsdienst die Krankheit des Beamten als schwerwiegend und langwierig anerkennt, erhält der Beamte ein Wartegehalt, das dem zuletzt ausgezahlten Gehalt entspricht. Dieses Recht entsteht nur, nachdem der Beamte für eine ununterbrochene Dauer von drei Monaten ein Wartegehalt erhalten hat.

Die finanzielle Situation des Beamten wird rückwirkend ab dem Tag der Einführung des Wartegehalts berichtet.

#### *Abschnitt 8 — Halbzeitige Wiederaufnahme des Dienstes im Krankheitsfall*

Artikel 154 - Kommt man nach der in Anwendung von Artikel 7 des Erlasses der Regierung vom 20. November 1996 bezüglich der Kontrolle der Abwesenheiten wegen Krankheit im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführten Kontrolluntersuchung zum Schluss, dass das Personalmitglied den Dienst halbezeitig wiederaufnehmen kann, wird der für das Personal zuständige Minister oder der dazu bevollmächtigte Generalsekretär informiert.

Der Minister oder sein Bevollmächtigter fordert das Personalmitglied auf, den Dienst halbezeitig wiederaufzunehmen, insofern dies die reibungslose Funktionsweise des Dienstes nicht beeinträchtigt.

Artikel 155 - Das wegen Krankheit oder Gebrechen abwesende Personalmitglied kann den Dienst auf eigene Anfrage hin nur halbezeitig wiederaufnehmen, insofern es dem zuständigen Kontrollbeamten eine dementsprechende Bescheinigung des behandelnden Arztes vorlegt und insofern die Wiederaufnahme die reibungslose Funktionsweise des Dienstes nicht beeinträchtigt.

Der Kontrollbeamte benachrichtigt den für das Personal zuständigen Minister oder den dazu bevollmächtigen Generalsekretär.

Artikel 156 - Die Entscheidung des Ministers oder des Bevollmächtigten bezüglich der halbezeitigen Wiederaufnahme des Dienstes gilt für eine Zeitspanne von höchstens 30 Kalendertagen.

Eine Verlängerung dieser Entscheidung für eine weitere Zeitspanne von höchstens 30 Kalendertagen kann nur gewährt werden, wenn das Personalmitglied erneut eine dementsprechende ärztliche Bescheinigung vorlegt.

Der halbezeitige Krankheitsurlaub zählt zum aktiven Dienst.

#### *Abschnitt 9 — Dienstbefreiung wegen Aus- und Weiterbildung*

Artikel 157 - Dem Beamten kann eine Dienstbefreiung zur Aus- und Weiterbildung gewährt werden.

Der Beamte hat Anrecht auf Aus- oder Weiterbildung, die bei der Ausübung seiner Tätigkeit nützlich ist sowie um die Bewertungskriterien und Beförderungsbedingungen erfüllen zu können.

Artikel 158 - Die Aus- und Weiterbildung ist eine Pflicht, wenn sie für die weitere korrekte Ausübung der Tätigkeit des Beamten notwendig ist. Die Verpflichtung zur Aus- und Weiterbildung wird vom Generalsekretär oder vom Abteilungsleiter ausgesprochen.

Artikel 159 - Die Dienstbefreiung zur Teilnahme an einer Aus- und Weiterbildung muss spätestens einen Monat vor Beginn schriftlich beim Abteilungsleiter beantragt werden.

Der Anfrage ist begründet und beinhaltet Erläuterungen zur beantragten Weiterbildung.

Artikel 160 - Der Abteilungsleiter entscheidet innerhalb von zehn Arbeitstagen über die Anfrage des Beamten, und er teilt dem Beamten und dem Generalsekretär seine Entscheidung schriftlich mit.

Eine Ablehnung des Antrags muss begründet sein.

Der Betroffene hat ein Einspruchsrecht beim Generalsekretär, der endgültig entscheidet. Der Generalsekretär informiert den Direktionsrat über Einsprüche.

Artikel 161 - Die finanziellen Kosten einer gewährten Aus- und Weiterbildung übernimmt das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Artikel 162 - Wenn der Beamte der Aus- oder Weiterbildung nicht mindestens zu zwei Dritteln folgt, wird die Dienstbefreiung aufgehoben und automatisch in Urlaub umgewandelt.

Wenn jedoch zwingende Gründe, Krankheit oder Unfall es dem Beamten nicht ermöglichen, an einer angemeldeten Weiterbildung teilzunehmen, informiert er umgehend den Abteilungsleiter. Die Dienstbefreiung ist für die verbleibende Dauer aufgehoben.

Artikel 163 - Für die gesamte Laufbahn kann der Beamte zweimal eine Dienstbefreiung beanspruchen für eine nicht vom Ministerium selbst organisierte Vorbereitung einer Aufstiegs- beziehungsweise Beförderungsprüfung.

Der Beamte erhält hierzu eine Dienstbefreiung.

Artikel 164 - Für die individuelle Vorbereitung von Aufstiegs- bzw. Beförderungsprüfungen erhält der Beamte eine Dienstbefreiung von insgesamt 5 Arbeitstagen pro Prüfung.

Für den Teil der Prüfung, der aus der Verfassung eines Aufsatzes besteht, erhält der Beamte keine Dienstbefreiung.

Die Dienstbefreiung muss innerhalb von drei Wochen vor dem Datum der Prüfung in Anspruch genommen werden. Wenn der Beamte nicht an der Prüfung teilnimmt, werden die beanspruchten freien Tage automatisch in Urlaub umgewandelt, es sei denn zwingende Gründe würden nachgewiesen.

#### *Abschnitt 10 — Bildungsurlaub*

Artikel 165 - Dem Beamten kann für ein Hochschulstudium kurzer oder langer Studiendauer, für ein Universitätsstudium oder für ein Studium zu einem weiterführenden akademischen Titel ein Bildungsurlaub gewährt werden. Der Urlaub zählt zum aktiven Dienst.

Artikel 166 - Die Ausbildung muss in Bezug zur gegenwärtigen oder zukünftigen Funktion des Beamten im öffentlichen Dienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft stehen.

Der Urlaub kann außerdem ganz oder teilweise verweigert werden, wenn er den Interessen des Dienstes entgegensteht. Eine Ablehnung aus diesem Grund darf nicht in zwei aufeinander folgenden Jahren ausgesprochen werden.

Für eine gleiche Ausbildung kann der Urlaub nicht mehrmals in Anspruch genommen werden.

Artikel 167 - § 1 - Für Ausbildungen, die eine Anwesenheit bei Kursen verlangt, ist die Urlaubsdauer gleich der Anzahl Unterrichtsstunden, an denen der Betroffene tatsächlich teilnimmt. Finden die Unterrichtsstunden außerhalb der normalen Dienstzeit des Beamten statt, so kann er diese Urlaubzeit in seinen normalen Dienstzeiten ausgleichen.

§ 2 - Verlangt die Ausbildung keine Anwesenheit bei den Kursen, ist die Urlaubsdauer gleich der Anzahl Unterrichtsstunden, die bei einer gleichen Ausbildung mit Anwesenheitspflicht als Anwesenheitsdauer bei Kursen verlangt würden.

§ 3 - Keinesfalls kann die Urlaubsdauer 120 Stunden pro Schuljahr überschreiten. Als Schuljahr gilt die Periode vom 1. September bis zum 31. August.

§ 4 - Die im vorigen Absatz festgelegte Höchstgrenze wird im Verhältnis zu folgenden Abwesenheiten während des laufenden Schuljahres reduziert:

1. die Abwesenheit während derer sich der Beamte nicht im aktiven Dienst oder einem gleichgestellten administrativen Zustand befindet;
2. die Abwesenheit für Laufbahnunterbrechung;
3. der Urlaub aus familiären Gründen;
4. der Urlaub für die Dauer eines Praktikums oder einer Probezeit außerhalb des Ministeriums;
5. der Urlaub für die Kandidatur bei Wahlen;
6. der Urlaub aus persönlichen Gründen;
7. die Dienstbefreiung zur Ausführung eines Auftrages

§ 5 - Der Urlaub kann nicht für ein Ausbildungsjahr gewährt werden, das wegen nicht bestandener Jahresabschlussprüfungen wiederholt wird.

§ 6 - Die gemäß §§ 3 und 4 festgelegte Höchstgrenze wird um die Zahl der Urlaubsstunden erhöht, die aus Gründen des Interesses des Dienstes im vorhergehenden Schuljahr verweigert wurden.

Artikel 168 - Der Bildungsurlaub wird vom Generalsekretär nach Beratung mit dem Direktionsrat gewährt. Die Entscheidung legt die Anzahl Urlaubsstunden für die in Betracht gezogene Periode fest.

Der Beamte richtet seinen begründeten Antrag mindestens zwei Monate vor Beginn des gewünschten Urlaubs über den Dienstweg an den Generalsekretär. Der zuständige Abteilungsleiter fügt seine Stellungnahme bei. Dem Antrag ist eine Studienbeschreibung sowie eine Aufstellung über die vorgesehenen Abwesenheitszeiten beigelegt.

Artikel 169 - § 1 Der Beamte übermittelt schnellstmöglich und gegebenenfalls für jedes Schuljahr eine Einschreibebestätigung seitens der Ausbildungseinrichtung. Diese enthält mindestens folgende Angaben:

1. Name und Adresse des eingeschriebenen Beamten
2. Genaue Bezeichnung und Adresse der Ausbildungseinrichtung
3. Datum der Einschreibung und Angabe des betroffenen Schuljahres
4. Genaue Angabe des Typs und der Bezeichnung der Ausbildung sowie ihrer normalen Gesamtstudiendauer;
5. Anzahl der Ausbildungsstunden, denen der Eingeschriebene zu folgen hat oder in soweit die Ausbildung keine Anwesenheit verlangt, Angabe der Stunden gemäß Artikel 167 § 3;
6. gegebenenfalls die Ausbildungsstunden, von denen der Eingeschriebene unter Verringerung der in Punkt 5 festgelegten Anzahl dispensiert ist;
7. gegebenenfalls Wochenstundenplan der Ausbildung;
8. Beginn der Ausbildung im Schuljahr und Datum der letzten Prüfung des Schuljahres sowie gegebenenfalls der zweiten Sitzung.

§ 2 - Nach Beendigung der Ausbildung und gegebenenfalls nach jedem Schuljahr übermittelt der Beamte schnellstmöglich eine Teilnahmebestätigung seitens der Ausbildungseinrichtung. Diese enthält mindestens folgende Angaben:

1. Name und Adresse des eingeschriebenen Beamten;
2. Genaue Bezeichnung und Adresse der Ausbildungseinrichtung;
3. Datum der Einschreibung und Angabe des betroffenen Schuljahres;
4. Genaue Angabe des Typs und der Bezeichnung der Ausbildung sowie ihrer normalen Gesamtstudiendauer;
5. a. Für Ausbildungen mit Unterrichtsanwesenheit: Gesamtanzahl der Stunden und Zahl der Stunden bei denen der Beamte effektiv anwesend oder gerechtfertigt abwesend war sowie Bestätigung der Anwesenheit oder Abwesenheit bei allen vorgeschriebenen Prüfungen;
- b. Für Ausbildungen im Fernunterricht: Anzahl der dem Beamten übermittelten Lektionen und Anzahl der durch den Beamten rückübermittelten Lektionen sowie das Datum der letzten rückübermittelten Lektion, das als Enddatum der Ausbildung gilt;
- c. Für völlig offene Ausbildungsformen: Bestätigung der Anwesenheit oder Abwesenheit bei allen vorgeschriebenen Prüfungen;
6. Gegebenenfalls das Datum des Abbruchs der Ausbildung.

§ 3 - Wenn der Beamten die Ausbildung abbricht bzw. im Fernunterricht seine Lektionen nicht fristgerecht zurückschickt, ist der Urlaub zu diesem Zeitpunkt beendet. Er teilt dem Generalsekretär dies unverzüglich schriftlich mit. Der Beamte übermittelt schnellstmöglich seine Teilnahmebestätigung bis zum Zeitpunkt des Abbruchs.

§ 4 - Am Ende der Ausbildung übermittelt der Beamte schnellstmöglich eine beglaubigte Abschrift des erworbenen Diploms.

§ 5 - Der Generalsekretär oder der von ihm beauftragte Personaldienst kann jederzeit bei der Ausbildungseinrichtung Informationen über die Teilnahme am Ausbildungsgang einholen. Die Nachweise übermittelt der Beamte dem Personaldienst.

Artikel 170 - Die Verwendung der gewährten Urlaubsstunden erfolgt im Interesse des Dienstes in Absprache mit dem zuständigen Abteilungsleiter und gegebenenfalls dem Dienstleiter. In keinem Falle jedoch darf die Anwesenheit bei Unterrichtsstunden oder Prüfungen beeinträchtigt werden.

Für dieselbe Ausbildung kann der Beamte nicht einen Bildungsurlaub und eine Dienstbefreiung wegen Aus- und Weiterbildung erhalten.

Wenn ein Beamter einen Bildungsurlaub erhält, kann er für dieselbe Ausbildung keine Entschädigung für sozialen Aufstieg erhalten.

Artikel 171 - Wenn der Beamte die geforderten Nachweise nicht einreicht oder wenn ersichtlich wird, dass er ungerechtfertigter Weise dem Ausbildungsgang nicht regelmäßig folgt oder gegebenenfalls nicht an der Mehrzahl der Prüfungen teilnimmt, kann der Generalsekretär den Bildungsurlaub aussetzen. Die Aussetzung bezieht sich auf den Rest des laufenden Schuljahres sowie auf die beiden nächsten Schuljahre.

Falls Urlaubsstunden nachweislich zu Unrecht beansprucht wurden, werden sie vom Jahresurlaub abgezogen.

#### *Abschnitt 11 — Dienstbefreiung zur Ausführung eines Auftrages*

Artikel 172 - Der für das Personal zuständige Minister kann, nach Stellungnahme des Generalsekretärs und mit Einverständnis des betroffenen Beamten, letzterem einen außergewöhnlichen Auftrag erteilen. Der Auftrag ersetzt oder vervollständigt die bisherige Tätigkeit des Beamten.

Jedem Beamten kann eine Dienstbefreiung zur Ausführung eines Auftrags einer anderen inländischen oder internationalen Behörde gewährt werden.

Artikel 173 - Wenn ein Kandidatenauftrag für einen in Artikel 172 Absatz 2 bestimmten Auftrag erfolgt, reicht der interessierte Beamte seine Bewerbung bei der zuständigen Stelle ein und informiert gleichzeitig den für das Personal zuständigen Minister sowie den Generalsekretär und den Abteilungsleiter über die Bewerbung.

Artikel 174 - Die Dienstbefreiung wird für die Dauer des Auftrages gewährt mit einer Dauer von höchstens zwei Jahren.

Die Dauer der Dienstbefreiung kann zweimal verlängert werden. Die Verlängerungsperiode darf jeweils zwei Jahre nicht überschreiten

Artikel 175 - Die Anfrage nach Dienstbefreiung zur Ausübung eines Auftrags wird beim dem für das Personal zuständigen Ministers eingereicht. Der Anfrage beigefügt ist eine ausführliche Beschreibung des Auftrages, der Beginn des Auftrags sowie die voraussichtliche Dauer der Dienstbefreiung.

Der für das Personal zuständige Minister trifft nach Stellungnahme des betroffenen Abteilungsleiters und des Generalsekretärs seine Entscheidung und teilt dem Beamten diese schriftlich mit.

Im Falle einer negativen Entscheidung erhält der Beamte innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Erhalt der Anfrage schriftlich eine begründete Mitteilung.

Artikel 176 - Die Dienstbefreiung zur Ausführung eines Auftrags ist unbezahlt und zählt ansonsten zum aktiven Dienst.

Artikel 177 - Während eines in Artikel 172 Absatz 1 veranlassten Auftrags darf der Beamte kein zusätzliches Gehalt erhalten außer Sonderzulagen, die mit der Ausübung des Auftrags verbunden sind.

Artikel 178 - Der für das Personal zuständige Minister kann einen Auftrag vorzeitig beenden mittels einer Frist von drei Monaten.

Bei vorzeitiger Beendigung des Auftrags tritt der Beamte seinen Dienst im Ministerium unverzüglich wieder an.

#### *Abschnitt 12 — Politischer Urlaub*

Artikel 179 - § 1 - Der Beamte wird von Amts wegen vollzeitig beurlaubt um folgende politische Mandate auszuüben:

1. Mitglied der Permanentdeputation eines Provinzialrates;
2. Präsident einer Agglomeration oder Gemeindeföderation;
3. Mitglied der Abgeordnetenkommission, des Senats oder der Föderalregierung;
4. Mitglied des Europäischen Parlaments oder der Europäischen Kommission;
5. Mitglied der Regierung oder Mitglied des Rates der Wallonischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt, der Flämischen Gemeinschaft oder der Französischen Gemeinschaft;

§ 2 - Der politische Urlaub beginnt am Tag der Eidesleistung für das betroffene Mandat.

Der politische Urlaub endet am letzten Tag des Monats, der dem Monat des Mandatendes folgt.

Artikel 180 - § 1 - Der Beamte wird von Amts wegen teilweise beurlaubt, um folgende politische Mandate auszuüben:

1. Bürgermeister oder Schöffe
2. Präsident des Sozialhilferates

Die Dienstleistungen werden derart gekürzt, dass die zu leistenden Dienste nur noch 3/4 einer Vollzeitbeschäftigung betragen dürfen.

§ 3 - Für die in § 2 erwähnten Mandate kann der Beamte eine Ausdehnung des politischenurlaubes beantragen. Gemäß dem Antrag können die Dienstleistung vollständig oder um die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung gekürzt werden. Die Regierung entscheidet nach Stellungnahme des Direktionsrates.

§ 4 - Der politische Urlaub beginnt am Tag der Eidesleistung für das betroffene Mandat und insoweit eine Ausdehnung betroffen ist, am Tage der Genehmigung.

Der politische Urlaub endet am letzten Tag des Monats, der dem Monat des Mandatendes folgt.

Artikel 181 - Dem Beamten, der ein Mandat des Gemeinde- oder des Provinzialrates ausübt, kann auf seinen Antrag hin ein politischer Urlaub gewährt werden.

Gemäß dem Antrag können die Dienstleistung um ein Viertel oder um die Hälfte einer Vollzeitbeschäftigung gekürzt werden. Die Regierung entscheidet nach Stellungnahme des Direktionsrates.

Der politische Urlaub endet spätestens am letzten Tag des Monats, der dem Monat des Mandatendes folgt.

Artikel 182 - Die Perioden des politischenurlaubes auf Antrag oder von Amts wegen sind unbesoldet, zählen ansonsten jedoch zum aktiven Dienst.

Für vertragliche Bedienstete ist der Arbeitsvertrag für die Perioden des politischenurlaubes auf Antrag oder von Amts wegen ausgesetzt. Sie werden jedoch bei der Berechnung des finanziellen Dienstalters berücksichtigt.

Artikel 183 - § 1 - Nach Beendigung des politischenurlaubes darf der Beamte sein Gehalt nicht mit Vorteilen häufen, die mit der Ausübung eines politischen Mandats verbunden sind, für das ihm ein politischer Urlaub gewährt wurde, und die eine Wiederanpassungsvergütung darstellen.

§ 2 - Dem Beamten, der nach Mandatsende in den Genuss einer in §1 erwähnten Vergütung kommt, kann die Regierung auf dessen Antrag hin einen unbesoldeten Urlaub von höchstens einem Jahr gewähren, der als nicht-aktiver Dienst gilt. Er wird jedoch bei der Berechnung des finanziellen Dienstalters berücksichtigt.

Für vertragliche Bedienstete gelten diesbezüglich mittels der notwendigen Anpassungen die Vorschriften des Artikels 182 Absatz 2.

Artikel 184 - Der im vorliegenden Erlass vorgesehene politische Urlaub von Amts wegen beginnt für bereits laufende politische Mandate am Tage des Inkrafttretens des vorliegenden Abschnittes.

#### *Abschnitt 13 — Dienstbefreiung zum Eintritt in den Dienst des Königs oder eines Prinzen oder einer Prinzessin von Belgien*

Artikel 185 - Der für das Personal zuständige Minister kann dem König, einem Prinzen oder einer Prinzessin von Belgien einen Beamten zur Verfügung stellen.

Artikel 186 - Der Beamte erhält für die Dauer eine Dienstbefreiung, die zum aktiven Dienst zählt.

#### *Abschnitt 14 - Dienstbefreiung wegen Stillpausen*

Artikel 187 - § 1 - Beamtinnen haben bis zu höchstens sieben Monaten nach der Geburt ihres Kindes Anrecht auf eine Dienstbefreiung, um ihr Neugeborenes zu stillen oder die Muttermilch abzupumpen.

Unter außergewöhnlichen und durch ein ärztliches Attest bescheinigten Umständen in Zusammenhang mit dem Gesundheitszustand des Kindes kann die Gesamtdauer, während der die Beamtin Anrecht hat, Stillpausen in Anspruch zu nehmen, um höchstens zwei Monate verlängert werden.

§ 2 - Die Stillpause dauert eine halbe Stunde. Beamtinnen, die pro Arbeitstag vier Stunden oder mehr arbeiten, haben an diesem Arbeitstag Anrecht auf eine Stillpause. Beamtinnen, die mindestens siebeneinhalb Stunden pro Tag arbeiten, haben an diesem Tag Anrecht auf zwei Stillpausen. Beamtinnen, die an einem Tag Anrecht auf zwei Stillpausen haben, können sie entweder in einem oder in zwei Mal nehmen.

Die Dauer der Stillpause/n ist in der Dauer der täglichen Arbeitsleistungen einbegriffen.

Der Zeitpunkt der jeweiligen Stillpause/n wird im Einvernehmen mit dem Abteilungsleiter festgelegt. In Ermangelung eines Einverständnisses werden die Stillpausen entweder unmittelbar vor oder nach den in der Arbeitszeitregelung vorgesehenen Ruhepausen eingelegt.

§ 3 - Die Beamtin, die in den Genuss der Stillpause/n kommen möchte, benachrichtigt den Abteilungsleiter zwei Monate im Voraus schriftlich darüber, es sei denn, es wird einvernehmlich eine kürzere Frist festgelegt.

Das Recht auf Stillpause wird gegen Vorlage einer Stillbescheinigung gewährt, die zu Beginn der Inanspruchnahme des Rechts auf Stillpause/n, je nach Ermessen der Beamtin, entweder von einer Beratungsstelle für Kleinkinder (Dienst für Kind und Familie, «O.N.E.» oder «Kind en Gezin») ausgestellt oder in Form eines ärztlichen Attestes eingereicht wird.

Die Beamtin legt anschließend jeden Monat am Stichtag der Inanspruchnahme des Rechts auf Stillpause eine Bescheinigung oder ein ärztliches Attest vor.

#### Abschnitt 15 — Widerspruchsverfahren

Artikel 188 - Mit Ausnahme des Abschnitts 9, Dienstbefreiung wegen Aus- und Weiterbildung, kann gegen eine Entscheidung in Bezug auf eine in vorliegendem Kapitel vorgesehene Anfrage Widerspruch beim Widerspruchsausschuss eingelegt werden.

Artikel 189 - Der Widerspruchsausschuss ist auf die gleiche Weise zusammengesetzt wie in Artikel 32 Absatz 1 und 2 vorgesehen.

Artikel 190 - Innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Erhalt der Entscheidung bezüglich der Anfrage muss der Widerspruch schriftlich beim Vorsitzenden des Ausschusses eingereicht werden.

Der Beamte, der den Widerspruch eingereicht hat, und der Vorgesetzte, der die Entscheidung ausgesprochen hat, müssen vor dem Widerspruchsausschuss angehört werden. Der Vorgesetzte darf nicht gleichzeitig Mitglied des Ausschusses sein. Der Beamte kann sich von einer Person seiner Wahl beistehen lassen.

Artikel 191 - Innerhalb von 10 Arbeitstagen ab Eingang des Widerspruchs beim Vorsitzenden des Ausschusses entscheidet der Ausschuss endgültig zum Fall.»

**Art. 16** - Im selben Erlass wird ein Kapitel IX, die Artikel 192 bis 208 enthaltend, eingefügt:

#### «KAPITEL IX — Disziplinarordnung

Artikel 192 - Gegen den Beamten kann ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden:

1. wenn er gegen seine Pflichten verstößt;
2. wenn er gegen die Vorschriften über die Unvereinbarkeiten verstößt;
3. nach einer strafrechtlichen Verurteilung.

Artikel 193 - Folgende Disziplinarstrafen können verhängt werden:

1. die Ermahnung;
2. der Tadel;
3. die Gehaltskürzung;
4. die disziplinarische Amtsenthebung;
5. die Zurückstufung;
6. die Entlassung.

Artikel 194 - Die Gehaltskürzung kann für höchstens drei Monate verhängt werden, beträgt höchstens ein Fünftel des vollzeitigen Aktivitätsgehalts und darf den Betrag nicht überschreiten, wie in Artikel 23 Absatz 2 des Gesetzes vom 12. April 1965 über den Schutz der Arbeitnehmerlöhne vorgesehen.

Artikel 195 - Die disziplinarische Amtsenthebung kann für höchstens drei Monate verhängt werden. Für die Dauer der Amtsenthebung wird die Nettobesoldung um höchstens ein Fünftel gekürzt und darf den Betrag nicht überschreiten, wie in Artikel 23 Absatz 2 des Gesetzes vom 12. April 1965 über den Schutz der Arbeitnehmerlöhne vorgesehen.

Für die Dauer der disziplinarischen Amtsenthebung werden das administrative und das Besoldungsdienstalter nicht fortgeschrieben. Der Beamte befindet sich im Stand des nichtaktiven Dienstes.

Artikel 196 - Die Zurückstufung besteht in der Vergabe eines Dienstgrades mit niedrigerem Rang und niedrigerer Gehaltstabelle in derselben Stufe oder in der Stufe darunter oder in der Vergabe einer niedrigeren Gehaltstabelle desselben Dienstgrades.

Artikel 197 - Im Falle der disziplinarischen Entlassung wird der Beamte ohne Kündigungsfrist und ohne Entschädigung entlassen.

Artikel 198 - Der Beamte kann sich zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens von einem Verteidiger seiner Wahl beistehen lassen.

Auf Wunsch erhält der Beamte zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens Einsicht in die Akte und kann daraus Kopien erhalten.

Artikel 199 - Die Disziplinarstrafen werden vom Direktionsrat verhängt, mit Ausnahme der Zurückstufung und der Entlassung, die von der Regierung verhängt werden. Disziplinarstrafen für Abteilungsleiter und Generalsekretär werden von der Regierung verhängt.

Disziplinarstrafen werden in die Personalakte eingetragen und müssen bei der Vergabe der Bewertung berücksichtigt werden.

Artikel 200 - § 1 - Vorschläge zur Verhängung einer Disziplinarstrafe dürfen ausschließlich Taten betreffen, deren Feststellung zum Zeitpunkt des Vorschlags höchstens sechs Monate zurückliegt.

§ 2 - Bei gleichzeitiger Strafverfolgung für dieselben Taten beginnt die genannte Frist erst zu dem Zeitpunkt, wo die Behörde darüber in Kenntnis gesetzt wird, dass ein endgültiges Urteil gesprochen wurde bzw. die Strafverfolgung eingestellt wurde.

§ 3 - Bezüglich von Tatbeständen, für die bereits eine Disziplinarstrafe verhängt wurde, kann gegenüber demselben Beamten kein neues Disziplinarverfahren eingeleitet werden, es sei denn, es ergäben sich während der in § 1 vorgesehenen Verjährungsfrist neue Elemente, die die Wiedereröffnung des Verfahrens rechtfertigen.

§ 4 - Wenn dem Beamten mehrere Taten vorgeworfen werden, müssen sie Gegenstand eines einzigen Verfahrens sein, und es kann nur eine Disziplinarstrafe verhängt werden.

Artikel 201 - Der Vorschlag zur Verhängung der Disziplinarstrafe geht vom zuständigen Abteilungsleiter aus. Betrifft der Vorschlag einen Abteilungsleiter, geht er vom Generalsekretär aus, betrifft er den Generalsekretär geht er von dem für das Personal zuständigen Minister aus.

Das Mitglied des Direktionsrates, das den Vorschlag gemacht hat, nimmt nicht an der Beratung über die Verhängung der Disziplinarstrafe teil.

Artikel 202 - Der Vorschlag wird dem Entscheidungsorgan schriftlich und ausführlich begründet übermittelt. Das Entscheidungsorgan teilt dem betroffenen Beamten den Vorschlag und die Gründe innerhalb von dreißig Kalendertagen nach Eingang des Vorschlags per Einschreiben mit. Das Entscheidungsorgan lädt den Betroffenen innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen ab dem Datum des Einschreibens zu einer Besprechung, in der er seine Verteidigung vortragen kann. Gleichzeitig wird der Beamte, der den Vorschlag formuliert hat, angehört.

Der Beamte kann die Öffentlichkeit der Sitzung verlangen. Im Falle der Öffentlichkeit wird das Personal des Ministeriums im Voraus über den Gegenstand, den Ort und den Zeitpunkt der Sitzung informiert.

Artikel 203 - Nach der Besprechung kann der Betroffene dem Entscheidungsorgan innerhalb von 15 Kalendertagen per Einschreiben seine Argumente schriftlich mitteilen.

Artikel 204 - § 1 - Das Entscheidungsorgan kann keine schwerere Strafe verhängen als die zuletzt vorgeschlagene und es kann nur Taten berücksichtigen, die der Einleitung des Disziplinarverfahrens zu Grunde lagen.

Die Disziplinarstrafe darf keine Auswirkungen haben vor dem Zeitpunkt ihrer Verkündung.

§ 2 - Das Entscheidungsorgan trifft seine Entscheidung innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen nach dem Datum der in Artikel 201 und 202 angeführten Beratung.

Es teilt dem Betroffenen die begründete Entscheidung unverzüglich per Einschreiben mit. Sie wird endgültig, wenn der Betroffene innerhalb einer Frist von 15 Kalendertagen ab dem Datum des Einschreibens keinen schriftlichen Einspruch per Einschreiben beim Widerspruchsausschuss eingelegt hat. Der Vorsitzende des Widerspruchsausschusses setzt gegebenenfalls das Entscheidungsorgan unmittelbar über den Einspruch in Kenntnis.

Artikel 205 - Im Falle eines Einspruchs konsultiert der Widerspruchsausschuss die betreffende Akte des Entscheidungsorgans, hört den Betroffenen sowie den Beamten, der den Vorschlag formuliert hat, an und übermittelt dem Entscheidungsorgan innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen ab Datum des Einschreibens mit dem Einspruch ein begründetes Gutachten zur angefochtenen Entscheidung.

Das Entscheidungsorgan trifft die endgültige Entscheidung innerhalb von 15 Kalendertagen nach dem Datum des Einschreibens, das das Gutachten übermittelt.

Artikel 206 - Der Widerspruchsausschuss wird zusammengesetzt, wie in Artikel 32 vorgesehen. Vorsitzender ist jedoch ein Magistrat.

Kein Mitglied des Direktionsrates, der Verteidiger und kein am Disziplinarverfahren beteiligter Beamter darf Mitglied des Widerspruchsausschusses sein.

Dem betroffenen Beamten wird Gelegenheit gegeben, Mitglieder des Widerspruchsausschusses einmal abzulehnen.

Artikel 207 - § 1 - Außer bei der Entlassung wird jede Disziplinarmaßnahme unter den in § 2 genannten Voraussetzungen getilgt und alle Hinweise werden aus der Personalakte entfernt.

Unbeschadet der Ausführung der Disziplinarstrafe darf ihr ab der Tilgung in keiner Weise mehr Rechnung getragen werden.

§ 2 - Die Tilgung der Disziplinarstrafen erfolgt von Rechts wegen nach folgenden Fristen:

1. sechs Monate für die Ermahnung;
2. 9 Monate für den Tadel
3. ein Jahr für die Gehaltskürzung;
4. zwei Jahre für die disziplinarische Amtenthebung;
5. drei Jahre für die Zurückstufung.

Die Frist läuft ab dem Datum der endgültigen Entscheidung über die Disziplinarstrafe.

Artikel 208 - Vorliegendes Kapitel ist anwendbar auf die Anwärter.»

**Art. 17** - Im selben Erlass wird ein Kapitel X, die Artikel 209bis 214 enthaltend, eingefügt:

*«KAPITEL X — Amtsenthebung im Interesse des Dienstes*

Artikel 209 - Wenn das Interesse des Dienstes es verlangt, kann ein Beamter zeitweilig seines Amtes enthoben werden. Darüber entscheidet die für die Verhängung einer Disziplinarstrafe gemäß Kapitel V zuständige Behörde.

Diese Behörde hört den betroffenen Beamten zuvor an, der sich von einer Person seiner Wahl beistehen lassen kann. Der Entwurf der Entscheidung und seine Begründung werden dem Betroffenen mindestens 5 Arbeitstage vor der Besprechung per Einschreiben zugestellt, wobei die Frist ab dem Datum des Einschreibens läuft.

Die Entscheidung wird dem Betroffenen per Einschreiben mitgeteilt.

Artikel 210 - Die Amtsenthebung im Interesse des Dienstes darf höchstens 12 Monate betragen. Im Falle einer strafrechtlichen Untersuchung oder Verfolgung jedoch kann die Amtsenthebung bis zum Abschluss der strafrechtlichen Untersuchung oder Verfolgung verlängert werden.

Artikel 211 - Unter den in Artikel 15 § 2 A.G.K.E. festgelegten Voraussetzungen und Beschränkungen kann das Entscheidungsorgan dem Betroffenen für die Dauer der Amtsenthebung die Möglichkeit entziehen, seine Anrechte auf Beförderung und auf die regelmäßigen Besoldungserhöhungen geltend zu machen und kann seine Besoldung um höchstens ein Fünftel seines vollenzeitigen Aktivitätsgehalts verringern.

Artikel 212 - Gegen die erfolgte Amtsenthebung kann der Betroffene innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen ab dem Datum des Einschreibens, das die Entscheidung mitteilt, per Einschreiben einen Einspruch bei dem in Artikel 188 und 189 vorgesehenen Widerspruchsausschuss einlegen. Dieser Einspruch hat bezüglich der Amtsenthebung keine aufschiebende Wirkung.

Der Widerspruchsausschuss konsultiert die Behördenakte zur Amtsenthebung und hört den Betroffenen an. Innerhalb einer Frist von 30 Kalendertagen ab dem Datum des Einschreibens mit dem Widerspruch stellt sie dem für die Amtsenthebung zuständigen Organ ihr Gutachten zu. Das Entscheidungsorgan trifft die endgültige Entscheidung innerhalb einer Frist von 14 Kalendertagen ab dem Datum der Übermittlung des Gutachtens.

Die eventuell durchgeführte Verringerung der Besoldung wird bei Aufhebung der Amtsenthebung rückwirkend korrigiert.

Artikel 213 - Gegebenenfalls bestimmt die Vorschrift des Artikel 15 § 3 A.G.K.E. die Anrechnung der Amtsenthebung im Interesse des Dienstes auf die disziplinarische Amtsenthebung

Artikel 214 - Vorliegendes Kapitel ist auf die Anwärter anwendbar.»

**Art. 18** - Im selben Erlass wird ein Kapitel XI, die Artikel 215 bis 218 enthaltend, eingefügt:

«KAPITEL XI — Verlust der Beamteneigenschaft und Ausscheiden aus dem Dienst

Artikel 215 - Niemand verliert vor dem für den Ruhestand vorgesehenen Alter die Beamteneigenschaft, es sei denn in den durch die Gesetzgebung über die Pensionen oder durch den A.G.K.E. vorgesehenen Fällen.

Artikel 216 - Die Beamteneigenschaft wird von Amts wegen beendet unter den in Artikel 23 des AGKE vorgesehenen Voraussetzungen.

Führen zum Ausscheiden aus dem Amt: die Versetzung in den Ruhestand, die Entlassung auf Antrag und die Entlassung auf Grund der in Artikel 193 und 218 vorgesehenen Bestimmungen.

Artikel 217 - Der Beamte kann durch Entlassung auf Antrag aus dem Amt scheidet. In diesem Fall muss der Beamte wenigstens 60 Tage vor dem gewählten Termin per Einschreiben einen Antrag beim Generalsekretär einreichen. Die für den betroffenen Dienstgrad ernennende Behörde trifft die Entscheidung. Falls innerhalb von 30 Tagen nach Datum des vorerwähnten Einschreibens die ernennende Behörde keine Entscheidung zugestellt hat, gilt der Antrag als angenommen.

In beiderseitigem Einverständnis kann die Antragsfrist verkürzt werden.

Artikel 218 - § 1 - Ein Beamter, der zweimal hintereinander die negativste Bewertung erhalten hat, wird auf begründeten Vorschlag des Direktionsrates durch die ernennende Behörde entlassen.

Der Direktionsrat hört den Betroffenen auf seinen Wunsch hin an. Er kann sich durch eine Person seiner Wahl beistehen lassen.

Der Entlassungsbescheid der ernennenden Behörde wird 15 Tage nach dem Einschreiben mit der Mitteilung des Entscheids und dessen Begründung an den Betroffenen wirksam, insofern der Betroffene nicht innerhalb dieser Frist per Einschreiben einen Einspruch beim Widerspruchsausschuss einlegt.

§ 2 - Der Widerspruchsausschuss ist zusammengesetzt wie in Artikel 32.

Der Betroffene und der Vorsitzende des Direktionsrates oder ein von ihm bestimmtes Direktionsratsmitglied werden vom Widerspruchsausschuss angehört. Der Betroffene kann sich von einer Person seiner Wahl beistehen lassen.

Der Widerspruchsausschuss gibt innerhalb von 30 Tagen nach Datum des Einschreibens mit dem Einspruch ein Gutachten für die ernennende Behörde ab. Diese trifft ihre endgültige begründete Entscheidung innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt des besagten Gutachtens.

§ 3 - Der entlassene Beamte erhält eine Entschädigung.

Die Entschädigung macht:

1. zwölf mal das letzte Monatsgehalt aus, wenn das Dienstalder als Beamter mindestens 20 Jahre beträgt,
2. acht mal das letzte Monatsgehalt aus, wenn das Dienstalder als Beamter mindestens 10 Jahre beträgt,
3. sechs mal das letzte Monatsgehalt aus, wenn das Dienstalder als Beamter weniger als 10 Jahre beträgt.

Unter Gehalt versteht man das eigentliche Gehalt oder die Entschädigung beziehungsweise Zulage, die anstelle des Gehalts gewährt wird, wobei Wohnungs- oder Ortszulage einbegriffen sind. Bei der Festlegung der Entschädigung geht man von einer Vollzeitbeschäftigung aus. »

**Art. 19** - Im selben Erlass wird aus « Kapitel VI — Aufhebungs-, Abänderungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen » Kapitel XII — Aufhebungs-, Abänderungs-, Übergangs- und Schlussbestimmungen » und aus den Artikeln 88 bis einschließlich 96 des Kapitels werden die Artikel 219 bis einschließlich 227.

**Art. 20** - Anhang I desselben Erlasses wird durch folgenden Anhang ersetzt:

Anhang I

**Liste der Dienstgrade im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft Zuordnung der Dienstgrade in Ränge**

Dienstgrad	Rang
Stufe I	
Generalsekretär	I.A
Verwaltungsdirektor	I.B
Erster Berater	I.C
Leitender Informatiker	I.C
Berater	I.D
Leitender Übersetzer	I.D
Leitender Zivilingenieur	I.D
Leitender Industrieingenieur	I.D
Leitender Architekt	I.D
Leitender Inspektor	I.D
Juristischer Berater	I.D
Kunstwissenschaftlicher Berater	I.D
Erster Informatiker	I.D
Hauptinformatiker	I.E
Beigeordneter Berater	I.E
Hauptübersetzer-Revisor	I.E
Hauptzivilingenieur	I.E
Hauptindustrieingenieur	I.E

Hauptarchitekt	I.E
Hauptinspektor	I.E
Beigeordneter Berater-Jurist	I.E
Kunstwissenschaftlicher beigeordneter Berater	I.E
Informatiker	I.F
Referent	I.F
Übersetzer-Revisor	I.F
Zivilingenieur	I.F
Industrieingenieur	I.F
Architekt	I.F
Inspektor	I.F
Referent-Jurist	I.F
Kunstwissenschaftlicher Referent	I.F
Stufe II+	
Erster Sozialarbeiter	II+.A
Erster Übersetzer	II+.A
Erster medizinischer Assistent	II+.A
Erster Assistent	II+.A
Hauptsozialarbeiter	II+.B
Medizinischer Hauptassistent	II+.B
Hauptübersetzer	II+.B
Hauptassistent	II+.B
Sozialarbeiter	II+.C
Übersetzer	II+.C
Medizinischer Assistent	II+.C
Assistent	II+.C
Stufe II	
Erster Sachbearbeiter	II.A
Erster Techniker	II.A
Hauptsachbearbeiter	II.B
Haupttechniker	II.B
Sachbearbeiter	II.C
Techniker	II.C
Stufe III	
Erster Facharbeiter	III.A
Erster Sekretär	III.A
Hauptfacharbeiter	III.B
Hauptsekretär	III.B
Facharbeiter	III.C
Sekretär	III.C
Stufe IV	
Erster Facharbeiter A	IV.A
Erster Bote-Telefonist	IV.A
Erster Hausmeister	IV.A
Hauptfacharbeiter A	IV.B
Hauptbote-Telefonist	IV.B
Haupthausmeister	IV.B
Facharbeiter A	IV.C
Bote-Telefonist	IV.C
Hausmeister	IV.C

Art. 21 - Anhang III desselben Erlasses wird durch folgenden Anhang ersetzt:

Anhang III

**Zuordnung von Gehaltstabellen für die Dienstgrade im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Dienstgrade	Gehaltstabellen
Stufe I	
Generalsekretär	I/12
Verwaltungsdirektor	I/11
Erster Berater	I/10
Leitender Informatiker	I/9
Berater	I/8
Leitender Übersetzer	I/8
Leitender Zivilingenieur	I/8
Leitender Industrieingenieur	I/8
Leitender Architekt	I/8
Leitender Inspektor	I/8
Juristischer Berater	I/8
Kunstwissenschaftlicher Berater	I/8
Erster Informatiker	I/7
Hauptinformatiker	I/5
Beigeordneter Berater	I/4
Hauptübersetzer-Revisor	I/4
Hauptzivilingenieur	I/4
Hauptindustrieingenieur	I/4
Hauptarchitekt	I/4
Hauptinspektor	I/4
Beigeordneter Berater-Jurist	I/4
Kunstwissenschaftlicher beigeordneter Berater	I/4
Informatiker	I/3
Referent	I/1
Übersetzer-Revisor	I/1
Zivilingenieur	I/1
Industrieingenieur	I/1
Architekt	I/1
Inspektor	I/1
Referent-Jurist	I/1
Kunstwissenschaftlicher Referent	I/1
Stufe II+	
Erster Sozialarbeiter	II+/3
Erster Übersetzer	II+/3
Erster medizinischer Assistent	II+/3
Erster Assistent	II+/3
Hauptsozialarbeiter	II+/2
Medizinischer Hauptassistent	II+/2
Hauptübersetzer	II+/2
Hauptassistent	II+/2
Sozialarbeiter	II+/1
Übersetzer	II+/1
Medizinischer Assistent	II+/1
Assistent	II+/1
Stufe II	
Erster Sachbearbeiter	II/4
Erster Techniker	II/4

Hauptsachbearbeiter	II/3
Haupttechniker	II/3
Sachbearbeiter	II/1
Techniker	II/1
Stufe III	
Erster Facharbeiter	III/6
Erster Sekretär	III/5
Hauptfacharbeiter	III/4
Hauptsekretär	III/3
Facharbeiter	III/2
Sekretär	III/1
Stufe IV	
Erster Facharbeiter A	IV/5
Hauptfacharbeiter A	IV/4
Erster Bote-Telefonist	IV/4
Erster Hausmeister	IV/4
Hauptbote-Telefonist	IV/3
Haupthausmeister	IV/3
Facharbeiter A	IV/3
Bote-Telefonist	IV/2
Hausmeister	IV/2

**Art. 22** - Im selben Erlasses wird ein Anhang V hinzugefügt:

**Anhang V - Umwandlungsliste ab 1. Januar 2004**

Alter Dienstgrad	Neuer Dienstgrad
Erster Direktionssekretär	Erster Assistent
Erster Inspektionsassistent	Erster Assistent
Hauptdirektionssekretär	Hauptassistent
Hauptinspektionsassistent	Hauptassistent
Direktionssekretär	Assistent
Inspektionsassistent	Assistent
Erster Zeichner-Bauaufseher	Erster Techniker
Hauptzeichner-Bauaufseher	Haupttechniker
Zeichner-Bauaufseher	Techniker

**KAPITEL II** — *Abänderung des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen Öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen*

**Art. 23** - Artikel 4 des Erlasses der Regierung vom 7. Juni 2001 bezüglich der Einrichtungen Öffentlichen Interesses in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten dieser Einrichtungen, ersetzt durch den Erlass vom 20. Februar 2003, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 4 - In den Artikeln 1 bis 5, 11, 12 Absatz 1, 13 bis 15, 23, 32 Absatz 1 erster und dritter Satz, 36.1, 36. 12, 36.14, 43 bis 45, 69, 71, 73 und 90 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 sowie im Titel der Anhänge 1 und 3 zu diesem Erlass werden die Worte «Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft» und «Ministerium» durch «Einrichtung» ersetzt.»

**Art. 24** - Artikel 6 desselben Erlasses vom 7. Juni 2001 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 6 - Artikel 9 des Erlasses erhält folgende Fassung:

«Artikel 9 - Die Offenerklärung von Stellen, die Zulassungen zur Probezeit und die Ernennungen werden außer für den Geschäftsführenden Direktor vom Verwaltungsrat beschlossen. Die Offenerklärung von Stellen muss von der Regierung bestätigt werden.»

**Art. 25** - Artikel 10 desselben Erlasses vom 7. Juni 2001 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 10 - In Artikel 14 desselben Erlasses wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Das Programm der Anwerbungsprüfung im Wettbewerbsverfahren für den Dienstgrad « Geschäftsführender Direktor » wird von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach Beratung mit dem Ständigen Anwerbungssekretär festgelegt.»

**Art. 26** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 12.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 12.1 - In den Artikeln 36.1, 36.3, 36.4 und 36.6 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 wird das Wort «Generalsekretär» durch das Wort «Präsident des Verwaltungsrates» ersetzt.

In den Artikeln 36.2, 36.4 Absatz 3, 36.6 und 36.7 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 wird das Wort «Regierung» durch das Wort «Verwaltungsrat» ersetzt.

**Art. 27** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 12.2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 12.2 - Artikel 36.4 Absatz 4 erhält folgende Fassung:

Der Präsident des Verwaltungsrates erstellt drei Wochen vor dem Ende der Probezeit einen vierten Probezeitbericht mit einer Empfehlung zu ernennen oder nicht. Der Anwärter visiert den Bericht unmittelbar zur Kenntnisnahme. Es wird ihm eine Kopie überlassen. Bericht und Empfehlung gehen umgehend an den Verwaltungsrat.»

**Art. 28** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 12.3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 12.3 - Artikel 36.8 § 1 erhält folgende Fassung:

§ 1 - Wenn der Verwaltungsrat am Ende der Probezeit den Erfolg der Probezeit feststellt, erfolgt umgehend die Ernennung durch die Regierung.»

**Art. 29** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 15.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

« Artikel 15.1 - In den Artikeln 88, 91, 99, 140, 146, 149 § 2, 152, 161, 167 § 4 und 202 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 versteht man unter « Ministerium » « die betroffene Einrichtungen öffentlichen Interesses.»

**Art. 30** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 15.2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 15.2 - In den Artikeln 89, 91, 104, 117 zweiter Absatz, 120 § 2, 126, 132, 154, 155, 168 erster Absatz, 169, 171, 172 und 217 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 versteht man unter «Generalsekretär» «geschäftsführender Direktor.»

**Art. 31** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 15.3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 15.3 - In den Artikeln 105, 121, 137 zweiter Absatz, 139, 159, 162, 170 und 187 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 versteht man unter «Abteilungsleiter» «Geschäftsführender Direktor.»

**Art. 32** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 15.4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 15.4 - In den Artikeln 89, 138, 180, 181 und 183 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 versteht man unter «Regierung» «Verwaltungsrat.»

**Art. 33** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 15.5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 15.5 - Artikel 117 dritter Absatz des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 erhält folgende Fassung:

«Die Entscheidung wird vom Geschäftsführenden Direktor getroffen.»

**Art. 34** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 15.6 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 15.6 - Artikel 120 erster Absatz des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 erhält folgende Fassung:

«Ein Beamter, der einen Urlaub aus persönlichen Gründen in Anspruch nehmen möchte, reicht spätestens zwei Monate vor Beginn einen schriftlichen Antrag beim Geschäftsführenden Direktor ein, der die Entscheidung trifft.»

**Art. 35** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 15.7 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 15.7 - Artikel 137 dritter Absatz des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 erhält folgende Fassung:

«Der Geschäftsführende Direktor trifft die Entscheidung.»

**Art. 36** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 15.8 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 15.8 - Artikel 158 zweiter Satz des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 erhält folgende Fassung:

«Die Verpflichtung zur Aus- und Weiterbildung wird vom Geschäftsführenden Direktor ausgesprochen.»

**Art. 37** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 15.9 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 15.9 - Artikel 160 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 erhält folgende Fassung:

«Artikel 160 - Der geschäftsführende Direktor entscheidet über die Anfrage des Beamten innerhalb von zehn Arbeitstagen und teilt seine Entscheidung dem Beamten schriftlich mit.

Eine Ablehnung des Antrags muss begründet sein.

Der Betroffene hat ein Einspruchsrecht beim Vorsitzenden des Verwaltungsrates, der endgültig entscheidet. Der Vorsitzende des Verwaltungsrates informiert den Verwaltungsrat über Einsprüche.»

**Art. 38** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 15.10 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 15.10 - Artikel 168 zweiter Absatz des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 erhält folgende Fassung:

«Artikel 168 zweiter Absatz Der Beamte richtet seinen begründeten Antrag mindestens zwei Monate vor Beginn des gewünschten Urlaubs über den Dienstweg an den geschäftsführenden Direktor. Dem Antrag ist eine Studienbeschreibung sowie eine Aufstellung über die vorgesehenen Abwesenheitszeiten beigelegt.»

**Art. 39** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 15.11 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 15.11 - Artikel 175 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 erhält folgende Fassung:

«Artikel 175 - Die Anfrage nach Dienstbefreiung zur Ausübung eines Auftrags wird beim Vorsitzenden des Verwaltungsrates eingereicht. Der Anfrage beigelegt ist eine ausführliche Beschreibung des Auftrages, der Beginn des Auftrags sowie die voraussichtliche Dauer der Dienstbefreiung.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates trifft nach Stellungnahme des betroffenen Geschäftsführenden Direktors seine Entscheidung und teilt diese dem Beamten schriftlich mit.

Im Falle einer negativen Entscheidung erhält der Beamte schriftlich innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Erhalt der Anfrage eine begründete Mitteilung.»

**Art. 40** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 15.12 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 15.12 - In Artikel 178 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 versteht man unter «für das Personal zuständige Minister » « Vorsitzende des Verwaltungsrates». »

**Art. 41** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 15.13 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 15.13 - In Artikel 173 und 198 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 versteht man unter «Abteilungsleiter» «geschäftsführender Direktor».

Die Worte «und dem Generalsekretär», «sowie den Generalsekretär» und «und des Generalsekretärs» werden ersatzlos gestrichen.»

**Art. 42** - Im selben Erlass vom 7. Juni 2001 wird ein Artikel 15.14 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 15.14 - Artikel 201 des vorgenannten Erlasses vom 27. Dezember 1996 erhält folgende Fassung:

« Artikel 201 - Der Vorschlag zur Verhängung der Disziplinarstrafe geht vom zuständigen Geschäftsführenden Direktor aus. Betrifft der Vorschlag den Geschäftsführenden Direktor, geht er vom für das Personal zuständigen Minister aus.

Der Geschäftsführende Direktor, der den Vorschlag gemacht hat, nimmt nicht an der Beratung über die Verhängung der Disziplinarstrafe teil.»

### KAPITEL III — *Übergangs-, Aufhebungs- und Schlussbestimmungen*

**Art. 43** - Bei Anwerbungsverfahren, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses begonnen haben, gelten in Abweichung von Artikel 2 und Artikel 4 Nr. 3 weiterhin die Diplombedingungen oder Zulassungsbedingungen, die vor Verabschiedung des vorliegenden Erlasses anwendbar waren.

**Art. 44** - Was das Personal des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft betrifft, sind aufgehoben:

1. der Königliche Erlass vom 1. Juni 1964 über gewisse Urlaube, die den Beamten der Staatsverwaltungen gewährt werden;

2. der Königliche Erlass vom 2. April 1975 bezüglich eines Urlaubs der gewissen Personalmitgliedern von öffentlichen Diensten gewährt wird, um in die Dienste von politisch anerkannten Gruppen der legislativen nationalen, gemeinschafts- sowie regionalen Kammern oder von Präsidenten dieser Gruppen zu treten

3. der Königliche Erlass vom 21. November 1980 bezüglich des Urlaubs der gewissen Personalmitgliedern gewährt wird, die in die Dienste des Königs gestellt werden

4. der Königliche Erlass Nr. 46 vom 10. Juni 1982 bezüglich der Kumulierung beruflicher Aktivitäten in gewissen öffentlichen Diensten

5. der Königliche Erlass vom 28. Februar 1991 bezüglich der halbezeitigen Laufbahnunterbrechung in den Staatsverwaltungen

6. der Königliche Erlass vom 28. Februar 1991 bezüglich der Laufbahnunterbrechung in den Verwaltungen und anderen Diensten der Ministerien

7. der Königliche Erlass vom 12. August 1993 bezüglich des Urlaubs der gewissen Personalmitgliedern gewährt wird, die in die Dienste des Königs oder der Prinzen und Prinzessinnen von Belgien treten.

**Art. 45** - Die gewährten Teilzeitarbeiten aus familiären oder sozialen Gründen sowie aus persönlichen Gründen bleiben bis zum Ende ihrer Dauer gültig.

**Art. 46** - Der Wartestand aus persönlichen Gründen wird der Abwesenheit aus persönlichen Gründen gleichgestellt.

**Art. 47** - Vorliegender Erlass tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft mit Ausnahme von Artikel 4 Nr. 7, 23, 26, 27 und 28, die mit Wirkung vom 1. Oktober 2003 in Kraft treten und Artikel 9, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 29 bis 42, 44, 45 und 46, die am 1. Januar 2004 in Kraft treten.

**Art. 48** - Der Ministerpräsident, zuständig für das Personal und den Haushalt, wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 11. Dezember 2003

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,  
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,  
K.H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus,  
B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales,  
H. NIESSEN

## TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2004 — 1001

[C — 2004/33018]

**11 DECEMBRE 2003.** — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone modifiant l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone 27 décembre 1996 portant organisation du ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents ainsi que l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 54, modifié par les lois des 18 juillet 1990 et 16 juillet 1993;

Vu la directive 92/85/CEE du 19 octobre 1992, concernant la mise en oeuvre de mesures visant à promouvoir l'amélioration de la sécurité et de la santé des travailleuses enceintes, accouchées ou allaitantes au travail, notamment l'article 9;

Vu la directive 96/34/CE du Conseil du 3 juin 1996 concernant l'accord-cadre sur le congé parental conclu par l'UNICE, le CEEP et la CES;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 27 avril 2000, 18 février 2002, 18 novembre 2002 et 20 février 2003;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 20 février 2003;

Vu les protocoles n° S7/2001, S10/2001, S4/2003 et S6/2003 du Comité de secteur XIX de la Communauté germanophone, datant respectivement des 20 juin 2001, 29 octobre 2001, 25 février 2003 et 22 août 2003;

Vu les avis de l'Inspection des finances, donnés les 14 février 2001, 13 décembre 2001, 19 février 2003 et 26 août 2003;

Vu l'accord du Ministre des Pensions, donné le 24 décembre 2002;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, donné les 17 mars 2003 et 26 août 2003;

Vu la délibération du Gouvernement relative à la demande adressée au Conseil d'Etat pour qu'il rende un avis dans un délai d'un mois au plus;

Vu les avis n°s 35.862/3, 35.400/1 et 35.403/1 émis le 23 septembre 2003 par le Conseil d'Etat, en application de l'article 84, alinéa 1, 1°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Considérant que, dans ses avis, le Conseil d'Etat recommande de ne pas adopter d'arrêtés distincts mais d'adapter les arrêtés précités des 27 décembre 1996 et 7 juin 2001, et que trois arrêtés distincts sont dès lors réunis dans le présent texte;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel;

Après délibération,

Arrête :

*CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — Modification de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents*

**Article 1<sup>er</sup>.** L'article 3, § 2, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents est remplacé par la disposition suivante :

« La vérification des aptitudes physiques exigées est assurée par l'Office médico-social de l'Etat ou par un service agréé désigné par le Gouvernement. »

**Art. 2.** Les modifications suivantes sont apportées à l'article 4 :

1° à l'alinéa 2, le passage «, ci-après dénommé » l'arrêté royal du 26 septembre 1994 » est supprimé;

2° un quatrième alinéa, libellé comme suit, est inséré :

« Par dérogation au troisième alinéa, aucun diplôme ou certificat n'est exigé pour les niveaux III et IV. »

**Art. 3.** L'article 8 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 8. Nul ne peut occuper un emploi d'un niveau déterminé avant d'être porteur du diplôme requis pour ce niveau ou d'avoir réussi un examen d'accession à un niveau supérieur correspondant. »

**Art. 4.** Les modifications suivantes sont apportées au chapitre II du même arrêté :

1° les articles 12 à 22 constituent la section Ire, intitulée « Généralités »;

2° la partie de phrase introductive de l'article 12 est remplacée comme suit :

« Nul ne peut être recruté comme agent du Ministère de la Communauté germanophone s'il ne remplit, outre les conditions d'admissibilité reprises à l'article 3, § 2, les conditions suivantes : »;

3° à l'article 12 est inséré un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup>, 1°, un agent du Ministère de la Communauté germanophone ou d'un des organismes mentionnés à l'article 1 de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents qui a été nommé à titre définitif au niveau I par promotion peut également être recruté pour les grades des rangs I.A et I.B. »;

4° l'article 18 est remplacé par la disposition suivante :

« Article 18. Nul ne peut être nommé s'il n'a pas accompli le stage avec fruit. »;

5° à l'article 21 est inséré un deuxième alinéa, libellé comme suit :

« Si, en raison d'une interruption de carrière possible au niveau réglementaire ou d'une réduction du temps de travail, un stagiaire n'accomplit pas des prestations complètes pendant le stage, la durée du stage mentionnée au premier alinéa est prolongée au prorata de la diminution des prestations. »;

6° les articles 23 à 36 constituent la section 2, intitulée »Stage aux niveaux I, II+, II, III et IV, à l'exception des grades des rangs I.A et I.B »;

7° il est inséré une section 3, comprenant les articles 36.1 à 36.10 :

« *Section 3. — Stage pour les grades des rangs I.A et I.B*

Article 36.1. Le stage est effectué au Ministère de la Communauté germanophone, sous l'autorité du Ministre compétent en matière de Personnel pour ce qui est des grades du rang I.A et du secrétaire général pour ce qui est des grades du rang I.B.

En début de stage, l'intéressé est informé de ses droits et devoirs statutaires.

L'activité du stagiaire ne se distingue pas fondamentalement de l'activité d'un agent.

Article 36.2. Le Gouvernement peut imposer la participation à des stages et à des formations pendant la période de stage.

Article 36.3. Au terme du stage, le stagiaire établit un rapport de stage personnel. Ce rapport est notifié 4 semaines avant la fin du stage au Ministre compétent en matière de Personnel pour ce qui est des grades du rang I.A et au secrétaire général pour ce qui est des grades du rang I.B.

Article 36.4. Un rapport de stage est établi après le troisième, le sixième et le neuvième mois de stage, par le Ministre compétent en matière de Personnel pour ce qui est des grades du rang I.A et par le secrétaire général pour ce qui est des grades du rang I.B.

Le stagiaire vise immédiatement ce rapport pour attester qu'il en a pris connaissance. Il en reçoit copie.

Les rapports sont portés à la connaissance du Gouvernement.

Trois semaines avant la fin du stage, le Ministre compétent en matière de Personnel ou le secrétaire général selon le cas établit un quatrième rapport de stage contenant la recommandation, pour le Gouvernement, de nommer ou pas. Le stagiaire vise immédiatement ce rapport pour attester qu'il en a pris connaissance. Il en reçoit copie. Le rapport et la recommandation sont immédiatement transmis au Gouvernement.

Article 36.5. Les rapports de stage et l'évaluation d'un stagiaire se fondent sur les critères suivants :

- 1° disposition au rendement;
- 2° aptitudes professionnelles;
- 3° esprit d'équipe;
- 4° sens des responsabilités;
- 5° capacité au leadership.

Selon les tâches assignées au stagiaire, il peut en outre être tenu compte éventuellement de sa créativité.

Article 36.6. Le stagiaire peut, dans les dix jours ouvrables à dater de son visa, émettre un avis écrit sur tout rapport de stage. Cet avis est adressé simultanément au Ministre compétent en matière de Personnel ou au secrétaire général selon le cas et au Gouvernement.

Article 36.7. Après réception du rapport visé à l'article 36.4, alinéa 4, et de la recommandation ainsi que de l'avis éventuellement émis en application de l'article 36.6, le Gouvernement constate à la fin du stage si celui-ci a été accompli avec fruit. Pour ce, il tient compte aussi bien des rapports de stage et des avis éventuellement émis par le stagiaire que de la participation, éventuellement imposée, à des stages et des formations. Le stagiaire est, à sa demande ou à l'initiative du Gouvernement, entendu pendant la période comprise entre la réception du rapport et de l'avis éventuel et la fin du stage.

Article 36.8. § 1<sup>er</sup>. Lorsque le Gouvernement, à la fin du stage, constate la réussite de celui-ci, la nomination intervient directement.

§ 2. Lorsque le stage n'a pas été accompli avec fruit, le Gouvernement prend une décision de licenciement, notifiée au stagiaire par recommandé. Le stage est considéré comme prolongé jusqu'au jour de la décision de licenciement.

Si le stagiaire est un agent nommé à titre définitif du Ministère de la Communauté germanophone ou d'un des organismes mentionnés à l'article 1 de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire de leurs agents, il n'y a pas, par dérogation au premier alinéa, de décision de licenciement; toutefois, à l'issue du stage auprès du Ministère ou de l'organisme, l'agent portera à nouveau le grade et le rang qu'il portait avant le début de son stage.

Article 36.9. Un délai de préavis de trois mois court à partir du jour de la décision de licenciement. A la date de la décision de licenciement, il est conclu avec l'intéressé un contrat de travail à durée déterminée de trois mois correspondant au délai de préavis.

Article 36.10. Il est mis fin au stage, d'office et sans délai de préavis, dans les mêmes cas que ceux prévus pour la perte d'office et sans préavis de la qualité d'agent.

De plus, la démission volontaire met un terme au stage. »

**Art. 5.** Dans le même arrêté est inséré un chapitre *Ibis*, contenant les articles 36.11 à 36.14 :

« *CHAPITRE Ibis. — Reprise d'agents nommés à titre définitif auprès d'autres autorités*

Article 36.11. Pour l'application du présent chapitre, l'on entend par « autorités » les autorités administratives mentionnées à l'article 14 des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973.

Article 36.12. Un agent d'une autre autorité peut être repris.

En cas de reprise, le licenciement auprès de l'autre autorité et la nomination à titre définitif auprès du Ministère de la Communauté germanophone sont opérés sans interruption, l'agent repris ne devant pas effectuer de stage.

Article 36.13. Les conditions de reprise sont les suivantes :

- 1° l'agent est nommé à titre définitif et en activité de service auprès de l'autorité qu'il quitte;
- 2° l'agent remplit les conditions d'admission énumérées à l'article 3, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>.

Article 36.14. § 1<sup>er</sup>. L'agent peut être nommé à titre définitif dans un certain niveau auprès du Ministère de la Communauté germanophone dans la mesure où il était nommé, auprès de l'autorité qu'il quitte, dans un grade pour lequel un diplôme est requis conformément à l'article 4 lors de l'engagement au niveau correspondant.

§ 2. S'il s'agit d'une nomination à titre définitif dans un grade autre qu'un grade de recrutement, l'agent devra justifier en outre, dans le niveau correspondant, de l'ancienneté administrative requise pour pouvoir être promu à ce grade en tant qu'agent du Ministère de la Communauté germanophone.

L'ancienneté prestée auprès de l'autorité quittée est calculée conformément aux dispositions des articles 44 à 48.

§ 3. Une reprise aux grades des rangs I.A et I.B est exclue. »

**Art. 6.** A l'article 44 du même arrêté, il est inséré un § 2, libellé comme suit, entre le § 1<sup>er</sup> et le § 2 qui devient le § 3 :

« § 2. Pour les agents qui ont été repris conformément au chapitre IIbis, l'ancienneté de service et de niveau acquise auprès de l'autorité qu'ils ont quittée est calculée conformément aux dispositions de la présente section et prise en compte en matière de promotion. »

**Art. 7.** L'article 55 du même arrêté est abrogé.

**Art. 8.** Article 8. A l'article 58, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, la deuxième phrase est remplacée par la disposition suivante :

« Pour la promotion aux grades IV.A, III.A, IIA, II+.A et I.D, le candidat doit en plus, pour être admissible, avoir une ancienneté administrative de neuf ans au moins dans le niveau. »

**Art. 9.** A l'article 74, § 2, alinéa 2, du même arrêté est inséré un 7°, libellé comme suit :

« 7° l'un des congés visés à l'article 117. »

**Art. 10.** Dans le même arrêté est inséré un article 81.1, libellé comme suit :

« Lorsque le traitement d'un agent engagé est, en application des dispositions de cet arrêté, inférieur à celui qu'il percevait auparavant en tant qu'agent contractuel en application de l'arrêté du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public, il continue de percevoir le traitement le plus élevé jusqu'à ce qu'il touche un traitement au moins aussi élevé en application des dispositions du présent arrêté. »

**Art. 11.** Dans le même arrêté est inséré un article 81.2, libellé comme suit :

« Article 81.2 - Le Gouvernement peut décider qu'un agent repris en application du chapitre IIbis continue d'être rémunéré sur la base de l'échelle de traitement qui lui était applicable auprès de l'autorité qu'il a quittée jusqu'à ce qu'il touche un traitement au moins aussi élevé en application du présent arrêté. »

**Art. 12.** Dans le même arrêté est inséré un article 81.3, libellé comme suit :

« Article 81.3. Un agent occupé auparavant en tant que contractuel auprès du Ministère ou d'un organisme en application de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public reçoit, après quatre années d'ancienneté pécuniaire, une rémunération conforme à l'échelle de traitement du premier grade de promotion de la même carrière, les services prestés en tant que contractuel étant également pris en compte.

La présente disposition n'a aucune influence quant au classement des candidats à la promotion. »

**Art. 13.** Dans le même arrêté est inséré un chapitre VI, comprenant les articles 88 à 92 :

« CHAPITRE VI. — Droits, devoirs, incompatibilités et cumuls

Article 88. Les droits et devoirs des agents et stagiaires du Ministère de la Communauté germanophone sont déterminés par les dispositions des articles 4 à 8 de l'arrêté royal du 22 décembre 2000 fixant les principes généraux du statut administratif et pécuniaire des agents de l'Etat applicables au personnel des services des Gouvernements de Communauté et de Région et des Collèges de la Commission communautaire commune et de la Commission communautaire française ainsi qu'aux personnes morales de droit public qui en dépendent, ci-après dénommé « A.R.P.G. ».

Article 89. § 1<sup>er</sup>. Est considérée comme activité professionnelle toute occupation donnant droit à un revenu professionnel au sens du Code des impôts sur le revenu. Les activités isolées, sans caractère régulier, ne sont toutefois pas concernées. L'exercice de mandats politiques ne constitue pas une activité professionnelle complémentaire au sens du présent arrêté.

§ 2. L'activité professionnelle complémentaire exercée dans le secteur public doit, avant d'être entamée, être communiquée par la voie hiérarchique au secrétaire général. Celui-ci peut, sur avis préalable du Conseil de direction et dans un délai de 20 jours calendrier, proposer au Gouvernement d'interdire l'activité. Le Gouvernement statue lors de sa prochaine réunion.

§ 3. Les agents ne peuvent exercer une activité professionnelle complémentaire dans le secteur privé que moyennant autorisation écrite du Gouvernement, à moins qu'il ne s'agisse d'une activité exercée dans l'intérêt du service à la demande d'un supérieur.

Le secrétaire général soumet au Conseil de direction, pour avis, la demande introduite en vue de l'exercice d'une activité professionnelle complémentaire dans le secteur privé. Le Gouvernement prend sa décision après avoir pris connaissance de cet avis et motive, le cas échéant, sa décision si elle déroge audit avis.

§ 4. L'autorisation peut être retirée. Le Gouvernement demande préalablement l'avis du Conseil de direction.

Article 90. Une activité professionnelle complémentaire est entre autres inadmissible lorsqu'elle :

- 1° peut compromettre l'exercice de l'activité normale au sein du service;
- 2° peut nuire à la dignité de la fonction;
- 3° semble incompatible avec le statut d'agent.

Article 91. Le secrétaire général décide auprès de quel service du Ministère l'agent sera affecté. Il entend l'intéressé et le Conseil de direction avant tout changement.

Article 92. Le présent chapitre est aussi applicable aux stagiaires. »

**Art. 14.** Dans le même arrêté est inséré un chapitre VII, comprenant les articles 93 à 98 :

« CHAPITRE VII. — *Positions administratives*

Article 93. Tout agent se trouve en tout ou partie dans l'une des positions administratives suivantes :

- 1° l'activité de service;
- 2° la non-activité de service.

Article 94. Sauf disposition contraire, un agent qui se trouve en activité de service a droit à un traitement ainsi qu'aux promotions et augmentations intercalaires.

Article 95. Sauf disposition contraire, un agent qui se trouve en non-activité de service n'a droit à aucun traitement. Il perd ses droits aux promotions et augmentations intercalaires.

Article 96. Un agent se trouve toujours en activité de service sauf disposition formelle le plaçant, de plein droit ou par décision de l'autorité compétente, en tout ou partie, en non-activité de service.

Article 97. Nul ne peut être maintenu en non-activité totale s'il remplit toutes les conditions pour obtenir une pension de retraite.

Article 98. Le présent chapitre est aussi applicable aux stagiaires. »

**Art. 15.** Dans le même arrêté est inséré un chapitre VIII, comprenant les articles 99 à 191 :

« CHAPITRE VIII. — *Congés et absences*

*Section 1<sup>re</sup>. — Généralités*

Article 99. § 1<sup>er</sup>. Le régime des congés du Ministère de la Communauté germanophone est aussi applicable aux stagiaires sauf les règles relatives :

- 1° à l'absence pour convenance personnelle;
- 2° aux absences prévues à l'article 117;
- 3° au congé de formation repris sous la section 10;

4° à la dispense de service pour mission, lorsque celle-ci n'est pas confiée par le Gouvernement de la Communauté germanophone.

§ 2. Les règles suivantes relatives aux absences sont aussi applicables aux agents contractuels du Ministère de la Communauté germanophone :

- 1° section 2 : congé annuel de vacances et jours fériés;
- 2° section 3 : congés de circonstances;
- 3° congé parental;
- 4° congé d'adoption;
- 5° section 9 : dispense de service pour formation ou formation continue;
- 6° section 10 : congé de formation;
- 7° section 11 : dispense de service pour mission;

8° section 13 : dispense de service pour être mis à la disposition du Roi ou d'un Prince ou d'une Princesse de Belgique.

9° section 14 : dispense de service pour pauses d'allaitement.

Article 100. Les « jours de travail » sont les jours où l'agent est obligé de travailler en vertu de son régime de travail.

Par « congé », il faut entendre toutes les absences réglementaires pendant les jours de travail. Le « congé » est assimilé à une période d'activité de service, sauf disposition contraire.

Par « dispense de service », il faut entendre toutes les absences pendant le service qui sont octroyées ou imposées par l'autorité et ne sont pas comptabilisées comme « congé ». La dispense de service est assimilée à une période d'activité de service.

Par « personne avec laquelle X vit maritalement », il faut entendre la personne qui vit sous le même toit que l'agent et constitue avec lui un ménage de fait.

Article 101. La durée moyenne maximale du temps de travail ne peut excéder 38 heures par semaine.

Le présent article est également applicable aux agents contractuels.

Article 102. Sans préjudice de l'article 103, le membre du personnel ne peut s'absenter du service sans avoir obtenu un congé ou une dispense de service.

Tout agent qui s'absente sans autorisation ou dépasse le terme de son congé autorisé est placé en non-activité, sans préjudice de l'application d'une mesure disciplinaire ou d'une administrative.

Article 103. La participation de l'agent à une cessation concertée du travail est assimilée à une période d'activité de service. L'agent n'a pas droit au paiement de son traitement pour la durée de la cessation du travail.

Les agents contractuels n'ont pas droit au paiement de leur traitement pour la durée de la cessation du travail.

Article 104. Sauf disposition contraire, les congés, dispenses de service et autres absences sont octroyés par le secrétaire général ou par un délégué désigné par lui.

*Section 2. — Congé annuel de vacances et jours fériés*

Article 105. Tout agent a droit à un congé annuel de vacances.

Le congé annuel de vacances est accordé par le chef de division.

Le congé annuel de vacances peut être fractionné mais doit comporter au moins une période continue de 5 jours ouvrables.

Le nombre de jours de congé annuel de vacances est de :

- 1° 26 jours pour les agents de moins de 45 ans;
- 2° 27 jours pour les agents de 45 à 50 ans;
- 3° 28 jours pour les agents à partir de 50 ans.

Les agents ayant atteint l'âge de 60 ans bénéficieront par ailleurs d'un jour de congé annuel supplémentaire par année au-delà de leur 60<sup>e</sup> anniversaire.

Le congé annuel est pris au cours de l'année civile à laquelle il se rapporte. Toutefois, il est possible de reporter à l'année civile suivante un maximum de 10 jours de congé. Le Conseil de direction peut, dans des cas dûment motivés, déroger à cette règle afin de permettre le report d'un nombre supérieur de jours.

Article 106. § 1<sup>er</sup>. Chaque période d'activité de service donne droit à un congé annuel de vacances.

Dans les cas suivants, le congé annuel de vacances est diminué au prorata :

- 1° lorsqu'un agent entre en service ou quitte celui-ci en cours d'année;
- 2° en cas d'absence pour convenance personnelle;
- 3° pour la période d'interruption de la carrière professionnelle;
- 4° en cas de prestations réduites;
- 5° au cas où il est fait usage d'une des possibilités de congés ou absences non rémunérés;
- 6° pour la période où l'agent se trouve en non-activité de service.

Lors du calcul du nombre de jours de congé, les décimales sont arrondies au demi-jour supérieur.

Le calcul proportionnel n'est pas applicable aux jours de congé supplémentaires accordés à partir du 60<sup>e</sup> anniversaire prévu à l'article 105.

§ 2. Si l'agent, pour des raisons de service, n'a pas pu prendre son congé annuel avant de quitter définitivement le service, il perçoit pour les jours de congé « perdus » une indemnité compensatoire proportionnelle à son dernier traitement.

Article 107. De plus, l'agent est en congé tous les jours fériés légaux ainsi que les 2 et 15 novembre, 26 décembre, lundi et mardi de carnaval.

Pour le jour de la Communauté germanophone, l'agent obtient un jour de congé supplémentaire, dont il peut disposer librement et qui est soumis aux mêmes règles de demande que le congé annuel de vacances.

Le lundi de la fête locale du lieu où le service est implanté est considéré comme jour de congé pour l'agent concerné. Si, pour des raisons de service, il n'est pas possible d'envisager une fermeture, le jour de congé peut être compensé aux conditions prévues à l'article 108.

Les jours fériés sont assimilés à une période d'activité de service.

Article 108. Lorsqu'un jour férié légal ou un jour férié prévu à l'article 107 coïncide avec un samedi ou un dimanche, l'agent a la possibilité de prendre un jour de compensation, dont il peut disposer librement et qui est soumis aux mêmes règles de demande que le congé annuel de vacances. En cas de travail à temps partiel, le droit au congé de compensation est réduit au prorata.

Le Conseil de direction peut toutefois fixer des dates bien précises pour de tels jours de compensation. Les agents qui doivent malgré tout travailler à ces dates-là peuvent obtenir des jours de compensation selon les règles de demande visées à l'alinéa précédent.

### Section 3. — Congés de circonstances

Article 109. Outre les congés de vacances annuelles, l'agent a droit à des congés de circonstances conformément au tableau suivant :

Événement	Nombre de jours
Mariage de l'agent	4
Accouchement de l'épouse/de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement	10
Décès du conjoint, de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement ou d'un parent du 1 <sup>er</sup> degré	4
Mariage d'un enfant	2
Mariage d'un parent ou d'un beau-parent, de frères et sœurs, demi-frères et demi-sœurs ou d'un petit-enfant	1
Décès d'un parent habitant sous le même toit	2
Décès d'un parent du second degré n'habitant pas sous le même toit	1
Ordination ou entrée au couvent d'un enfant de l'agent, d'un enfant de son conjoint ou de la personne avec laquelle l'agent vit maritalement ou tout événement religieux ou laïc assimilé	1
Communion solennelle d'un enfant de l'agent ou de son conjoint ou de la personne avec laquelle il vit maritalement ou toute cérémonie religieuse ou laïque assimilée	1

Article 110. L'agent qui fait un don de sang ou de plasma a droit à un congé le jour du don ou le lendemain.

Article 111. L'agent qui fait un don de moelle osseuse a droit à quatre jours de congé à partir du jour du don.

Article 112. Un agent qui fait un don d'organe a droit à un congé pour la durée nécessaire aux examens médicaux préalables et de contrôle et à la durée d'hospitalisation. Un certificat médical atteste de la durée nécessaire.

Article 113. L'agent a droit à un congé pour la durée de ses obligations en tant que juré.

Lorsqu'un agent est convoqué comme témoin devant une juridiction ou doit comparaître personnellement, il a droit à un congé pour la période nécessaire et justifiable.

L'agent membre d'un bureau de vote obtient un jour de congé le premier jour ouvrable suivant l'élection.

Article 114. L'agent a droit à un congé pour remplir, en temps de paix, des prestations au Corps de protection civile en qualité d'engagé volontaire. Donnent également droit à un congé les convocations pour participer à des exercices des forces armées belges.

Lorsque l'agent est membre d'un corps de pompiers volontaires, il obtient une dispense de service pour le temps de l'intervention qui se déroule durant ses heures de travail.

Article 115. L'agent a droit à un congé pour accompagner des personnes handicapées ou des malades lors de voyages initiés par un organisme reconnu par l'Etat.

Le congé n'est accordé que sur présentation d'une attestation délivrée par l'organisme de guidance et ne peut dépasser 5 jours par an.

Article 116. L'agent a droit à cinq jours de congé par an pour soigner un membre de sa famille malade ou la personne avec laquelle il vit maritalement.

Le motif du congé doit être attesté par un certificat médical.

Article 117. Les congés suivants peuvent être accordés à l'agent pour autant que l'intérêt du service ne s'y oppose pas :

1° 30 jours de travail par an pour motifs d'ordre familial, qui sont à prendre par jours entiers et chaque fois pour des périodes d'au moins 5 jours;

2° congé pour accomplir un stage ou une période d'essai en dehors du Ministère;

3° congé pour présenter sa candidature aux élections législatives fédérales, communautaires ou régionales, aux élections provinciales et communales ou aux élections européennes, et ce pour la durée de la campagne électorale.

L'agent doit introduire une demande écrite auprès du secrétaire général, au moins un mois à l'avance pour les points 2° et 3°.

La décision est prise par le secrétaire général en concertation avec le chef de division concerné.

Les congés ne sont pas rémunérés et sont, pour le surplus, assimilés à une période d'activité de service.

#### Section 4. — Congé pour convenance personnelle

Article 118. Pour l'ensemble de sa carrière, l'agent peut demander un congé pour convenance personnelle de deux ans au plus, pour autant que l'intérêt du service ne s'y oppose pas.

La durée minimale du congé est d'un mois.

Le congé n'est pas rémunéré et est assimilé à une période de non-activité de service.

Article 119. Le congé pour convenance personnelle débute toujours le premier jour du mois.

Article 120. Un agent qui souhaite demander un congé pour convenance personnelle introduit, au plus tard deux mois avant le début dudit congé, une demande écrite auprès du secrétaire général. Celui-ci décide dans l'intérêt du service, en concertation avec le chef de division compétent.

Si le secrétaire général ne donne pas suite à la demande, il doit, dans les dix jours de la réception de la demande, motiver son refus au membre du personnel.

Article 121. Moyennant communication écrite, il peut être mis fin anticipativement au congé pour convenance personnelle d'une durée minimale de trois mois. La communication doit être introduite auprès du chef de division au plus tard deux mois avant la reprise de l'activité.

#### Section 5. — Congés dans le cadre d'une naissance ou d'une adoption

##### Sous-section 5.1. — Congé de maternité et de paternité

Article 122. Le congé de maternité, tel que réglé par l'article 39 de la loi sur le travail du 16 mars 1971, est assimilé à une période d'activité de service.

Article 123. Le traitement de l'agent féminin en congé de maternité est liquidé pendant quinze semaines et pendant dix-sept semaines en cas de naissance multiple.

Article 124. Le congé prénatal commence au plus tôt six semaines avant le septième jour précédant la date présumée de l'accouchement et au plus tôt huit semaines en cas de naissance multiple.

Article 125. Lorsque le congé prénatal de six ou huit semaines est épuisé mais que l'accouchement n'a pas eu lieu dans les sept jours suivants, le congé prénatal est prolongé de la durée nécessaire. Le congé postnatal de huit semaines n'en est pas réduit pour la cause.

Article 126. Lorsque les absences suivantes tombent dans les six ou, en cas de naissance multiple, dans les huit semaines du congé prénatal, elles sont assimilées à des jours ouvrables normaux qui peuvent être compensés après le congé postnatal :

1° le congé annuel de vacances;

2° les jours de congé prévus aux articles 107, 109 et 116;

3° les absences pour maladie sauf celles visées à l'article 124.

Si plus de dix jours de congé de vacances annuelles doivent être reportés à l'année civile suivante, l'autorisation du secrétaire général est nécessaire.

Article 127. Le stage est suspendu pendant le congé de maternité.

Article 128. Dans le cadre de sa grossesse, l'agent féminin a droit à une dispense de service pour subir les examens médicaux pré- et postnataux qui ne peuvent avoir lieu en dehors des heures de service. Pour obtenir cette dispense, l'agent remet un certificat établi par le médecin traitant.

Article 129. En période de grossesse ou d'allaitement, l'agent féminin ne peut effectuer de travail supplémentaire. Est considéré comme travail supplémentaire tout travail presté au-delà des 38 heures hebdomadaires.

En cas de travail à temps partiel, le temps de travail à prester est calculé au prorata.

Article 130. Lorsque l'activité exercée par l'agent féminin comporte un risque pour la grossesse au sens de la loi sur le travail du 16 mars 1971 et que ce risque ne peut être éliminé par une modification des conditions de travail ou des tâches, l'agent obtient une dispense de service pour la durée nécessaire.

Article 131. Les articles 122 à 124 ne s'appliquent pas en cas de fausse couche se produisant avant le 181<sup>e</sup> jour de gestation.

Article 132. § 1<sup>er</sup>. Si la mère décède lors de l'accouchement ou doit rester hospitalisée plus longtemps que le nouveau-né, le père de l'enfant a droit à un congé de paternité.

§ 2. En cas de décès de la mère, la durée du congé de paternité est au maximum égale à la durée du congé de maternité non encore épuisée par la mère.

L'agent qui souhaite bénéficier du congé de paternité en informe par écrit le secrétaire général dans les sept jours à dater du décès de la mère. Cet écrit mentionne la date du début du congé de paternité et sa durée. Un extrait de l'acte de décès de la mère est produit dans les meilleurs délais.

§ 3. En cas d'hospitalisation de la mère plus longue que celle de l'enfant, le congé de paternité est limité à la durée d'hospitalisation de la mère, sans pouvoir dépasser le congé de maternité restant à courir après l'accouchement.

L'agent qui souhaite bénéficier du congé de paternité en informe immédiatement par écrit le secrétaire général. Cet écrit mentionne la date du début du congé et sa durée. La demande de congé est appuyée par une attestation de l'hôpital.

§ 4. Le congé de paternité est assimilé à une période d'activité de service.

## Sous-section 5.2. — Congé d'adoption

Article 133. L'agent a droit, à sa demande, à un congé lorsqu'il accueille un enfant de moins de dix ans en vue de l'adoption ou de la tutelle officielle.

Le congé dure au plus quatre ou six semaines selon que l'enfant a ou non atteint l'âge de trois ans.

Le congé d'adoption est assimilé à une période d'activité de service.

Le stage est suspendu pendant le congé d'adoption.

Article 134. Lorsque l'enfant adopté est handicapé, la durée du congé est doublée si les conditions pour l'obtention des allocations familiales en vertu de l'article 47 des lois coordonnées relatives aux allocations familiales pour travailleurs salariés ou de l'article 26 de l'arrêté royal du 8 avril 1976 établissant le régime des prestations familiales en faveur des travailleurs indépendants sont remplies.

## Sous-section 5.3. — Congé parental

Article 135. L'agent en activité de service peut, après la naissance ou l'adoption d'un enfant, obtenir un congé parental.

Article 136. Le congé parental a une durée de trois mois au maximum et peut être fractionné par mois. Il doit être pris avant que l'enfant n'ait atteint l'âge de dix ans.

Le congé parental n'est pas rémunéré; il est assimilé pour le surplus à une période d'activité de service.

## Section 6. — Prestations réduites

Article 137. L'agent peut obtenir une réduction du nombre d'heures de travail prestées, une occupation à mi-temps devant toutefois au moins être assurée.

La demande introduite en vue de fournir des prestations réduites doit l'être par écrit auprès du chef de division au moins deux mois avant sa prise de cours. La demande de prolongation doit être introduite par écrit au moins un mois avant l'expiration du congé en cours.

La demande est transmise au secrétaire général qui décide en concertation avec le chef de division.

En cas de rejet de la demande, le motif doit en être communiqué par écrit à l'agent concerné au moins un mois avant le début de la mesure.

Article 138. Le Gouvernement peut exclure en tout ou partie certaines fonctions de la possibilité de les exercer par prestations réduites.

Article 139. La durée des prestations peut être réduite pour une période de 3 à 24 mois. Toute prolongation, dont le nombre est illimité, peut être demandée pour la même durée.

Les heures de service sont fixées de commun accord avec le chef de division.

Article 140. § 1<sup>er</sup>. L'autorisation d'exercer ses fonctions par prestations réduites est suspendue d'office lorsque l'agent demande l'un des congés suivants :

1° congé pour remplir, en temps de paix, des prestations au Corps de protection civile en qualité d'engagé volontaire;

2° congé pour présenter sa candidature aux élections législatives fédérales, communautaires ou régionales, aux élections provinciales et communales ou aux élections européennes;

3° congé pour accomplir un stage ou une période d'essai en dehors du Ministère;

4° congé dans le cadre d'une naissance ou d'une adoption;

5° congé pour être mis à la disposition du Roi ou d'un Prince ou d'une Princesse de Belgique;

6° congé prévu à l'article 77 de l'arrêté royal du 28 septembre 1984 portant exécution de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités.

§ 2. L'avancement de grade met fin d'office à l'autorisation d'exercer ses fonctions par prestations réduites.

Article 141. Les prestations réduites sont assimilées à une période de non-activité de service.

Pour le calcul de l'ancienneté administrative en matière de promotion :

1° lorsque les prestations sont réduites de moins de huit heures par semaine, elles continuent d'être assimilées à une période d'activité de service avec prestations à temps plein;

2° lorsque les prestations sont réduites de plus de huit heures, 1 976 heures de travail à temps partiel sont comptabilisées comme douze mois calendrier entiers;

3° un douzième de 1.976 heures de travail à temps partiel est comptabilisé comme un mois calendrier complet, les heures entières étant seules retenues.

Article 142. L'agent qui en fait la demande au moins un mois à l'avance peut mettre fin anticipativement à des prestations réduites

## Section 7. — Congé de maladie

Article 143. L'agent qui ne peut travailler pour cause de maladie ou d'infirmité se trouve en congé de maladie.

Le congé de maladie est assimilé à une période d'activité de service.

Article 144. Le Gouvernement arrête les dispositions relatives au contrôle des absences pour cause de maladie.

Article 145. Pour les trois premières années de service, chaque agent dispose de 63 jours ouvrables de congé de maladie. Ce nombre augmente de 21 jours ouvrables par période de 12 mois d'ancienneté supplémentaire.

Pour les invalides de guerre, le nombre de jours de congé de maladie est de 32 jours ouvrables par année de service et de 95 jours ouvrables pour les trois premières années.

Article 146. § 1<sup>er</sup>. Lors des absences suivantes, le nombre effectif de jours de congé de maladie par période de 12 mois est réduit au prorata :

1° congé pour présenter sa candidature aux élections législatives fédérales, communautaires ou régionales, aux élections provinciales et communales ou aux élections européennes;

2° congé pour accomplir un stage ou une période d'essai en dehors du Ministère;

3° interruption de carrière;

4° toute autre période de non-activité de service;

5° congé de maladie à l'exception du congé prévu à l'article 149;

6° prestations réduites.

En cas de décimales, le résultat est toujours arrondi à l'unité supérieure.

§ 2. En cas de prestations réduites, le congé de maladie est imputé sur les jours où l'agent aurait dû fournir des prestations.

Article 147. Pour déterminer l'ancienneté de service en vue du calcul du nombre de jours prévu à l'article 145, c'est la règle prévue à l'article 45 qui est d'application.

Article 148. § 1<sup>er</sup>. Si une maladie se déclare avant le début d'un congé accordé, le congé de maladie dûment attesté par un certificat médical remplace, pour sa durée, le congé accordé.

Si une maladie se déclare durant un congé accordé, ledit congé reste valable.

En cas d'hospitalisation de l'agent, le congé de maladie remplace le congé accordé.

§ 2. Le paragraphe 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, n'est pas applicable :

1° au congé pour prestations réduites;

2° à l'interruption de carrière.

Article 149. § 1<sup>er</sup>. Le congé de maladie a une durée illimitée lorsque la maladie ou l'infirmité est due

1° à un accident de travail;

2° à un accident sur le chemin du travail;

3° à une maladie professionnelle.

Les jours d'absence ne sont pas imputés sur le quota de jours de maladie prévu à l'article 145.

§ 2. L'agent qui, selon le Service de santé du Ministère, est menacé par une maladie professionnelle et doit de ce fait interrompre provisoirement l'exercice de ses fonctions, obtient un congé pour cette période. Le congé est assimilé à une période d'activité de service.

Le Gouvernement détermine les modalités de mise en congé provisoire.

§ 3. Le congé de maladie provoqué par la faute d'un tiers et dont la cause ne peut être classée parmi celles énumérées au § 1<sup>er</sup>, n'est pas imputé sur le nombre de jours de congé de maladie restant, à concurrence du pourcentage de responsabilité imputé au tiers.

Article 150. L'agent ne peut être déclaré définitivement inapte pour maladie ou infirmité avant qu'il n'ait épuisé le quota de congés auquel il a droit.

Article 151. Dès qu'un agent a épuisé son quota de jours de congé de maladie, son traitement est réduit de 40 % par rapport à son dernier traitement à temps plein. Le traitement liquidé dans pareil cas vaut traitement d'attente.

Le montant du traitement ne peut toutefois être inférieur

1° à l'indemnité dont bénéficierait l'agent si le système de la sécurité sociale lui avait été applicable;

2° à la pension qu'il obtiendrait s'il était à ce moment mis à la retraite anticipée pour cause d'inaptitude professionnelle.

Nul ne bénéficie d'un traitement d'attente s'il peut être mis à la retraite d'office.

L'agent conserve ses titres à la promotion et aux augmentations intercalaires.

Article 152. L'agent qui bénéficie d'un traitement d'attente pour cause de maladie est convoqué chaque année, dans le courant du mois correspondant à celui où le traitement d'attente a pris cours, pour un contrôle auprès du Service de santé du Ministère. Un premier contrôle a lieu dans le courant du mois où le traitement d'attente prend cours.

S'il ne donne pas suite à la convocation, le paiement de son traitement d'attente est suspendu jusqu'à sa comparution.

Article 153. Lorsque le service de santé reconnaît que l'agent souffre d'une maladie grave de longue durée, l'agent bénéficie d'un traitement d'attente correspondant au dernier traitement liquidé. Ce droit n'est ouvert qu'après que l'agent a bénéficié d'un traitement d'attente pendant une période ininterrompue de trois mois.

La situation financière de l'agent est corrigée avec effet rétroactif au jour où le traitement d'attente a pris cours.

#### Section 8. — Reprise du travail à mi-temps en cas de maladie

Article 154. Si, à l'issue de l'examen de contrôle pratiqué en application de l'article 7 de l'arrêté du Gouvernement du 20 novembre 1996 relatif au contrôle des absences pour maladie au Ministère de la Communauté germanophone, l'on en arrive à la conclusion que le membre du personnel peut reprendre le service à mi-temps, le ministre compétent en matière de Personnel ou le secrétaire général délégué à cet effet en est informé.

Le Ministre ou son délégué invite le membre du personnel à reprendre le service à mi-temps dans la mesure où l'intérêt du service ne s'y oppose pas.

Article 155. Le membre du personnel absent pour maladie ou infirmité ne peut reprendre le service à mi-temps à sa demande qu'en transmettant à l'agent contrôleur compétent un certificat du médecin traitant allant en ce sens et dans la mesure où l'intérêt du service ne s'y oppose pas.

L'agent contrôleur informe le ministre compétent en matière de Personnel ou le secrétaire général délégué à cet effet.

Article 156. La décision du Ministre ou de son délégué quant à la reprise du service à mi-temps vaut pour une période de 30 jours calendrier au plus.

Une prorogation de la décision pour une autre période d'au plus 30 jours calendrier ne peut être accordée que lorsque le membre du personnel présente à nouveau un certificat médical allant dans ce sens.

Le congé de maladie à mi-temps est assimilé à une période d'activité de service.

#### Section 9. — Dispense de service pour formation ou formation continue

Article 157. L'agent peut obtenir une dispense de service pour formation ou formation continue.

L'agent a le droit de suivre une formation ou formation continue qui peut être utile à l'exercice de son activité et pour lui permettre de remplir les critères d'évaluation et les conditions de promotion.

Article 158. La formation ou formation continue est obligatoire si elle est nécessaire pour que l'agent exerce correctement son activité. C'est le secrétaire général ou le chef de division qui décide du caractère obligatoire d'une formation ou formation continue.

Article 159. La dispense de service pour participer à une formation ou formation continue doit être demandée par écrit auprès du chef de division au plus tard un mois avant le début de la formation.

La demande est motivée et contient des informations quant à la formation continue demandée.

Article 160. Le chef de division statue dans les dix jours ouvrables sur la demande introduite par l'agent et communique sa décision par écrit à l'agent et au secrétaire général.

Un refus de la demande doit être motivé.

L'intéressé a un droit de recours auprès du secrétaire général, lequel statue définitivement. Le secrétaire général informe le Conseil de direction des recours introduits.

Article 161. Le Ministère de la Communauté germanophone prend en charge le coût financier d'une formation ou formation continue accordée.

Article 162. Lorsque l'agent ne suit pas au moins deux tiers de la formation ou formation continue, la dispense de service est supprimée et automatiquement commuée en congé.

Si toutefois un cas de force majeure, une maladie ou un accident empêchent l'agent de participer à une formation continue à laquelle il s'était inscrit, il en informe immédiatement le chef de division. La dispense de service est supprimée pour la période restante.

Article 163. Sur l'ensemble de sa carrière, l'agent peut solliciter deux fois une dispense de service pour participer à une préparation en vue d'un examen d'avancement de grade ou de promotion non organisée par le Ministère.

Pour ce faire, l'agent obtient une dispense de service.

Article 164. Pour la préparation individuelle à un examen d'avancement de grade ou à un examen de promotion, l'agent obtient une dispense de service de 5 jours ouvrables en tout par examen.

L'agent n'obtient pas de dispense de service pour l'épreuve consistant en une rédaction.

La dispense de service doit être prise dans les trois semaines qui précèdent la date de l'examen. Lorsque l'agent ne participe pas à l'examen, les jours pour lesquels il avait obtenu une dispense de service sont automatiquement commués en jours de congé, sauf cas de force majeure établi.

#### Section 10. — Congé de formation

Article 165. L'agent peut obtenir un congé de formation pour suivre des études supérieures de type court ou long, des études universitaires ou des études menant à l'obtention d'un titre académique supérieur. Le congé est assimilé à une période d'activité de service.

Article 166. La formation choisie doit avoir un rapport avec la fonction actuelle de l'agent ou avec celle qu'il pourrait exercer à l'avenir auprès des services publics de la Communauté germanophone.

De plus, le congé peut être refusé en tout ou partie s'il est incompatible avec l'intérêt du service. Un refus motivé par cette raison ne peut être opposé à l'agent deux années consécutives.

Le congé ne peut être sollicité plusieurs fois pour une même formation.

Article 167. § 1<sup>er</sup>. Pour les formations qui nécessitent la présence aux cours, la durée du congé est égale au nombre d'heures de cours auxquelles l'intéressé participe effectivement. L'agent peut compenser sur ses heures de service les heures de cours dispensées en dehors des heures normales de service.

§ 2. Si la formation ne requiert pas la présence aux cours, la durée du congé est égale au nombre d'heures de présence qui seraient requises pour participer à une même formation avec présence obligatoire.

§ 3. Le congé ne peut en aucun cas dépasser 120 heures par année scolaire. Par "année scolaire", on entend la période du 1<sup>er</sup> septembre au 31 août.

§ 4. Le maximum fixé à l'alinéa précédent est réduit proportionnellement aux absences ci-après obtenues durant l'année scolaire en cours :

1° l'absence durant laquelle l'agent ne se trouve ni en activité de service ni dans une position administrative similaire;

2° l'absence pour interruption de carrière;

3° le congé justifié par des raisons familiales;

4° la durée du congé accordé pour accomplir un stage ou une période d'essai en dehors du Ministère;

5° le congé octroyé pour présenter sa candidature aux élections;

6° le congé pour convenance personnelle;

7° la dispense de service pour mission.

§ 5. Le congé ne peut être accordé pour une année de formation que l'agent redouble pour avoir échoué aux examens de fin d'année.

§ 6. Le maximum fixé aux §§ 3 et 4 est augmenté du nombre d'heures de congé refusées dans l'intérêt du service pour l'année scolaire précédente.

Article 168. Le congé de formation est accordé par le secrétaire général après concertation avec le Conseil de direction. La décision fixe le nombre d'heures du congé pour la période prise en considération.

Deux mois au moins avant le début du congé sollicité, l'agent introduit sa demande motivée par la voie hiérarchique auprès du secrétaire général. Le chef de division compétent joint son avis. La demande doit être accompagnée d'une description des cours et d'un relevé des périodes d'absence prévues.

Article 169. § 1<sup>er</sup>. L'agent transmettra dans les plus brefs délais et, le cas échéant, pour chaque année scolaire, une attestation d'inscription délivrée par l'établissement de formation. Celle-ci contiendra au moins les données suivantes :

1° le nom et l'adresse de l'agent inscrit;

2° la dénomination et l'adresse exactes de l'établissement de formation;

3° la date d'inscription et l'année scolaire concernée;

4° le type précis et la dénomination exacte de la formation ainsi que la durée nominale de l'ensemble des cours;

5° le nombre d'heures de formation que doit suivre le stagiaire ou, si la présence n'est pas requise, le nombre d'heures conformément à l'article 167, § 3;

6° le cas échéant, les heures de formation dont le stagiaire est dispensé, venant en déduction du nombre d'heures dont question au point 5;

7° le cas échéant, l'horaire hebdomadaire de la formation;

8° le début de la formation au cours de l'année scolaire, la date du dernier examen de l'année scolaire et, le cas échéant, de la seconde session.

§ 2. Au terme de la formation et, le cas échéant, après chaque année scolaire, l'agent transmettra dans les plus brefs délais une attestation de participation délivrée par l'établissement de formation. Celle-ci contiendra au moins les données suivantes :

- 1° le nom et l'adresse de l'agent inscrit;
- 2° la dénomination et l'adresse exactes de l'établissement de formation;
- 3° la date d'inscription et l'année scolaire concernée;
- 4° le type précis et la dénomination exacte de la formation ainsi que la durée nominale de l'ensemble des cours;
- 5° a) pour les formations avec présence obligatoire : le nombre total d'heures et le nombre d'heures de présence effective ou d'absence justifiée de l'agent ainsi qu'une attestation de présence ou d'absence à tous les examens prévus;
- b) pour les formations à distance : le nombre de leçons envoyées à l'agent et le nombre de leçons renvoyées par celui-ci ainsi que la date de la dernière leçon renvoyée qui est à considérer comme date de fin de formation;
- c) pour les types de formations complètement ouvertes : attestation de présence ou d'absence à tous les examens prévus;
- 6° le cas échéant, la date d'interruption de la formation.

§ 3. Si l'agent interrompt la formation ou, pour l'enseignement à distance, ne renvoie pas ses leçons dans les délais impartis, le congé prend fin dès ce moment. L'agent en informe sans délai, par écrit, le secrétaire général. L'agent transmet dans les plus brefs délais son attestation de participation jusqu'au moment de l'interruption.

§ 4. Au terme de la formation, il transmet le plus rapidement possible une copie certifiée conforme du diplôme obtenu.

§ 5. En tout temps, le secrétaire général ou le service du personnel qu'il a délégué peuvent obtenir auprès de l'établissement de formation des informations quant à la participation aux cours. Les attestations sont transmises par l'agent au service du personnel.

Article 170. L'utilisation des heures de congé octroyées est planifiée dans l'intérêt du service en accord avec le chef de division compétent et, le cas échéant, avec le chef de service. Il ne peut toutefois en aucun cas être porté atteinte au droit de participer aux cours ou aux examens.

Pour une même formation, l'agent ne peut obtenir à la fois un congé de formation et une dispense de service pour formation ou formation continue.

L'agent qui obtient un congé de formation ne peut, pour la même formation, percevoir l'indemnité de promotion sociale.

Article 171. Si l'agent ne fournit pas les attestations requises, s'il s'avère qu'il ne suit pas régulièrement la formation, et ce sans justification, ou s'il ne participe pas à la majorité des examens, le secrétaire général peut suspendre le congé de formation. La suspension s'étend à la partie restante de l'année scolaire en cours et aux deux années scolaires suivantes.

Si l'on constate que l'agent a bénéficié indûment d'heures de congé de formation, celles-ci sont retenues sur le congé annuel.

#### Section 11. — Dispense de service pour mission

Article 172. Le ministre compétent en matière de Personnel peut, sur avis du secrétaire général et de commun accord avec l'agent concerné, confier à ce dernier une mission spéciale. La mission remplace ou complète l'activité jusqu'alors exercée par l'agent.

Tout agent peut obtenir une dispense de service pour mission auprès d'une autre instance nationale ou internationale.

Article 173. Lorsqu'un appel aux candidats est lancé pour une mission visée à l'article 172, alinéa 2, l'agent intéressé introduit sa candidature auprès du service compétent et en informe simultanément le ministre compétent en matière de Personnel ainsi que le secrétaire général et le chef de division.

Article 174. La dispense de service est accordée pour la durée de la mission, avec un maximum de deux ans.

La durée de la dispense de service peut être prolongée deux fois. La période de prolongation ne peut dépasser deux ans.

Article 175. La demande de dispense de service pour mission est introduite auprès du ministre compétent en matière de Personnel. La demande est accompagnée d'une description détaillée de la mission, avec mention du début de celle-ci et de la durée probable de la dispense de service.

Le ministre compétent en matière de Personnel prend sa décision sur avis du chef de division concerné et du secrétaire général et la communique par écrit à l'agent.

En cas de décision négative, l'agent reçoit communication écrite de la motivation dans les dix jours ouvrables suivant la réception de la demande.

Article 176. La dispense de service pour mission n'est pas rémunérée; pour le surplus, elle est assimilée à une période d'activité de service.

Article 177. Pendant une mission visée à l'article 172, alinéa 1<sup>er</sup>, l'agent ne peut percevoir un traitement supplémentaire autre que les allocations spéciales liées à l'exercice de la mission.

Article 178. Le ministre compétent en matière de Personnel peut mettre prématurément fin à une mission moyennant un délai de trois mois.

En cas de fin prématurée de la mission, l'agent réintègre immédiatement son service auprès du Ministère.

#### Section 12. — Congé politique

Article 179. § 1<sup>er</sup>. L'agent est d'office mis en congé à temps plein pour exercer les mandats politiques suivants :

- 1° membre de la députation permanente d'un conseil provincial;
- 2° président d'une agglomération ou d'une fédération de communes;
- 3° membre de la Chambre des représentants, du Sénat ou du Gouvernement fédéral;
- 4° membre du Parlement européen ou de la Commission européenne;
- 5° membre du Gouvernement ou membre du Conseil de la Région wallonne, de la Région de Bruxelles-Capitale, de la Communauté flamande ou de la Communauté française.

§ 2. Le congé politique débute le jour de la prestation de serment pour le mandat en question.

Le congé politique expire le dernier jour du mois qui suit celui où le mandat prend fin.

Article 180. § 1<sup>er</sup>. L'agent est d'office mis en congé à temps partiel pour exercer les mandats politiques suivants :

- 1° bourgmestre ou échevin;
- 2° président du Conseil de l'Aide sociale.

Les prestations sont réduites de telle sorte que les services à prester ne peuvent plus représenter que 3/4 d'un emploi à temps plein.

§ 2. Pour les mandats visés au § 1<sup>er</sup>, l'agent peut demander une extension du congé politique. Selon la demande, les prestations peuvent être réduites à zéro ou limitées à la moitié d'un emploi à temps plein. Le Gouvernement décide sur avis du Conseil de direction.

§ 3. Le congé politique débute le jour de la prestation de serment pour le mandat concerné ou au jour de l'approbation s'il s'agit d'une extension.

Le congé politique expire le dernier jour du mois qui suit celui où le mandat prend fin.

Article 181. L'agent qui exerce un mandat de conseiller communal ou provincial peut, à sa demande, obtenir un congé politique.

Selon la demande, les prestations peuvent être réduites d'un quart ou de la moitié d'une occupation à temps plein. Le Gouvernement statue sur avis du Conseil de direction.

Le congé politique expire au plus tard le dernier jour du mois qui suit celui où le mandat prend fin.

Article 182. Les congés politiques accordés sur demande ou d'office ne sont pas rémunérés; pour le surplus, ils sont assimilés à des périodes d'activité de service.

Pour les agents contractuels, le contrat de travail est suspendu pour la durée des congés politiques accordés sur demande ou d'office. Ces périodes sont toutefois prises en compte pour calculer l'ancienneté pécuniaire.

Article 183. § 1<sup>er</sup>. Au terme du congé politique, l'agent ne peut cumuler son traitement avec des avantages liés à l'exercice du mandat politique pour lequel un congé politique lui a été accordé et constituant une indemnité de réadaptation.

§ 2. A la demande de l'agent qui, au terme de son mandat, bénéficie d'une indemnité visée au § 1<sup>er</sup>, le Gouvernement peut accorder un congé sans solde d'un an au plus, assimilé à une période de non-activité de service mais néanmoins pris en compte pour le calcul de l'ancienneté pécuniaire.

Le prescrit de l'article 182, alinéa 2, est applicable mutatis mutandis aux agents contractuels.

Article 184. Pour les mandats politiques déjà en cours, le congé politique accordé d'office, prévu par le présent arrêté, débute le jour de l'entrée en vigueur de la présente section.

#### *Section 13. — Dispense de service pour être mis à la disposition du Roi ou d'un Prince ou d'une Princesse de Belgique*

Article 185. Le ministre compétent en matière de Personnel peut mettre un agent à la disposition du Roi, d'un Prince ou d'une Princesse de Belgique.

Article 186. Pour cette période de mise à disposition, l'agent obtient une dispense de service assimilée à une période d'activité de service.

#### *Section 14. — Dispense de service pour pauses d'allaitement*

Article 187. § 1<sup>er</sup>. Les agents féminins ont, jusqu'à sept mois après la naissance de leur enfant, droit à une dispense de service pour allaiter leur nouveau-né ou pour tirer leur lait.

Dans des circonstances exceptionnelles liées à l'état de santé de l'enfant (p.ex. naissance prématurée) et attestées par certificat médical, la durée totale de la période au cours de laquelle l'agent peut solliciter des pauses d'allaitement peut être prolongée de deux mois au plus.

§ 2. La pause d'allaitement a une durée d'une demi-heure. Les agents qui, par jour de travail, travaillent quatre heures ou plus ont droit ce jour-là à une pause d'allaitement. Les agents qui travaillent au moins sept heures trente par jour ont droit ce jour-là à deux pauses d'allaitement. Les agents qui ont droit à deux pauses d'allaitement par jour peuvent les prendre en une ou deux fois.

La durée de la (des) pause(s) d'allaitement est incluse dans la durée des prestations journalières.

Le moment des pauses d'allaitement est déterminé de commun accord avec le chef de division. A défaut d'accord, les pauses d'allaitement suivront ou précéderont directement les temps de repos prévus dans le règlement de travail.

§ 3. L'agent qui souhaite bénéficier de pauses d'allaitement avertit par écrit, deux mois à l'avance, le chef de division, à moins qu'un délai plus court ne soit fixé de commun accord.

Le droit aux pauses d'allaitement est accordé contre remise d'une attestation d'allaitement qui, au début de l'exercice du droit aux pauses d'allaitement, sera, au choix de l'agent, délivrée par un centre de consultation des nourrissons («Dienst für Kind und Familie», « O.N.E. » ou « Kind en Gezin ») ou introduite sous forme de certificat médical.

Par la suite, l'agent remettra chaque mois à la date anniversaire de l'exercice du droit aux pauses d'allaitement, une attestation ou un certificat médical.

#### *Section 15. — Procédure de recours*

Article 188. A l'exception de la section 9 « Dispense de service pour formation ou formation continue », un recours peut être introduit auprès de la Commission de recours contre toute décision prise quant à une demande prévue au présent chapitre.

Article 189. La Commission de recours est composée de la même manière que celle prévue à l'article 32, alinéas 1<sup>er</sup> et 2.

Article 190. Le recours doit être introduit par écrit auprès du président de la Commission de recours dans les 10 jours ouvrables suivant la réception de la décision prise quant à la demande.

L'agent qui a introduit le recours et le supérieur hiérarchique qui a pris la décision doivent être entendus par la Commission de recours. Le supérieur ne peut être en même temps membre de ladite commission. L'agent peut se faire assister par la personne de son choix.

Article 191. La Commission de recours statue définitivement dans les 10 jours ouvrables suivant la réception du recours par son président. »

**Art. 16.** Dans le même arrêté est inséré un chapitre IX, comprenant les articles 192 à 208 :

« CHAPITRE IX. — *Régime disciplinaire*

Article 192. Une procédure disciplinaire peut être entamée contre un agent :

- 1° lorsqu'il ne respecte pas ses obligations;
- 2° lorsqu'il viole les dispositions relatives aux incompatibilités;
- 3° après une condamnation pénale.

Article 193. Les peines disciplinaires suivantes peuvent être prononcées :

- 1° l'avertissement;
- 2° le blâme;
- 3° la retenue de traitement;
- 4° la suspension disciplinaire;
- 5° la rétrogradation;
- 6° la révocation.

Article 194. La retenue de traitement peut être prononcée pour trois mois au plus, représente au plus un cinquième du traitement d'activité à temps plein et ne peut dépasser le montant prévu à l'article 23, alinéa 2, de la loi du 12 avril 1965 concernant la protection de la rémunération des travailleurs.

Article 195. La suspension disciplinaire peut être prononcée pour trois mois au plus. Pour la durée de la suspension, la rémunération nette est diminuée d'au plus un cinquième, la réduction ne pouvant être supérieure au montant prévu à l'article 23, alinéa 2, de la loi du 12 avril 1965 concernant la protection de la rémunération des travailleurs.

Pour la durée de la suspension disciplinaire, les anciennetés administrative et pécuniaire sont suspendues. L'agent se trouve en position de non-activité de service.

Article 196. La rétrogradation est infligée par l'attribution d'un grade d'un rang inférieur, doté d'une échelle de traitement inférieure et classé dans le même niveau ou dans le niveau immédiatement inférieur ou par l'attribution d'une échelle de traitement inférieure dans le même grade.

Article 197. En cas de révocation, l'agent est licencié sans préavis et sans indemnité.

Article 198. L'agent peut, à tout moment de la procédure, se faire assister par le défenseur de son choix.

S'il le souhaite, l'agent peut à tout moment de la procédure consulter le dossier et en obtenir copie.

Article 199. Les peines disciplinaires sont prononcées par le Conseil de direction, à l'exception de la rétrogradation et de la révocation qui sont prononcées par le Gouvernement. Les peines disciplinaires concernant les chefs de division et le secrétaire général sont prononcées par le Gouvernement.

Les peines disciplinaires sont portées au dossier personnel et doivent être prises en compte lors de l'évaluation.

Article 200. § 1<sup>er</sup>. Les propositions de peine disciplinaire ne peuvent concerner que des faits dont la constatation remonte à six mois au plus.

§ 2. Lorsque les mêmes faits font également l'objet de poursuites pénales, ledit délai ne prend cours qu'au moment où l'autorité est informée soit du jugement définitif soit de la suspension des poursuites.

§ 3. Sous réserve de nouveaux éléments qui justifient la réouverture du dossier et qui se produisent pendant le délai de prescription prévu au § 1<sup>er</sup>, un même agent ne peut faire l'objet d'une action disciplinaire pour des faits déjà sanctionnés sur le plan disciplinaire.

§ 4. Lorsque plusieurs faits sont reprochés à l'agent, ils doivent faire l'objet d'une seule procédure et ne peuvent déboucher que sur une seule peine disciplinaire.

Article 201. La proposition de peine disciplinaire émane du chef de division compétent. Si la proposition concerne un chef de division, elle émane du secrétaire général; si elle concerne le secrétaire général, elle émane du ministre compétent en matière de Personnel.

Le membre du Conseil de direction qui a fait la proposition ne participe pas aux délibérations portant sur la peine disciplinaire à prononcer.

Article 202. La proposition est motivée de façon détaillée par écrit et transmise à l'organe de décision. Dans les trente jours calendrier suivant la réception de la proposition, l'organe de décision communique la proposition et la motivation, par recommandé, à l'agent concerné. Dans un délai de 30 jours calendrier prenant cours à la date du recommandé, l'organe de décision convoque l'intéressé pour une discussion où il pourra se défendre. Parallèlement, l'agent qui a formulé la proposition sera entendu.

L'agent peut demander la publicité de la séance. En cas de publicité, le personnel du Ministère est préalablement informé de l'objet, du lieu et des date et heure de la séance.

Article 203. Après la discussion, l'intéressé peut - dans les 15 jours calendrier - communiquer ses arguments à l'organe de décision par recommandé.

Article 204. § 1<sup>er</sup>. L'organe de décision ne peut prononcer une peine disciplinaire plus lourde que celle proposée et ne peut tenir compte que des faits qui se trouvent à la base de la procédure disciplinaire.

La peine disciplinaire ne peut avoir de conséquences antérieures à son prononcé.

§ 2. L'organe de décision statue dans un délai de 30 jours calendrier suivant la date de la discussion prévue aux articles 201 et 202.

Il communique immédiatement la décision par recommandé à l'intéressé. La décision devient définitive lorsque l'intéressé, dans les 15 jours suivant la date du recommandé, n'a pas introduit de recours par recommandé auprès de la Commission de recours. Le cas échéant, le président de la Commission de recours informe immédiatement de tout recours l'organe de décision.

Article 205. En cas de recours, la Commission de recours consulte le dossier établi en l'affaire par l'organe de décision, entend l'intéressé ainsi que l'agent qui a formulé la proposition et, dans les 30 jours calendrier suivant la date du recommandé par lequel le recours a été introduit, communique à l'organe de décision un avis motivé relatif à la décision contestée.

L'organe de décision statue définitivement dans les 15 jours calendrier suivant la date du recommandé par lequel l'avis a été communiqué.

Article 206. La Commission de recours est composée comme prévu à l'article 32. Le président est toutefois magistrat.

Aucun membre du Conseil de direction, ni le défenseur ni aucun agent qui est partie prenante à la procédure disciplinaire, ne peut être membre de la Commission de recours.

L'agent concerné a la possibilité de récuser une fois des membres de la Commission de recours.

Article 207. § 1<sup>er</sup>. Sauf en cas de révocation, toute mesure disciplinaire est radiée aux conditions figurant au § 2 et toute mention est rayée du dossier personnel.

Sans préjudice de l'exécution de la peine disciplinaire, il ne peut plus être tenu compte de celle-ci à partir de sa radiation.

§ 2. La radiation des peines disciplinaires intervient d'office au terme des délais suivants :

- 1° six mois pour le rappel à l'ordre;
- 2° neuf mois pour le blâme;
- 3° un an pour la retenue de traitement;
- 4° deux ans pour la suspension;
- 5° trois ans pour la rétrogradation.

Le délai prend cours à la date où une décision définitive est prise quant à la peine disciplinaire.

Article 208. Le présent chapitre est applicable aux stagiaires. »

**Art. 17.** Dans le même arrêté est inséré un chapitre X, comprenant les articles 209 à 214 :

« CHAPITRE X. — *Suspension dans l'intérêt du service*

Article 209. Lorsque l'intérêt du service le requiert, un agent peut être temporairement suspendu de ses fonctions. C'est l'autorité qui, conformément au chapitre V, est compétente pour prononcer les peines disciplinaires qui statue en la matière.

Cette autorité entend préalablement l'agent concerné, qui peut se faire assister par la personne de son choix. Le projet de décision et sa motivation sont notifiés à l'intéressé par recommandé au moins 5 jours ouvrables avant la délibération, le délai courant à partir de la date du recommandé.

La décision est communiquée à l'intéressé par recommandé.

Article 210. La suspension dans l'intérêt du service peut durer au plus 12 mois. En cas d'instruction ou de poursuite pénale, la suspension peut toutefois être prolongée jusqu'au terme de l'instruction ou de la poursuite pénale.

Article 211. Aux conditions et dans le respect des limitations prévues à l'article 15, § 2, de l'A.R.P.G., l'organe de décision peut priver l'intéressé de la faculté de faire valoir ses titres à la promotion et aux augmentations intercalaires pour la durée de la suspension et peut diminuer sa rémunération d'au plus un cinquième de son traitement d'activité à temps plein.

Article 212. Dans un délai de dix jours calendrier courant à partir de la date du recommandé communiquant la décision, l'intéressé peut introduire un recours contre la suspension, par recommandé, auprès de la Commission de recours prévue aux articles 188 et 189. Ce recours n'est pas suspensif.

La Commission de recours consulte le dossier de suspension établi par l'autorité et entend l'intéressé. Dans un délai de 30 jours calendrier courant à partir de la date du recommandé par lequel le recours est introduit, elle notifie son avis à l'organe compétent pour prononcer la suspension. L'organe de décision statue définitivement dans un délai de 14 jours calendrier à dater de la communication de l'avis.

La réduction de traitement éventuellement pratiquée est corrigée avec effet rétroactif en cas de retrait de la suspension.

Article 213. Le cas échéant, l'article 15, § 3, de l'A.R.P.G. prescrit que la suspension dans l'intérêt du service sera imputée sur la durée de la suspension disciplinaire.

Article 214. Le présent chapitre est applicable aux stagiaires. »

**Art. 18.** Dans le même arrêté est inséré un chapitre XI, contenant les articles 215 à 218 :

« CHAPITRE XI. — *Perte de la qualité d'agent et cessation définitive des fonctions*

Article 215. Nul ne perd la qualité d'agent avant l'âge prévu pour la retraite sauf dans les cas prévus par la législation sur les pensions ou par l'A.R.P.G.

Article 216. La qualité d'agent prend fin d'office aux conditions prévues à l'article 23 de l'A.R.P.G.

Entraînent la cessation des fonctions : la mise à la retraite, la démission volontaire et la démission en vertu des dispositions prévues aux articles 193 et 218.

Article 217. L'agent peut cesser ses fonctions en donnant sa démission. Dans ce cas, il doit introduire une demande par recommandé auprès du secrétaire général au moins 60 jours avant la date choisie. C'est l'autorité investie du pouvoir de nomination pour le grade concerné qui prend la décision. A défaut de notification de décision par l'autorité investie du pouvoir de nomination dans un délai de 30 jours courant à partir de la date du recommandé susvisé, la demande est censée être acceptée.

Le délai d'introduction de la demande peut être réduit de commun accord.

Article 218. § 1<sup>er</sup>. Un agent qui obtient deux fois consécutivement l'évaluation la plus négative est révoqué par l'autorité investie du pouvoir de nomination sur proposition motivée du Conseil de direction.

Le Conseil de direction entend l'intéressé à sa demande. Celui-ci peut se faire assister par la personne de son choix.

Le licenciement prononcé par l'autorité investie du pouvoir de nomination produit ses effets 15 jours après la date du recommandé communiquant à l'intéressé la décision et sa motivation, dans la mesure où l'intéressé n'introduit pas dans ce délai, par recommandé, un recours auprès de la Commission de recours.

§ 2. La Commission de recours est composée comme prévu à l'article 32.

L'intéressé et le président du Conseil de direction ou un membre de ce conseil désigné par lui sont entendus par la Commission de recours. L'intéressé peut se faire assister par la personne de son choix.

Dans un délai de 30 jours courant à partir de la date du recommandé par lequel le recours a été introduit, la Commission de recours communique un avis à l'autorité investie du pouvoir de nomination. Celle-ci prend une décision motivée définitive dans les 30 jours suivant la réception dudit avis.

§ 3. L'agent révoqué perçoit une indemnité.

L'indemnité correspond à :

- 1° douze fois le dernier traitement mensuel lorsque l'ancienneté en tant qu'agent est au moins égale à 20 ans;
- 2° huit fois le dernier traitement mensuel lorsque l'ancienneté en tant qu'agent est au moins égale à 10 ans;
- 3° six fois le dernier traitement mensuel lorsque l'ancienneté en tant qu'agent est inférieure à 10 ans.

Par traitement, l'on entend le traitement proprement dit ou l'indemnité ou allocation en tenant lieu, y compris les allocations de foyer ou de résidence. Pour calculer l'indemnité, l'on prend pour base une occupation à temps plein. »

**Art. 19.** Dans le même arrêté, le « Chapitre VI. — Dispositions abrogatoires, modificatives, transitoires et finales » devient le « Chapitre XII. — Dispositions abrogatoires, modificatives, transitoires et finales » et les articles 88 à 96 inclus du chapitre deviennent les articles 219 à 227.

**Art. 20.** L'annexe I<sup>e</sup> du même arrêté est remplacée par l'annexe suivante :

Annexe I<sup>e</sup>

**Liste des grades au sein du Ministère de la Communauté germanophone  
Classement des grades en rangs**

Grade	Rang
Niveau I	
Secrétaire général	IA
Directeur d'administration	IB
Premier Conseiller	IC
Informaticien dirigeant	IC
Conseiller	ID
Traducteur dirigeant	ID
Ingénieur civil dirigeant	ID
Ingénieur industriel dirigeant	ID
Architecte dirigeant	ID
Inspecteur dirigeant	ID
Conseiller juridique	ID
Conseiller en science d'art	ID
Premier Informaticien	ID
Informaticien principal	IE
Conseiller adjoint	IE
Traducteur-réviseur principal	IE
Ingénieur civil principal	IE
Ingénieur industriel principal	IE
Architecte principal	IE
Inspecteur principal	IE
Conseiller juridique adjoint	IE
Conseiller adjoint en science d'art	IE
Informaticien	IF
Adjoint	IF
Traducteur-réviseur	IF
Ingénieur civil	IF
Ingénieur industriel	IF
Architecte	IF
Inspecteur	IF
Adjoint juridique	IF
Adjoint en science d'art	IF
Niveau II+	
Premier travailleur social	II+.A
Premier traducteur	II+.A
Premier assistant médical	II+.A
Premier assistant	II+.A
Travailleur social principal	II+.B
Assistant médical principal	II+.B

<b>Grade</b>	<b>Rang</b>
Traducteur principal	II+.B
Assistant principal	II+.B
Travailleur social	II+.C
Traducteur	II+.C
Assistant médical	II+.C
Assistant	II+.C
Niveau II	
Premier rédacteur	II.A
Premier technicien	II.A
Rédacteur principal	II.B
Technicien principal	II.B
Rédacteur	II.C
Technicien	II.C
Niveau III	
Premier ouvrier spécialisé	III.A
Premier secrétaire	III.A
Ouvrier spécialisé principal	III.B
Secrétaire principal	III.B
Ouvrier spécialisé	III.C
Secrétaire	III.C
Niveau IV	
Premier ouvrier spécialisé A	IV.A
Premier messenger-téléphoniste	IV.A
Premier concierge	IV.A
Ouvrier spécialisé A principal	IV.B
Messenger-téléphoniste principal	IV.B
Concierge principal	IV.B
Ouvrier spécialisé A	IV.C
Messenger-téléphoniste	IV.C
Concierge	IV.C

**Art. 21.** L'annexe III du même arrêté est remplacée par l'annexe suivante :

Annexe III

**Classement des échelles de traitement pour les grades au sein du Ministère de la Communauté germanophone**

<b>Grades</b>	<b>Echelles de traitement</b>
Niveau I	
Secrétaire général	I/12
Directeur d'administration	I/11
Premier Conseiller	I/10
Informaticien dirigeant	I/9
Conseiller	I/8
Traducteur dirigeant	I/8
Ingénieur civil dirigeant	I/8
Ingénieur industriel dirigeant	I/8
Architecte dirigeant	I/8
Inspecteur dirigeant	I/8
Conseiller juridique	I/8
Conseiller en science d'art	I/8
Premier Informaticien	I/7
Informaticien principal	I/5

<b>Grades</b>	<b>Echelles de traitement</b>
Conseiller adjoint	I/4
Traducteur-réviseur principal	I/4
Ingénieur civil principal	I/4
Ingénieur industriel principal	I/4
Architecte principal	I/4
Inspecteur principal	I/4
Conseiller juridique adjoint	I/4
Conseiller adjoint en science d'art	I/4
Informaticien	I/3
Adjoint	I/1
Traducteur-réviseur	I/1
Ingénieur civil	I/1
Ingénieur industriel	I/1
Architecte	I/1
Inspecteur	I/1
Adjoint juridique	I/1
Adjoint en science d'art	I/1
Niveau II+	
Premier travailleur social	II+/3
Premier traducteur	II+/3
Premier assistant médical	II+/3
Premier assistant	II+/3
Travailleur social principal	II+/2
Assistant médical principal	II+/2
Traducteur principal	II+/2
Assistant principal	II+/2
Travailleur social	II+/1
Traducteur	II+/1
Assistant médical	II+/1
Assistant	II+/1
Niveau II	
Premier rédacteur	II/4
Premier technicien	II/4
Rédacteur principal	II/3
Technicien principal	II/3
Rédacteur	II/1
Technicien	II/1
Niveau III	
Premier ouvrier spécialisé	III/6
Premier secrétaire	III/5
Ouvrier spécialisé principal	III/4
Secrétaire principal	III/3
Ouvrier spécialisé	III/2
Secrétaire	III/1
Niveau IV	
Premier ouvrier spécialisé A	IV/5
Ouvrier spécialisé A principal	IV/4
Premier messenger-téléphoniste	IV/4
Premier concierge	IV/4
Messenger-téléphoniste principal	IV/3

Grades	Echelles de traitement
Concierge principal	IV/3
Ouvrier spécialisé A	IV/3
Messenger-téléphoniste	IV/2
Concierge	IV/2

**Art. 22.** Dans le même arrêté est insérée une annexe V :

Annexe V

**Liste de conversion à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2004**

Ancien grade	Nouveau grade
Premier secrétaire de direction	Premier assistant
Premier assistant d'inspection	Premier assistant
Secrétaire de direction principal	Assistant principal
Assistant d'inspection principal	Assistant principal
Secrétaire de direction	Assistant
Assistant d'inspection	Assistant
Premier dessinateur-contrôleur des travaux	Premier technicien
Dessinateur-contrôleur des travaux principal	Technicien principal
Dessinateur-contrôleur des travaux	Technicien

CHAPITRE II. — *Modification de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pecuniaire de leurs agents*

**Art. 23.** L'article 4 de l'arrêté du Gouvernement du 7 juin 2001 portant organisation des organismes d'intérêt public de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pecuniaire de leurs agents, remplacé par l'arrêté du 20 février 2003, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 4. Dans les articles 1<sup>er</sup> à 5, 11, 12, alinéa 1<sup>er</sup>, 13 à 15, 23, 32, alinéa 1<sup>er</sup>, première et troisième phrases, 36.1, 36.12, 36.14, 43 à 45, 69, 71, 73 et 90 de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé, ainsi que dans le titre des annexes 1<sup>re</sup> et 3 de cet arrêté, les mots "Ministère de la Communauté germanophone" et "Ministère" sont remplacés par le mot "organisme".

**Art. 24.** L'article 6 du même arrêté du 7 juin 2001 est remplacé par la disposition suivante :

« Article 6. L'article 9 du même arrêté est rédigé comme suit :

« Article 9. Les déclarations de vacance d'emplois, les admissions au stage et les nominations sont décidées par le Conseil d'administration, sauf pour ce qui concerne le directeur délégué. Les déclarations de vacance d'emplois doivent être entérinées par le Gouvernement. » »

**Art. 25.** L'article 10 du même arrêté du 7 juin 2001 est remplacé par la disposition suivante :

« Article 10. L'article 14 du même arrêté est complété par l'alinéa suivant :

« Le programme du concours de recrutement pour le grade de « directeur délégué » est établi par le Gouvernement de la Communauté germanophone après concertation avec le Secrétaire permanent au recrutement. »

**Art. 26.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 12.1, libellé comme suit :

« Article 12.1. Aux articles 36.1, 36.3, 36.4 et 36.6 de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé, les mots « secrétaire général » sont remplacés par « président du conseil d'administration ».

Aux articles 36.2, 36.4, alinéa 3, 36.6 et 36.7 de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé, le mot « Gouvernement » est remplacé par « conseil d'administration ».

**Art. 27.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 12.2, libellé comme suit :

« Article 12.2. L'article 36.4, alinéa 4, est rédigé comme suit :

« Trois semaines avant la fin du stage, le président du conseil d'administration établit un quatrième rapport de stage contenant la recommandation de nommer ou pas. Le stagiaire vise immédiatement ce rapport pour attester qu'il en a pris connaissance. Il en reçoit copie. Le rapport et la recommandation sont immédiatement transmis au conseil d'administration. »

**Art. 28.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 12.3, libellé comme suit :

« Article 12.3. L'article 36.8, § 1<sup>er</sup>, est rédigé comme suit :

« § 1<sup>er</sup>. Lorsque le conseil d'administration, à la fin du stage, constate la réussite de celui-ci, la nomination par le Gouvernement intervient directement. »

**Art. 29.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 15.1, libellé comme suit :

« Article 15.1. Aux articles 88, 91, 99, 140, 146, 149, § 2, 152, 161, 167, § 4, et 202 de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé, il faut lire « l'organisme d'intérêt public concerné » en lieu et place de « Ministère ».

**Art. 30.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 15.2, libellé comme suit :

« Article 15.2. Aux articles 89, 91, 104, 117, alinéa 2, 120, § 2, 126, 132, 154, 155, 168, alinéa 1<sup>er</sup>, 169, 171, 172 et 217 de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé, il faut lire « directeur délégué » en lieu et place de « secrétaire général ».

**Art. 31.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 15.3, libellé comme suit :

« Article 15.3. Aux articles 105, 121, 137, alinéa 2, 139, 159, 162, 170 et 187 de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé, il faut lire « directeur délégué » en lieu et place de « chef de division ».

**Art. 32.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 15.4, libellé comme suit :

« Article 15.4. Aux articles 89, 138, 180, 181 et 183 de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé, il faut lire « conseil d'administration » en lieu et place de « Gouvernement ».

**Art. 33.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 15.5, libellé comme suit :

« Article 15.5. L'article 117, alinéa 3, de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé est rédigé comme suit :

« La décision est prise par le directeur délégué. » »

**Art. 34.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 15.6, libellé comme suit :

« Article 15.6. L'article 120, alinéa 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé est rédigé comme suit :

« Un agent qui souhaite demander un congé pour convenance personnelle introduit, au plus tard deux mois avant le début dudit congé, une demande écrite auprès du directeur délégué, lequel prend la décision. » »

**Art. 35.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 15.7, libellé comme suit :

« Article 15.7. L'article 137, alinéa 3, de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé est rédigé comme suit :

« Le directeur délégué prend la décision. » »

**Art. 36.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 15.8, libellé comme suit :

« Article 15.8. L'article 158, deuxième phrase, de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé est rédigé comme suit :

« C'est le directeur délégué qui décide du caractère obligatoire d'une formation ou formation continue. » »

**Art. 37.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 15.9, libellé comme suit :

« Article 15.9. L'article 160 de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé est rédigé comme suit :

« Article 160. Le directeur délégué statue dans les dix jours ouvrables sur la demande introduite par l'agent et communique sa décision par écrit à l'agent.

Un refus de la demande doit être motivé.

L'intéressé a un droit de recours auprès du président du conseil d'administration, lequel statue définitivement. Le président du conseil d'administration informe le Conseil d'administration des recours introduits. » »

**Art. 38.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 15.10, libellé comme suit :

« Article 15.10. L'article 168, alinéa 2 de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé est rédigé comme suit :

« Deux mois au moins avant le début du congé sollicité, l'agent introduit sa demande motivée par la voie hiérarchique auprès du directeur délégué. La demande doit être accompagnée d'une description des cours et d'un relevé des périodes d'absence prévues. » »

**Art. 39.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 15.11, libellé comme suit :

« Article 15.11. L'article 175 de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé est rédigé comme suit :

« Article 175. La demande de dispense de service pour mission est introduite auprès du président du conseil d'administration. La demande est accompagnée d'une description détaillée de la mission, avec mention du début de celle-ci et de la durée probable de la dispense de service.

Le président du conseil d'administration prend sa décision sur avis du directeur délégué concerné et la communique par écrit à l'agent.

En cas de décision négative, l'agent reçoit communication écrite de la motivation dans les dix jours ouvrables suivant la réception de la demande. » »

**Art. 40.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 15.12, libellé comme suit :

« Article 15.12. A l'article 178 de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé, il faut lire « président du conseil d'administration » au lieu de « ministre compétent en matière de Personnel ». »

**Art. 41.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 15.13, libellé comme suit :

« Article 15.13. Aux articles 173 et 198 de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé, il faut lire « directeur délégué » au lieu de « chef de division ».

Les mots « et au secrétaire général », « ainsi que le secrétaire général » et « et du secrétaire général » sont supprimés sans être remplacés. »

**Art. 42.** Dans le même arrêté du 7 juin 2001 est inséré un article 15.14, libellé comme suit :

« Article 15.14. L'article 201 de l'arrêté du 27 décembre 1996 susvisé est rédigé comme suit :

« Article 201. La proposition de peine disciplinaire émane du directeur délégué. Si la proposition concerne le directeur délégué, elle émane du ministre compétent en matière de Personnel.

Le directeur délégué qui a fait la proposition ne participe pas aux délibérations portant sur la peine disciplinaire à prononcer. » »

### CHAPITRE III. — *Dispositions transitoires, abrogatoires et finales*

**Art. 43.** Lors de procédures de recrutement entamées avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, les conditions de diplôme ou d'admission applicables avant l'adoption de cet arrêté le restent par dérogation à l'article 2 et à l'article 4, 3°.

**Art. 44.** Sont abrogés en ce qui concerne le personnel du Ministère de la Communauté germanophone :

1° l'arrêté royal du 1<sup>er</sup> juin 1964 relatif à certains congés accordés à des agents des administrations de l'Etat et aux absences pour convenance personnelle;

2° l'arrêté royal du 2 avril 1975 relatif au congé accordé à certains membres du personnel des services publics pour accomplir certaines prestations au bénéfice de groupes politiques reconnus des assemblées législatives nationales communautaires ou régionales ou au bénéfice des présidents de ces groupes;

3° l'arrêté royal du 21 novembre 1980 relatif au congé accordé à certains agents de l'Etat mis à la disposition du Roi;

4° l'arrêté royal n° 46 du 10 juin 1982 relatif aux cumuls d'activités professionnelles dans certains services publics;

5° l'arrêté royal du 28 février 1991 relatif à l'interruption à mi-temps de la carrière professionnelle dans les administrations de l'Etat;

6° l'arrêté royal du 28 février 1991 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans les administrations et autres services des ministères;

7° l'arrêté royal du 12 août 1993 relatif au congé accordé à certains agents des services de l'Etat mis à la disposition du Roi ou des Princes et Princesses de Belgique.

**Art. 45.** Les prestations réduites pour raisons familiales et sociales ainsi que les prestations réduites pour convenance personnelle en cours restent valables jusqu'à leur échéance.

**Art. 46.** La mise en disponibilité pour convenance personnelle est assimilée à l'absence pour convenance personnelle.

**Art. 47.** Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption, à l'exception des articles 4, 7°, 23, 26, 27 et 28 qui produisent leurs effets au 1<sup>er</sup> octobre 2003 et des articles 9, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 29 à 42, 44, 45 et 46 qui entrent en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2004.

**Art. 48.** Le Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 11 décembre 2003.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,

K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme,

B. GENTGES

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille, de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,

H. NIESSEN

VERTALING

#### MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2004 — 1001

[C — 2004/33018]

**11 DECEMBER 2003. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot wijziging van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren en van het besluit van de Duitstalige Gemeenschap van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 54, gewijzigd bij de wetten van 18 juli 1990 en 16 juli 1993;

Gelet op de richtlijn 92/85/EEG van 19 oktober 1992 inzake de tenuitvoerlegging van maatregelen ter bevordering van de verbetering van de veiligheid en de gezondheid op het werk van werkneemsters tijdens de zwangerschap, na de bevalling en tijdens de lactatie, inzonderheid op artikel 9;

Gelet op de richtlijn 96/34/EG van de Raad van 3 juni 1996 betreffende de door de UNICE, het CEEP en het EVV gesloten raamovereenkomst inzake ouderschapsverlof;

Gelet op het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 27 april 2000, 18 februari 2002, 18 november 2002 en 20 februari 2003;

Gelet op het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 20 februari 2003;

Gelet op de protocollen nr. S7/2001 van 20 juni 2001, S10/2001 van 29 oktober 2001, S4/2003 van 25 februari 2003 en S6/2003 van 22 augustus 2003 van het Sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op de adviezen van de Inspectie van Financiën, gegeven op 14 februari 2001, 13 december 2001, 19 februari 2003 en 26 augustus 2003;

Gelet op het akkoord van de Minister van Pensioenen, gegeven op 24 december 2002;

Gelet op het akkoord van de Minister-Président, bevoegd inzake Begroting en Personeel, gegeven op 17 maart 2003 en 26 augustus 2003;

Gelet op de beraadslaging van de Regering betreffende de aanvraag aan de Raad van State om binnen een termijn van ten hoogste één maand een advies uit te brengen;

Gelet op de adviezen nr. 35.862/3, 35.400/1 en 35.403/1, gegeven op 23 september 2003 door de Raad van State met toepassing van artikel 84, lid 1, 1°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

Overwegende dat de Raad van State in zijn advies aanbeveelt geen gescheiden besluiten aan te nemen, de bovenvermelde besluiten van 27 december 1996 en 7 juni 2001 echter aan te passen, en overwegende dat drie gescheiden besluiten in voorliggende tekst derhalve bij elkaar gebracht worden;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — *Wijziging van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren*

**Artikel 1.** Artikel 3, § 2, lid 2, van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren wordt door de volgende bepaling vervangen :

« De controle van de vereiste lichamelijke geschiktheid geschiedt door de Sociaal-Medische Rijksdienst of een door de Regering aangewezen erkende dienst. »

**Art. 2.** In artikel 4 van hetzelfde besluit worden volgende wijzigingen aangebracht :

1° in lid 3 wordt de passus «, hieronder « het koninklijk besluit van 26 september 1994 » genoemd » geschrapt;

2° er wordt een vierde lid ingevoegd, luidend als volgt :

« In afwijking van lid 3 wordt geen diploma of getuigschrift vereist voor de niveaus III en IV. »

**Art. 3.** Artikel 8 van hetzelfde besluit wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Artikel 8. Niemand kan een betrekking van een bepaald niveau bekleden zonder vooraf in het bezit te zijn van het voor dit niveau vereiste diploma of geslaagd te zijn voor het overeenkomstige overgangsexamen. »

**Art. 4.** In hoofdstuk II van hetzelfde besluit worden volgende wijzigingen aangebracht :

1° de artikelen 12 tot 22 vormen er de eerste afdeling van, getiteld « Algemeenheden »;

2° in artikel 12 wordt het inleidende zinsdeel als volgt vervangen :

« Niemand kan aangeworven worden als ambtenaar van het Ministerie wanneer hij, naast de in artikel 3, § 2, opgenomen algemene toelaatbaarheidsvereisten, niet aan de volgende voorwaarden voldoet : »;

3° in artikel 12 wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

« In afwijking van lid 1, 1°, kan voor de dienstgraden van de rangen I.A en I.B eveneens een ambtenaar van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap of van één der organismen bepaald in artikel 1 van het besluit van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan aangeworven worden die in het niveau I door bevordering vastbenoemd is. »;

4° artikel 18 wordt door de volgende bepaling vervangen :

« Artikel 18. Iemand kan slechts benoemd worden nadat hij een stage met vrucht heeft volbracht. »;

5° in artikel 21 wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

« Indien de stagiair wegens een reglementair mogelijke loopbaanonderbreking of wegens een vermindering van de arbeidstijd geen voltijdse prestaties levert tijdens de stage, dan wordt de in het eerste lid vermelde stageperiode naar rato van de vermindering van de prestaties verlengd. »;

6° de artikelen 23 tot 36 vormen er de tweede afdeling van, getiteld : « Stage in de niveaus I, II+, II, III en IV behalve voor de graden van de rangen I.A en I.B »;

7° er wordt een afdeling 3 met de artikelen 36.1 tot 36.10 ingevoegd :

« *Afdeling 3. — Stage voor de graden van de rangen I.A en I.B*

Artikel 36.1. De stage wordt verricht in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, onder het gezag van de minister bevoegd inzake Personeel voor de graden van rang I.A en onder het gezag van de secretaris-generaal voor de graden van rang I.B.

In het begin van de stage wordt de betrokkene onderricht over zijn statutaire rechten en verplichtingen.

De activiteit van de stagiair verschilt fundamenteel niet van de activiteit van een ambtenaar.

Artikel 36.2. De Regering kan de deelneming aan stages en aan opleidingen tijdens de stageperiode opleggen.

Artikel 36.3. Op het einde van de stage stelt de stagiair een persoonlijk stagerapport op. Dit rapport wordt 4 weken vóór de afloop van de stage aan de minister bevoegd inzake Personeel voor de graden van rang I.A en aan de secretaris-generaal voor de graden van rang I.B medegedeeld.

Artikel 36.4. Na de derde, de zesde en de negende maand van de stage stelt de minister bevoegd inzake Personeel voor de graden van rang I.A of de secretaris-generaal voor de graden van rang I.B een stageverslag op.

De stagiair moet dit stageverslag onverwijld viseren om te bekrachtigen dat hij ervan kennis heeft genomen. Hij krijgt een afschrift ervan.

De Regering wordt op de hoogte van de verslagen gesteld.

Drie weken vóór het einde van de stage stelt de minister bevoegd inzake Personeel voor de graden van rang I.A resp. de secretaris-generaal voor de graden van rang I.B een vierde stageverslag op met een aanbeveling aan de Regering al dan niet tot een benoeming over te gaan. De stagiair moet dit verslag onverwijld viseren om te bekrachtigen dat hij ervan kennis heeft genomen. Hij krijgt een afschrift ervan. Het verslag en de aanbeveling worden onverwijld aan de Regering toegestuurd.

Artikel 36.5. De stageverslagen en de evaluatie van een stagiair zijn gebaseerd op de volgende criteria :

1° aanleg voor rendement;

2° beroepsgeschiktheid;

3° teamgeest;

4° verantwoordelijkheidszin;

5° leiderscapaciteiten.

Naargelang de opdrachten van de stagiair kan zijn creativiteit eventueel in aanmerking worden genomen.

Artikel 36.6. Binnen 10 werkdagen na het verslag te hebben geïmprimeerd mag de stagiair over elk stageverslag een schriftelijk advies uitbrengen. Dit advies wordt tegelijk aan de minister bevoegd inzake Personeel of de secretaris-generaal naargelang het geval en aan de Regering toegestuurd.

Artikel 36.7. Na ontvangst van het verslag bedoeld in artikel 36.4, lid 4, en van de aanbeveling, alsmede desgevallend van het advies uitgebracht met toepassing van artikel 36.6 stelt de Regering op het einde van de stage vast of de stage al dan niet met vrucht volbracht werd. Te dien einde houdt zij rekening zowel met de stageverslagen en de desgevallend door de stagiair uitgebrachte adviezen als met de desgevallend opgelegde deelneming aan stages en opleidingen. De stagiair wordt, op zijn verzoek of op initiatief van de Regering gehoord tijdens de periode tussen de ontvangst van het verslag en van het desgevallend uitgebracht advies en het einde van de stage.

Artikel 36.8. § 1. Stelt de Regering op het einde van de stage vast dat de stage met vrucht werd volbracht, dan gebeurt de benoeming onmiddellijk.

§ 2. Werd de stage niet met vrucht volbracht, neemt de Regering een beslissing tot afdanking die aan de stagiair per aangetekende brief wordt betekend. Tot de dag van de beslissing tot afdanking wordt de stage van de stagiair geacht verlengd te worden.

Is de stagiair een vastbenoemde ambtenaar van het Ministerie of van één der organismen bepaald in artikel 1 van het besluit van het besluit van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan, dan wordt in afwijking van lid 1 geen beslissing tot afdanking genomen; na het einde van de stage bekleedt hij bij het Ministerie of het organisme opnieuw de graad en de rang die hij daar vóór het begin van zijn stage bekleedde.

Artikel 36.9. Vanaf de dag van de beslissing tot afdanking loopt een opzeggingstermijn van drie maanden. Op de datum van de beslissing tot afdanking wordt met de betrokkene een arbeidsovereenkomst voor een bepaalde duur van drie maanden afgesloten die overeenstemt met de bedoelde opzeggingstermijn.

Artikel 36.10. Aan de stage wordt ambtshalve en zonder opzegging een einde gesteld in dezelfde gevallen als bepaald voor het verlies, ambtshalve en zonder opzegging, van de hoedanigheid van ambtenaar.

Bovendien maakt het vrijwillig ontslag een einde aan de stage. »

**Art. 5.** In hetzelfde besluit wordt een hoofdstuk *Ibis* met de artikelen 36.11 tot 36.14 ingevoegd :

« **HOOFDSTUK *Ibis*.** — *Overname van vastbenoemde ambtenaren van andere overheden*

Artikel 36.11. Voor de toepassing van voorliggend hoofdstuk worden onder « overheden » de « administratieve overheden » bedoeld die vermeld zijn in artikel 14 van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973.

Artikel 36.12. Een ambtenaar van een andere overheid kan worden overgenomen.

Bij een overname gebeuren de afdanking bij de andere overheid en de vaste benoeming bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap zonder tijdonderbreking daar de overgenomen ambtenaar geen stage hoeft te lopen.

Artikel 36.13. Volgende overnamevoorwaarden zijn toepasselijk :

1° de ambtenaar is bij de overheid die hij verlaat in vast verband benoemd en bevindt zich in actieve dienst;

2° de ambtenaar vervult de toelatingsvoorwaarden opgenomen in artikel 3, § 2, lid 1.

Artikel 36.14. § 1. De ambtenaar kan bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap in een bepaald niveau benoemd worden, indien hij bij de overheid die hij verlaat in een graad in vast verband benoemd is waarvoor bij de aanwerving een diploma in het dienovereenkomstig niveau krachtens artikel 4 vereist is.

§ 2. Gaat het om een vaste benoeming in een andere graad dan een aanwervingsgraad, dan moet de ambtenaar bovendien in het dienovereenkomstig niveau de administratieve anciënniteit kunnen bewijzen die vereist is om als ambtenaar van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap in deze graad te kunnen worden bevorderd.

De diensten gepresteerd bij de overlaten overheid worden overeenkomstig de bepalingen van de artikelen 44 tot 48 berekend.

§ 3. Een overname in de graden van de rangen I.A en I.B is uitgesloten. »

**Art. 6.** In artikel 44 van hetzelfde besluit wordt tussen § 1 en § 2, dat § 3 wordt, een § 2 ingevoegd, luidend als volgt :

« § 2. Voor de ambtenaren overgenomen met toepassing van hoofdstuk *Ibis* worden de dienstanciënniteit en de niveauanciënniteit die zij bij de verlaten overheid verworven hebben krachtens de bepalingen van voorliggende afdeling berekend en voor de bevordering in aanmerking genomen. »

**Art. 7.** Artikel 55 van hetzelfde besluit wordt opgeheven.

**Art. 8.** In artikel 58, lid 1, van hetzelfde besluit wordt de tweede zin door de volgende bepaling vervangen :

« Voor de bevordering tot de graden IV.A, III.A, II.A, II+.A en I.D moet de kandidaat bovendien een niveauanciënniteit van ten minste 9 jaar kunnen bewijzen. »

**Art. 9.** In artikel 74, § 2, lid 2, van hetzelfde besluit wordt een punt 7° ingevoegd, luidend als volgt :

« 7° bij één der in artikel 117 bepaalde verlopen. »

**Art. 10.** In hetzelfde besluit wordt een artikel 81.1 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 81.1. Als de wedde van een ambtenaar aangeworven met toepassing van de bepalingen van voorliggend besluit geringer is als degene die hij voorheen als contractueel personeelslid verkreeg met toepassing van het besluit van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut, dan geniet die ambtenaar de hogere wedde totdat hij met toepassing van voorliggend besluit een wedde verkrijgt die ten minste zo hoog ligt. »

**Art. 11.** In hetzelfde besluit wordt een artikel 81.2 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 81.2. De Regering kan beslissen dat een ambtenaar, overgenomen met toepassing van hoofdstuk *Ibis*, verder krachtens de weddeschaal bezoldigd wordt die op hem toepasselijk was bij de door hem verlaten overheid totdat hij met toepassing van voorliggend besluit een wedde verkrijgt die ten minste zo hoog ligt. »

**Art. 12.** In hetzelfde besluit wordt een artikel 81.3 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 81.3. Een ambtenaar die voorheen bij het Ministerie of bij een organisme met toepassing van het besluit van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut als contractueel personeelslid werkzaam was, verkrijgt na vier jaar geldelijke anciënniteit, waarbij de als contractueel personeelslid gepresteerde diensten eveneens in aanmerking worden genomen, een bezoldiging overeenkomstig de weddeschaal van de eerste bevorderingsgraad van dezelfde loopbaan.

Deze bepaling heeft geen enkele uitwerking wat de rangschikking van de kandidaten voor de bevordering betreft. »

**Art. 13.** In hetzelfde besluit wordt een hoofdstuk VI met de artikelen 88 tot 92 ingevoegd :

« HOOFDSTUK VI. — *Rechten, plichten, onverenigbaarheden en cumulaties*

Artikel 88. De rechten en plichten van de ambtenaren en stagiairs van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap worden bepaald door de voorschriften van de artikelen 4 tot 8 van het koninklijk besluit van 22 december 2000 tot bepaling van de algemene principes van het administratief en geldelijk statuut van de rijksambtenaren die van toepassing zijn op het personeel van de diensten van de Gemeenschappen- en Gewestregeringen en van de Colleges van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en van de Franse Gemeenschapscommissie, alsook van de publiekrechtelijke rechtspersonen die ervan afhangen, hierna « A.P.K.B. » genoemd.

Artikel 89. § 1. Onder beroepsactiviteit moet elke bezigheid worden verstaan die recht geeft op een beroepsinkomen in de zin van het Wetboek van de inkomstenbelastingen. Afzonderlijke activiteiten zonder regelmatig karakter komen echter niet in aanmerking. De uitoefening van politieke mandaten wordt niet beschouwd als bijkomende beroepsactiviteit in de zin van voorliggend besluit.

§ 2. Elke bijkomende beroepsactiviteit uitgeoefend in de publieke sector dient de secretaris-generaal, vóór het begin ervan, langs hiërarchische weg medegegeeld te worden. Op voorafgaand advies van de directieraad mag hij binnen 20 kalenderdagen de Regering voorstellen, de activiteit te verbieden. De Regering beslist op de navolgende zitting.

§ 3. De ambtenaren mogen buiten hun diensturen geen bijkomende beroepsactiviteit in de privé-sector waarnemen dan met de schriftelijke machtiging van de Regering, behalve als het om een activiteit in het belang van de dienst gaat die in opdracht van een hiërarchische meerdere wordt uitgeoefend.

De secretaris-generaal legt de aanvraag m.b.t. de uitoefening van een bijkomende beroepsactiviteit in de privé-sector aan de directieraad ter advies voor. De Regering beslist na kennis te hebben genomen van het advies en rechtvaardigt desgevallend in haar beslissing waarom zij het advies niet volgt.

§ 4. De machtiging kan worden herroepen. De Regering wint vooraf het advies van de directieraad in.

Artikel 90. De bijkomende beroepsactiviteit is in het bijzonder niet aanvaardbaar als ze :

- 1° afbreuk kan doen aan het vervullen van de normale dienst;
- 2° de waardigheid van de functie in het gedrang kan brengen;
- 3° onverenigbaar schijnt te zijn met het statuut van ambtenaar.

Artikel 91. De secretaris-generaal beslist in welke dienst van het Ministerie de ambtenaar zijn activiteiten zal uitoefenen. Vóór elke wijziging hoort hij de betrokkene en de directieraad.

Artikel 92. Dit hoofdstuk is ook van toepassing op de stagiairs. »

**Art. 14.** In hetzelfde besluit wordt een hoofdstuk VII met de artikelen 93 tot 98 ingevoegd :

« HOOFDSTUK VII. — *Administratieve standen*

Artikel 93. Elke ambtenaar bevindt zich geheel of gedeeltelijk in één van de volgende administratieve standen :

- 1° dienstactiviteit,
- 2° non-activiteit.

Artikel 94. Behoudens andersluidende bepalingen heeft een ambtenaar in dienstactiviteit recht op zijn wedde, op bevordering en op tussentijdse verhogingen.

Artikel 95. Behoudens andersluidende bepalingen heeft een ambtenaar die zich in non-activiteit bevindt geen recht op wedde. Hij verliest zijn recht op bevordering en op tussentijdse verhogingen.

Artikel 96. Een ambtenaar bevindt zich altijd in dienstactiviteit behoudens een uitdrukkelijke bepaling die hem, van rechtswege of bij beslissing van de bevoegde instantie, geheel of gedeeltelijk in non-activiteit plaatst.

Artikel 97. Niemand mag geheel in non-activiteit blijven, indien hij aan alle voorwaarden voldoet om een pensioen te verkrijgen.

Artikel 98. Dit hoofdstuk is ook van toepassing op de stagiairs. »

**Art. 15.** In hetzelfde besluit wordt een hoofdstuk VIII met de artikelen 99 tot 191 ingevoegd :

« HOOFDSTUK VIII. — *Verloven en afwezigheden*

*Afdeling 1. — Algemeenheden*

Artikel 99. § 1. De verlofregeling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap is ook van toepassing op de stagiairs, behalve wat de volgende regelingen betreft :

- 1° afwezigheid wegens persoonlijke aangelegenheden;
- 2° afwezigheden bedoeld in artikel 117;
- 3° opleidingsverlof krachtens afdeling 10;
- 4° dienstvrijstelling voor de uitvoering van een opdracht die niet door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap wordt toevertrouwd.

§ 2. Volgende regelingen inzake afwezigheden zijn ook van toepassing op de contractuele personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap :

- 1° afdeling 2 : jaarlijks vakantieverlof en feestdagen;
- 2° afdeling 3 : omstandigheidsverloven;
- 3° ouderschapsverlof;
- 4° adoptieverlof;
- 5° afdeling 9 : dienstvrijstelling voor opleiding of voortgezette opleiding;

- 6° afdeling 10 : opleidingsverlof;
- 7° afdeling 11 : dienstvrijstelling voor opdracht;
- 8° afdeling 13 : dienstvrijstelling om ter beschikking te worden gesteld van de Koning of de Prinsen en Prinsessen van België;
- 9° afdeling 14 : dienstvrijstelling voor borstvoedingspauzes.

Artikel 100. Het begrip « werkdagen » betekent de dagen waarop de ambtenaar op grond van de arbeidsregeling die hem opgelegd is, verplicht is te werken.

Onder « verlof » dienen alle geregelde afwezigheden tijdens werkdagen te worden verstaan. Behalve andersluidende bepalingen wordt het verlof met de stand van dienstactiviteit gelijkgesteld.

De « dienstvrijstelling » omvat alle afwezigheden die door de overheid toegekend of opgelegd worden tijdens de arbeidsuren en die niet als verlof in aanmerking worden genomen. De dienstvrijstelling wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Onder « persoon met wie X samenleeft » dient de persoon verstaan te worden die met de ambtenaar als feitelijk gezin onder één dak woont.

Artikel 101. De gemiddelde maximum arbeidsduur mag 38 uur per week niet overschrijden.

Dit artikel is ook van toepassing op de contractuele personeelsleden.

Artikel 102. Onverminderd artikel 103 mag het personeelslid niet van zijn dienst afwezig zijn, tenzij het verlof of dienstvrijstelling heeft bekomen.

Onverminderd de eventuele toepassing van een tuchtstraf of van een administratieve maatregel komt het personeelslid dat zonder toestemming van de dienst afwezig is of de duur van zijn verlof overschrijdt, op non-activiteit te staan.

Artikel 103. De deelneming aan een georganiseerde werkonderbreking wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld. De ambtenaar heeft tijdens deze periode geen recht op wedde.

Tijdens de werkonderbreking hebben de contractuele personeelsleden geen recht op wedde.

Artikel 104. Behoudens andersluidende bepalingen worden de verloven, dienstvrijstellingen en overige afwezigheden door de secretaris-generaal of een door hem aangewezen vertegenwoordiger toegekend.

#### *Afdeling 2. — Jaarlijks vakantieverlof en feestdagen*

Artikel 105. Elke ambtenaar heeft recht op jaarlijks vakantieverlof.

Het jaarlijks vakantieverlof wordt door het afdelingshoofd toegekend.

Het jaarlijks vakantieverlof kan gesplitst worden; het moet echter tenminste een ononderbroken periode van 5 werkdagen omvatten.

Het aantal dagen jaarlijks vakantieverlof belooft voor ambtenaren :

1° tot 45 jaar : 26 dagen;

2° van 45 tot 50 jaar : 27 dagen;

3° vanaf vijftig jaar : 28 dagen.

Vanaf het jaar waarin de ambtenaar 60 jaar oud wordt, geniet hij één dag bijkomend vakantieverlof per jaar over zijn 60e verjaardag.

Het jaarlijks vakantieverlof wordt tijdens het kalenderjaar genomen waarop het recht betrekking heeft. Ten hoogste 10 verlofdagen mogen echter op het volgende kalenderjaar worden overgedragen. In gerechtvaardigde gevallen kan de directieraad van deze regeling afwijken ten einde de overdracht van een hoger aantal verlofdagen mogelijk te maken.

Artikel 106. § 1. Elke periode van dienstactiviteit geeft recht op jaarlijks vakantieverlof.

Dit verlof wordt in de volgende gevallen in evenredige mate verminderd :

1° indien een ambtenaar in de loop van het jaar in dienst treedt of zijn ambt definitief neerlegt;

2° in geval van afwezigheid wegens persoonlijke aangelegenheden;

3° voor de periode van de loopbaanonderbreking;

4° bij verminderde prestaties;

5° in het geval van één der onbezoldigde verlof- en afwezigheidsmogelijkheden;

6° tijdens de periode waar de ambtenaar zich in non-activiteit bevindt.

Bij de berekening van het aantal verlofdagen worden de decimalen naar de hogere halve dag afgerond.

De evenredige berekening is niet toepasselijk op de in artikel 105 vermelde dagen bijkomend vakantieverlof toegekend vanaf de 60e verjaardag.

§ 2. Indien de ambtenaar om dienstredenen zijn jaarlijks vakantieverlof niet heeft genomen vóór de dienst definitief te verlaten, dan verkrijgt hij voor de ontgane verlofdagen een compensatievergoeding die proportioneel is aan zijn laatste wedde.

Artikel 107. De ambtenaar is bovendien met verlof op alle wettelijke feestdagen alsook op 2 en 15 november, op 26 december, op de carnavalsmaandag en -dinsdag.

Voor de feestdag van de Duitstalige Gemeenschap krijgt de ambtenaar een bijkomend verlofdag waarover hij vrij kan beschikken en die aan dezelfde aanvraagregels onderworpen is als die m.b.t. het jaarlijks vakantieverlof.

De maandag van de kermis die op het oord plaatsvindt waar de dienst gevestigd is, geldt voor de betrokken ambtenaar als verlofdag. Indien de sluiting in het belang van de dienst onmogelijk is, kan de verlofdag gecompenseerd worden onder de voorwaarden bepaald in artikel 108.

De feestdagen worden met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Artikel 108. Indien een wettelijke feestdag of een in artikel 21 bepaalde verlofdag met een zaterdag of een zondag samenvalt, kan de ambtenaar over een dag compensatieverlof vrij beschikken die aan dezelfde aanvraagregels onderworpen is als die m.b.t. het jaarlijks vakantieverlof. In geval van deeltijds arbeid wordt het recht op een compensatieverlof in evenredige mate verminderd.

De directieraad kan echter vaste datums voor zulke inhaaldagen vastleggen. De ambtenaren die op deze dagen nochtans moeten werken, kunnen inhaaldagen krijgen onder de aanvraagregels zoals bepaald in het voorafgaande lid.

*Afdeling 3. — Omstandigheidsverloven*

Artikel 109. Behalve het jaarlijks vakantieverlof heeft de ambtenaar recht op omstandigheidsverloven overeenkomstig de volgende tabel :

Gebeurtenis	Aantal dagen
Huwelijk van de ambtenaar	4
Bevalling van de echtgenote of van de persoon met wie de ambtenaar samenleeft	10
Overlijden van de echtgenoot, van de persoon met wie de ambtenaar samenleefde of van een verwant in de eerste graad	4
Huwelijk van een kind	2
Huwelijk van een ouder of stiefouder, van zusters of broeders, stiefbroeders of -zusters of van een kleinkind	1
Overlijden van een verwant die onder hetzelfde dak woont	2
Overlijden van een verwant in de tweede graad, niet onder hetzelfde dak wonend als de ambtenaar	1
Priesterwijding of intreden in het klooster van een kind van de ambtenaar, van zijn echtgeno(o)t(e), of van de persoon met wie de ambtenaar op het tijdstip van de gebeurtenis samenleeft of elke andere gelijkaardige religieuze of vrijzinnige gebeurtenis	1
Plechtige communie van een kind van de ambtenaar, van zijn echtgeno(o)t(e), of van de persoon met wie de ambtenaar samenleeft, of elke andere gelijkaardige religieuze of vrijzinnige plechtigheid	1

Artikel 110. Een ambtenaar die bloed of plasma geeft, krijgt verlof de dag zelf of de dag nadien.

Artikel 111. Een ambtenaar die beenmerg afstaat, krijgt 4 dagen verlof vanaf de dag waarop het beenmerg wordt afgenomen.

Artikel 112. Een ambtenaar die een orgaan afstaat, krijgt verlof voor de tijd die noodzakelijk is voor de pre- en postoperatieve medische onderzoeken en voor de ziekenhuisopname. De nodige tijd wordt door een medisch attest gestaafd.

Artikel 113. De ambtenaar heeft recht op verlof voor de duur van zijn verplichting als gezworene.

Indien een ambtenaar vóór een rechtbank als getuige moet optreden of persoonlijk aanwezig moet zijn, krijgt hij verlof voor de noodzakelijke en bewijsbare duur.

De ambtenaar die lid van een stembureau is, krijgt een verlofdag op de eerste werkdag volgend op de verkiezing.

Artikel 114. De ambtenaar heeft recht op verlof om in vreedstijd als vrijwilliger prestaties te verrichten bij het Korps voor burgerlijke bescherming. Gelden ook als verlofdagen de deelnemingen aan oefeningen van de Belgische Strijdkrachten waarop de ambtenaar werd opgeroepen.

Indien de ambtenaar lid is van de vrijwillige brandweer, krijgt hij dienstvrijstelling voor de duur van de interventie die in zijn diensturen valt.

Artikel 115. De ambtenaar heeft recht op verlof om gehandicapten of zieken te begeleiden tijdens reizen georganiseerd door een door de Staat erkende organisatie.

Het verlof wordt slechts op voorlegging van een door de begeleidende organisatie uitgeleverd attest toegekend en mag niet meer bedragen dan 5 dagen per jaar.

Artikel 116. De ambtenaar heeft recht op vijf verlofdagen per jaar om een ziek gezinslid of de persoon met wie hij samenleeft te verzorgen.

De reden van het verlof wordt met een dokterattest gestaafd.

Artikel 117. De ambtenaar kunnen volgende verloven toegekend worden op voorwaarde dat ze niet in strijd zijn met het belang van de dienst :

1° 30 werkdagen per jaar om redenen van familiaal belang, die per hele dagen en telkens met perioden van ten minste vijf dagen moeten worden genomen;

2° verlof om deel te nemen aan een stage of proefperiode die buiten het Ministerie plaatsvindt;

3° verlof voor de duur van de verkiezingscampagne om zich kandidaat te stellen voor verkiezingen van de federale wetgevende kamers, van de gewest- en gemeenschapsraden, van de gemeente- of provincieraden en voor de Europese verkiezingen.

De ambtenaar moet bij de secretaris-generaal een schriftelijke aanvraag indienen, die voor de punten 2 en 3 ten minste één maand bij voorbaat moet worden ingediend.

De beslissing wordt door de secretaris-generaal na overleg met het betrokken afdelingshoofd genomen.

De verloven worden niet bezoldigd en worden voor het overige met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

*Afdeling 4. — Verlof voor persoonlijke aangelegenheden*

Artikel 118. Over zijn gehele loopbaan kan een ambtenaar aanspraak maken op een verlof voor persoonlijke aangelegenheden van hoogstens 2 jaar, op voorwaarde dat het niet strijdig is met het belang van de dienst.

Het verlof duurt ten minste één maand.

Het wordt niet bezoldigd en wordt met een periode van non-activiteit gelijkgesteld.

Artikel 119. Het verlof voor persoonlijke aangelegenheden begint altijd op de eerste dag van een maand.

Artikel 120. Een ambtenaar die een verlof voor persoonlijke aangelegenheden wenst te genieten, dient uiterlijk twee maanden vóór het begin van dit verlof een schriftelijke aanvraag bij de secretaris-generaal in. Deze beslist in het belang van de dienst na overleg met het bevoegde afdelingshoofd te hebben gepleegd.

Indien de secretaris-generaal de aanvraag verwierpt, dan moet hij binnen 10 dagen na ontvangst van deze aanvraag het personeelslid ervan informeren en zijn beslissing met redenen omkleden.

Artikel 121. Het verlof voor persoonlijke aangelegenheden dat ten minste drie maanden duurt, kan tussentijds door middel van een schriftelijke mededeling vervroegd worden beëindigd. De mededeling dient uiterlijk twee maanden vóór de wederopneming van de bezigheid bij het afdelingshoofd te worden ingediend.

*Afdeling 5. — Verlof naar aanleiding van een geboorte of adoptie**Onderafdeling 5.1. — Moederschaps- en vaderschapsverlof*

Artikel 122. Het moederschapsverlof, zoals geregeld bij artikel 39 van de Arbeidswet van 16 maart 1971, wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Artikel 123. De wedde van de vrouwelijke ambtenaar in moederschapsverlof dekt vijftien weken en zeventien weken in geval van de geboorte van een meerling.

Artikel 124. Het prenataal verlof begint ten vroegste zes weken en, in het geval van de geboorte van een meerling, 8 weken vóór de laatste zeven dagen die de vermoedelijke geboortedatum voorafgaan.

Artikel 125. Indien het prenataal verlof van 6 resp. 8 weken opgebruikt is en de geboorte na de zeven daaropvolgende dagen echter nog niet gebeurd is, dan wordt het prenataal verlof met de nodige duur verlengd. Het postnataal verlof van 8 weken wordt daardoor niet verminderd.

Artikel 126. De volgende afwezigheden die tijdens de zes weken of, in het geval van de geboorte van een meerling, de 8 weken van het prenataal verlof vallen, gelden als gewone werkdagen die na het postnataal verlof kunnen worden gecompenseerd :

1° het jaarlijks vakantieverlof;

2° de verlofdagen bepaald in de artikelen 107, 109 en 116;

3° de afwezigheden wegens ziekte, met uitzondering van de in artikel 124 vermelde afwezigheden.

Indien meer dan 10 dagen jaarlijks vakantieverlof naar het volgende kalenderjaar moeten worden verschoven, dan is de instemming van de secretaris-generaal vereist.

Artikel 127. De proeftijd wordt tijdens het moederschapsverlof onderbroken.

Artikel 128. In het kader van haar zwangerschap heeft de vrouwelijke ambtenaar recht op een dienstvrijstelling voor de prenatale en postnatale medische onderzoeken die niet buiten de diensturen kunnen plaatsvinden. Om dienstvrijstelling te bekomen, legt de vrouwelijke ambtenaar een attest van de behandelende arts voor.

Artikel 129. Zwangere of de borstgevende vrouwelijke ambtenaren mogen geen overuren verrichten. Als overuren dienen alle werkuren bovenop 38 uren per week te worden verstaan.

In geval van deeltijds arbeid worden de te verrichten arbeidsuren naar rata berekend.

Artikel 130. Indien de door de vrouwelijke ambtenaar uitgeoefende bezigheid een risico inhoudt voor de zwangerschap zoals bedoeld in de Arbeidswet van 16 maart 1971 en dit risico niet kan worden vermeden door een verandering van de arbeidsvoorwaarden of van de uit te oefenen taken, dan krijgt de vrouwelijke ambtenaar een dienstvrijstelling voor de nodige duur.

Artikel 131. In geval van miskraam vóór de 181e dag van de zwangerschap zijn de artikelen 122 tot 124 niet van toepassing.

Artikel 132. § 1. Als de moeder van het kind bij de bevalling overlijdt of na de geboorte langer dan de pasgeborene moet worden gehospitaliseerd, dan heeft de vader recht op vaderschapsverlof.

§ 2. In geval van overlijden van de moeder is de duur van het vaderschapsverlof ten hoogste gelijk aan de duur van het bevallingsverlof dat de moeder nog niet opgebruikt had.

De ambtenaar die een vaderschapsverlof wenst te genieten, informeert er de secretaris-generaal schriftelijk van binnen zeven dagen na het overlijden van de moeder. Dit geschrift vermeldt de aanvangsdatum van het verlof en de duur ervan. Een overlijdensakte wordt binnen een redelijke termijn voorgelegd.

§ 3. Als de moeder na de geboorte langer dan de pasgeborene moet worden gehospitaliseerd, dan is het vaderschapsverlof tot de duur van de hospitalisatie van de moeder beperkt, zonder echter de duur van het aantal overblijvende dagen moederschapsverlof te kunnen overschrijden.

De ambtenaar die een vaderschapsverlof wenst te genieten, informeert er onmiddellijk de secretaris-generaal schriftelijk van. Dit geschrift vermeldt de aanvangsdatum van het verlof en de duur ervan. Een attest van het ziekenhuis wordt bij de aanvraag gevoegd.

§ 4. Het vaderschapsverlof wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

*Onderafdeling 5.2. — Adoptieverlof*

Artikel 133. De ambtenaar heeft op eigen verzoek recht op verlof als hij een kind beneden de 10 jaar opneemt met het oog op adoptie of pleegvoogdij.

Het verlof bedraagt hoogstens vier of zes weken naargelang het opgenomen kind de leeftijd van drie jaar al dan niet heeft bereikt.

Het adoptieverlof wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

De proeftijd wordt tijdens het adoptieverlof onderbroken.

Artikel 134. Wanneer het opgenomen kind mindervalide is, wordt de duur van het verlof verdubbeld indien aan de voorwaarden wordt voldaan om kinderbijslag te genieten overeenkomstig artikel 47 van de gecoördineerde wetten betreffende de kinderbijslag van de loonarbeiders of artikel 26 van het koninklijk besluit van 8 april 1976 houdende regeling van de gezinsbijslag ten voordele van de zelfstandigen.

*Onderafdeling 5.3. — Ouderschapsverlof*

Artikel 135. Een ambtenaar in dienstactiviteit kan na een geboorte of adoptie een ouderschapsverlof genieten.

Artikel 136. Het ouderschapsverlof mag hoogstens drie maanden belopen en in maanden gesplitst worden. Het moet worden genomen voordat het kind de leeftijd van 10 jaar heeft bereikt.

Het ouderschapsverlof wordt niet vergoed en wordt voor het overige met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

*Afdeling 6. — Verminderde prestaties*

Artikel 137. De ambtenaar kan een vermindering van zijn diensturen worden toegekend; hij dient echter ten minste halftijds werk te verrichten.

Het verzoek om verminderde prestaties te verrichten moet ten minste twee maanden voordat het van kracht wordt bij het afdelingshoofd schriftelijk worden ingediend. Het verzoek om verlenging moet ten minste één maand voor het verstrijken van het verlof worden ingediend.

Het verzoek wordt aan de secretaris-generaal doorgestuurd die een beslissing neemt in overleg met het afdelingshoofd.

Wordt het verzoek verworpen, dan wordt de reden ervan aan de betrokken ambtenaar ten minste één maand vóór het begin van de maatregel schriftelijk medegedeeld.

Artikel 138. De Regering kan bepaalde ambten van de mogelijkheid om verminderde prestaties te verrichten geheel of gedeeltelijk uitsluiten.

Artikel 139. De arbeidsduur kan voor een periode van drie tot vierentwintig maanden worden verminderd. Iedere verdere verlenging, waarvan het aantal onbeperkt is, kan voor dezelfde periode worden aangevraagd.

De diensturen worden in overleg met het afdelingshoofd vastgelegd.

Artikel 140. § 1. De machtiging om verminderde prestaties te verrichten, wordt van rechtswege opgeschort zodra de ambtenaar één van de volgende verloven wenst te genieten :

- 1° verlof om in vredestand als vrijwilliger prestaties te verrichten bij het Korps voor burgerlijke bescherming;
- 2° verlof om zich kandidaat te stellen voor verkiezingen van de federale wetgevende kamers, van de gewest- en gemeenschapsraden, van de gemeente- of provincieraden of voor de Europese verkiezingen;
- 3° verlof om een stage of een proefperiode buiten het Ministerie te vervullen;
- 4° verlof naar aanleiding van een geboorte of adoptie;
- 5° dienstvrijstelling om ter beschikking te worden gesteld van de Koning, van een Prins of van een Prinses van België;

6° verlof zoals bepaald in artikel 77 van het koninklijk besluit van 28 september 1984 houdende de uitvoering van de wet van 19 december 1974 tot regeling van de betrekkingen tussen de overheid en de vakbonden van haar personeel.

§ 2. De bevordering tot een hogere graad maakt van rechtswege een einde aan de machtiging tot het verrichten van verminderde prestaties.

Artikel 141. De verminderde prestaties worden gelijkgesteld met een periode van non-activiteit.

Voor de berekening van de administratieve anciënniteit inzake bevordering :

- 1° worden de prestaties als voltijdse prestaties in aanmerking genomen, indien ze met minder dan 8 uren per week worden verminderd;
- 2° worden 1 976 uren deeltijds arbeid als 12 volle kalendermaanden in aanmerking genomen, indien de prestaties met meer dan 8 uren worden verminderd;
- 3° wordt een twaalfde van 1 976 uren deeltijds arbeid als een volledige kalendermaand in aanmerking genomen, waarbij slechts de volle uren worden gerekend.

Artikel 142. Op aanvraag van de ambtenaar, die hij een maand bij voorbaat moet indienen, kan aan de verminderde prestaties vervoegd een einde worden gemaakt.

#### *Afdeling 7. — Ziekteverlof*

Artikel 143. De ambtenaar die wegens ziekte of gebrekkigheid verhinderd is zijn ambt uit te oefenen, bevindt zich in ziekteverlof.

Het ziekteverlof wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Artikel 144. De Regering legt de bepalingen m.b.t. de controle van de afwezigheden wegens ziekte vast.

Artikel 145. Voor de eerste drie dienstjaren beschikt elke ambtenaar over 63 werkdagen als ziekteverlof. Voor elke verdere schijf van 12 maanden dienstanciënniteit wordt dit aantal met 21 werkdagen verhoogd.

Voor oorlogsinvaliden bedraagt het ziekteverlof 32 werkdagen per dienstjaar resp. 95 werkdagen voor de eerste drie jaren.

Artikel 146. § 1. Het effectief aantal verlofdagen wegens ziekte toegekend per periode van 12 maanden wordt in evenredige mate verminderd, indien de ambtenaar om de volgende redenen afwezig is :

- 1° verlof om zich kandidaat te stellen voor verkiezingen van de federale wetgevende kamers, van de gewest- en gemeenschapsraden, van de gemeente- of provincieraden of voor de Europese verkiezingen;
- 2° verlof om een stage of een proefperiode buiten het Ministerie te vervullen;
- 3° loopbaanonderbreking;
- 4° elke andere periode van non-activiteit;
- 5° ziekteverlof, met uitzondering van het in artikel 149 bepaald verlof;
- 6° verminderde prestaties.

Indien het zo berekende aantal dagen ziekteverlof decimalen omvat, wordt het afgerond naar de onmiddellijk hogere eenheid.

§ 2. Indien de ambtenaar verminderde prestaties verricht, worden de dagen afwezigheid tijdens welke de ambtenaar zijn prestaties diende te verrichten als ziekteverloven aangerekend.

Artikel 147. Om de dienstanciënniteit met het oog op de berekening van het aantal dagen bepaald in artikel 145 vast te leggen, geldt de regeling waarin artikel 45 voorziet.

Artikel 148. § 1. Wordt de ambtenaar ziek vóór het begin van een toegekend verlof, dan vervangt het door een medisch attest regelmatig gemotiveerd ziekteverlof het toegekend verlof.

Indien de ambtenaar tijdens een toegekend verlof ziek wordt, dan blijft het toegekend verlof geldig.

Indien de ambtenaar in een ziekenhuis wordt opgenomen, dan vervangt het ziekteverlof het toegekend verlof.

§ 2. Paragraaf 1, lid 1, is niet toepasselijk op :

- 1° het verlof voor verminderde prestaties;
- 2° de loopbaanonderbreking.

Artikel 149. § 1. Het ziekte- of gebrekkigheidsverlof wordt zonder tijdsbeperking toegestaan naar aanleiding van :

- 1° een arbeidsongeval;
- 2° een ongeval op de weg van en naar het werk;
- 3° een beroepsziekte.

De dagen afwezigheid worden niet van het in artikel 145 bepaald aantal afgetrokken.

§ 2. De ambtenaar die volgens de beslissing van de gezondheidsdienst van het Ministerie door een beroepsziekte bedreigd wordt en daardoor tijdelijk moet ophouden zijn ambt uit te oefenen, krijgt verlof voor de nodige periode. Het verlof wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

De Regering bepaalt de modaliteiten m.b.t. het voorlopig verlof.

§ 3. Het ziekteverlof veroorzaakt door de fout van een derde en waarvan de oorzaak niet onder § 1 vermeld is, wordt ten belope van het percentage aansprakelijkheid dat aan de derde is toegewezen niet van het aantal overblijvende verlofdagen wegens ziekte afgetrokken.

Artikel 150. Een ambtenaar kan niet voorgoed arbeidsongeschikt worden verklaard alvorens hij niet alle verlofdagen wegens ziekte die hem toekomen, opgebruikt heeft.

Artikel 151. Vanaf het ogenblik dat een ambtenaar zijn verlofdagen wegens ziekte heeft opgebruikt, wordt tot een vermindering van 40 % van zijn laatste volle wedde overgegaan. De dan uitbetaalde wedde wordt beschouwd als een wachtwedde.

Het bedrag van de wedde mag echter niet minder bedragen dan :

1° de vergoeding die de betrokkene zou toekomen als de socialezekerheidsregeling op hem toepasselijk was;

2° het pensioenbedrag dat hij zou ontvangen als hij op dat ogenblik vroegtijdig op pensioen was gesteld wegens beroepsongeschiktheid.

Niemand krijgt een wachtwedde, als hij ambtshalve op pensioen kan worden gesteld.

De ambtenaar behoudt zijn recht op bevordering en op tussentijdse verhogingen.

Artikel 152. De ambtenaar die wegens ziekte een wachtwedde verkrijgt, wordt elk jaar in de loop van de maand die overeenstemt met de maand waar de wachtwedde is ingegaan tot een controle bij de gezondheidsdienst van het Ministerie opgeroepen. Een eerste controle geschiedt in de maand waar de wachtwedde ingaat.

Heeft de ambtenaar nagelaten aan de oproeping gevolg te geven, dan wordt de toekenning van een wachtwedde stopgezet totdat hij zich aan de controle onderwerpt.

Artikel 153. Indien de gezondheidsdienst de ziekte van de ambtenaar als zwaar en langdurig erkent, verkrijgt de ambtenaar een wachtwedde die met de laatste uitbetaalde wedde overeenstemt. Dit recht wordt slechts geopend nadat de ambtenaar een wachtwedde voor een ononderbroken periode van drie maanden heeft verkregen.

De financiële toestand van de ambtenaar wordt met terugwerkende kracht gerechtigd m.i.v. de dag waarop de wachtwedde ingaat.

#### *Afdeling 8. — Halftijdse dienstherhvatting in geval van ziekte*

Artikel 154. Als men na het controle-onderzoek uitgevoerd met toepassing van artikel 7 van het besluit van de Regering van 20 november 1996 betreffende de controle van de afwezigheden wegens ziekte in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap tot de conclusie komt dat het personeelslid de dienst halftijds kan hervatten, dan wordt er de minister bevoegd inzake Personeel of de daartoe gemachtigde secretaris-generaal van verwittigd.

De minister of zijn gemachtigde nodigt het personeelslid uit de dienst halftijds te hervatten, voor zover het kan worden overeengebracht met de goede werking van de dienst.

Artikel 155. Op eigen verzoek mag de wegens ziekte of gebrekkigheid afwezige ambtenaar de dienst slechts halftijds hervatten voorzover hij de bevoegde ambtenaar-controleur een dienovereenkomstig attest van de behandelende arts voorlegt en dat de dienstherhvatting overeengebracht kan worden met de goede werking van de dienst.

De ambtenaar-controleur verwittigt er de minister bevoegd inzake Personeel of de daartoe gemachtigde secretaris-generaal van.

Artikel 156. De beslissing van de minister of van zijn gemachtigde m.b.t. de halftijdse dienstherhvatting geldt voor een periode van hoogstens 30 kalenderdagen.

Een verlenging van deze beslissing voor een verdere periode van hoogstens 30 kalenderdagen mag slechts worden toegekend als het personeelslid opnieuw een dienovereenkomstig attest voorlegt.

Het halftijds ziekteverlof wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

#### *Afdeling 9. — Dienstvrijstelling voor opleiding of voortgezette opleiding*

Artikel 157. De ambtenaar kan een dienstvrijstelling voor opleiding of voortgezette opleiding worden toegekend.

De ambtenaar heeft het recht een opleiding of voortgezette opleiding te volgen, die in de uitoefening van zijn activiteit nuttig is en hem het mogelijk kan maken de evaluatiecriteria en de bevorderingsvoorwaarden te vervullen.

Artikel 158. De opleiding of voortgezette opleiding is verplicht als ze noodzakelijk is om een correcte uitoefening van de activiteit van de ambtenaar verder te garanderen. De verplichting om een opleiding of voortgezette opleiding te volgen, wordt door de secretaris-generaal of het afdelingshoofd uitgesproken.

Artikel 159. De dienstvrijstelling toegekend om deel te nemen aan een opleiding of voortgezette opleiding moet uiterlijk een maand vóór het begin ervan schriftelijk bij het afdelingshoofd worden aangevraagd.

De aanvraag is met redenen omkleed en omvat uitleg over de gevraagde voortgezette opleiding.

Artikel 160. Het afdelingshoofd beslist over de aanvraag van de ambtenaar binnen 10 werkdagen en deelt zijn beslissing aan de ambtenaar en aan de secretaris-generaal schriftelijk mede.

Indien de aanvraag verworpen wordt, is een motivering geëist.

De betrokken ambtenaar kan tegen de beslissing bij de secretaris-generaal opkomen, die de definitieve beslissing neemt. De secretaris-generaal informeert de directieraad over de beroepen.

Artikel 161. De kosten die voor de toegekende opleiding of voortgezette opleiding ontstaan, worden door het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap gedragen.

Artikel 162. Indien de ambtenaar niet ten minste twee derden van de opleiding of voortgezette opleiding volgt, wordt de dienstvrijstelling opgeheven en automatisch in verlof omgezet.

Indien het voor de ambtenaar omwille van dwingende redenen, ziekte of ongeval echter niet mogelijk is aan een opleiding deel te nemen waarvoor hij zich had ingeschreven, verwittigt hij er het afdelingshoofd onmiddellijk van. De dienstvrijstelling is voor de overblijvende duur opgeheven.

Artikel 163. Over zijn gehele loopbaan mag de ambtenaar twee maal een dienstvrijstelling aanvragen om deel te nemen aan een niet door het Ministerie zelf georganiseerde voorbereiding op een overgangs- of bevorderingsexamen.

De ambtenaar wordt daarvoor een dienstvrijstelling verleend.

Artikel 164. Voor een individuele voorbereiding op een overgangs- of bevorderingsexamen wordt de ambtenaar een dienstvrijstelling van gezamenlijk 5 werkdagen per examen verleend.

Voor het examengedeelte dat in een opstel bestaat, krijgt de ambtenaar geen vrijstelling.

De dienstvrijstelling moet binnen drie weken vóór de datum van het examen worden genomen. Neemt de ambtenaar niet deel aan het examen, dan worden de aangevraagde vrije dagen automatisch in verlof omgezet behalve in geval van overmacht.

*Afdeling 10. — Opleidingsverlof*

Artikel 165. De ambtenaar kan een opleidingsverlof krijgen om studies in het hoger onderwijs van het korte of het lange type, universitaire studies of studies leidend tot het verkrijgen van een hogere academische titel te volgen. Het verlof wordt met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Artikel 166. De gekozen opleiding moet in verband staan met de huidige functie van de ambtenaar of met de functie die hij in de toekomst zou kunnen uitoefenen in de openbare diensten van de Duitstalige Gemeenschap.

Het verlof kan bovendien geheel of gedeeltelijk geweigerd worden als het onverenigbaar is met het belang van de dienst. Het belang van de dienst mag echter niet in twee opeenvolgende jaren ingeroepen worden om een opleidingsverlof te weigeren.

Voor eenzelfde opleiding kan het verlof niet meerdere keren worden gevraagd.

Artikel 167. § 1. Voor opleidingen waarbij men in de les aanwezig moet zijn, komt de duur van het verlof overeen met het aantal uren waaraan de betrokkene effectief deelneemt. De ambtenaar mag de opleidingsuren die buiten de normale diensturen vallen, tijdens zijn diensturen compenseren.

§ 2. Als de opleiding geen aanwezigheid vereist, dan stemt de duur van het verlof overeen met het aantal uren dat bij dezelfde opleiding met verplichte aanwezigheid als aanwezigheidsduur zou worden vereist.

§ 3. Het verlof mag in geen geval 120 uren per schooljaar overschrijden. Onder « schooljaar » verstaat men de periode van 1 september tot 31 augustus.

§ 4. Het maximum vastgesteld in vorig lid wordt evenredig verminderd naargelang van de volgende, gedurende het lopende schooljaar verkregen afwezigheden :

1° de afwezigheid waarbij de ambtenaar zich noch in dienstactiviteit noch in een gelijkaardige administratieve stand bevindt;

2° de afwezigheid wegens loopbaanonderbreking;

3° het verlof om redenen van familiaal belang;

4° het verlof voor de duur van een stage of proeftijd die buiten het Ministerie plaatsvindt;

5° het verlof om zich kandidaat te stellen voor verkiezingen;

6° het verlof voor persoonlijke aangelegenheden;

7° de dienstvrijstelling voor opdracht.

§ 5. Het verlof kan niet voor een opleidingsjaar toegekend worden dat de ambtenaar overzit omdat hij voor de eindexamens niet geslaagd is.

§ 6. Het maximum vastgelegd in de §§ 3 en 4 wordt verhoogd met het aantal uren verlof dat voor het vorige schooljaar in het belang van de dienst geweigerd werd.

Artikel 168. Het opleidingsverlof wordt door de secretaris-generaal na overleg met de directieraad toegekend. De beslissing bepaalt het aantal uren verlof voor de betrokken periode.

Ten minste twee maanden vóór het begin van het gewenste verlof dient de ambtenaar zijn met redenen omkleed verzoek langs hiërarchische weg bij de secretaris-generaal in. Het bevoegde afdelingshoofd voegt er zijn advies bij. Een studiebeschrijving en een lijst met de voorziene afwezigheidsperiodes moeten bij de aanvraag worden gevoegd.

Artikel 169. § 1. De ambtenaar deelt binnen de kortst mogelijke termijn en, desgevallend, voor elk jaar, een door de opleidingsinstelling uitgeleverd inschrijvingsbewijs mede. Dit bewijs bevat tenminste volgende gegevens :

1° de naam en het adres van de ingeschreven ambtenaar;

2° de precieze benaming en het volledige adres van de opleidingsinstelling;

3° de inschrijvingsdatum en het betrokken schooljaar;

4° de precieze type en benaming van de opleiding alsmede de nominale duur van het geheel der cursussen;

5° het aantal opleidingsuren die de ingeschreven ambtenaar moet volgen of, indien de aanwezigheid niet verplicht is, het aantal uren overeenkomstig artikel 167, § 3;

6° desgevallend, de opleidingsuren waarvan de kandidaat vrijgesteld is en die in vermindering van het aantal uren bedoeld onder punt 5 komen;

7° desgevallend, het wekelijks uurrooster van de opleiding;

8° het begin van de opleiding tijdens het schooljaar, de datum van het laatste examen van het schooljaar en, in voorkomend geval, van de tweede zitting.

§ 2. Na de opleiding en, desgevallend, na elk schooljaar, deelt de ambtenaar binnen de kortst mogelijke termijn een door de opleidingsinstelling uitgeleverd deelnemingsbewijs mede. Dit bewijs bevat tenminste volgende gegevens :

1° de naam en het adres van de ingeschreven ambtenaar;

2° de precieze benaming en het volledige adres van de opleidingsinstelling;

3° de inschrijvingsdatum en het betrokken schooljaar;

4° de precieze type en benaming van de opleiding alsmede de nominale duur van het geheel der cursussen;

5° a) voor opleidingen met verplichte aanwezigheid : het totaal aantal uren en het aantal uren waarbij de ambtenaar effectief aanwezig of gewettigd afwezig was alsmede het bewijs van zijn aan- of afwezigheid bij alle voorgeschreven examens;

b) voor afstandsopleidingen : het aantal lessen toegestuurd aan de ambtenaar en het aantal door hem teruggestuurde lessen alsmede de datum waarop de laatste les is teruggestuurd; deze datum geldt als einddatum van de opleiding;

c) voor geheel open opleidingen : het bewijs van de aan- of afwezigheid bij alle voorgeschreven examens;

6° desgevallend, de datum waarop de ambtenaar voortijdig stopt met de opleiding.

§ 3. Als de ambtenaar voortijdig stopt met de opleiding of, voor het afstandsonderwijs, zijn lessen niet binnen de voorgeschreven termijnen terugstuurt, komt er op dat ogenblik een einde aan het verlof. De ambtenaar deelt onmiddellijk zijn voortijdige stopzetting aan de secretaris-generaal schriftelijk mede. Binnen de kortst mogelijke termijn zendt hij zijn deelnemingsbewijs tot op het ogenblik van de stopzetting over.

§ 4. Op het einde van de opleiding zendt de ambtenaar zo spoedig mogelijk een eensluidend verklaard afschrift van het verkregen diploma over.

§ 5. Op elk ogenblik kunnen de secretaris-generaal of de door hem gemachtigde personeelsdienst bij de opleidingsinstelling inlichtingen krijgen over de deelneming aan de opleiding. De bewijzen worden door de ambtenaar aan de personeelsdienst overgezonden.

Artikel 170. De aanwending van de toegekende verlofuren wordt gepland in het belang van de dienst na overleg met het bevoegde afdelingshoofd en, desgevallend, met de dienstchef. De planning mag echter in geen geval afbreuk doen aan het recht om aan de lessen en aan de examens deel te nemen.

Voor eenzelfde opleiding kan de ambtenaar niet een opleidingsverlof én een dienstvrijstelling voor opleiding of voortgezette opleiding krijgen.

De ambtenaar die een opleidingsverlof krijgt, kan voor dezelfde opleiding geen vergoeding voor sociale promotie genieten.

Artikel 171. Indien de ambtenaar de vereiste bewijzen niet voorlegt of als blijkt dat hij ongewettigd de opleiding niet regelmatig volgt of, desgevallend, aan de meeste examens niet deelneemt, dan kan de secretaris-generaal het opleidingsverlof schorsen. De schorsing geldt voor het resterende gedeelte van het schooljaar en voor de twee volgende schooljaren.

Indien uren opleidingsverlof aantoonbaar onrechtmatig toegekend zijn, dan worden deze uren op het jaarlijks vakantieverlof gehouden.

#### *Afdeling 11. — Dienstvrijstelling voor opdracht*

Artikel 172. De minister bevoegd inzake Personeel kan, op advies van de secretaris-generaal en met de instemming van de betrokkene, een ambtenaar met het uitvoeren van een uitzonderlijke opdracht belasten. De opdracht vervangt of vult een tot nu toe door de ambtenaar uitgeoefende activiteit aan.

Elke ambtenaar kan een dienstvrijstelling krijgen om een opdracht bij een andere nationale of internationale overheid uit te voeren.

Artikel 173. Indien een oproep tot de kandidaten voor een in artikel 172, lid 2, bepaalde opdracht bekendgemaakt wordt, dient de belanghebbende ambtenaar zijn kandidatuur bij de bevoegde dienst in en informeert de Minister bevoegd inzake Personeel, de secretaris-generaal en het afdelingshoofd er tegelijkertijd van.

Artikel 174. De dienstvrijstelling wordt voor de duur van de opdracht verleend, t.w. hoogstens twee jaar.

De duur van de dienstvrijstelling kan tweemaal worden verlengd. De verlenging mag telkens twee jaar niet overschrijden.

Artikel 175. De aanvraag om dienstvrijstelling om een opdracht uit te voeren wordt bij de Minister bevoegd inzake Personeel ingediend. Een uitvoerige beschrijving van de opdracht met vermelding van de begindatum van de opdracht alsmede de vermoedelijke duur van de dienstvrijstelling wordt bij de aanvraag gevoegd.

De Minister bevoegd inzake Personeel beslist na het advies van het betrokken afdelingshoofd of van de secretaris-generaal te hebben ingewonnen en deelt zijn beslissing aan de ambtenaar schriftelijk mede.

In het geval van een ongunstige beslissing wordt de ambtenaar binnen 10 werkdagen na ontvangst van de aanvraag een met redenen omklede mededeling toegestuurd.

Artikel 176. De dienstvrijstelling om een opdracht uit te voeren wordt niet bezoldigd en wordt, voor het overige, met een periode van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Artikel 177. Tijdens een in artikel 172, lid 1, bedoelde opdracht mag de ambtenaar geen bijkomende wedde verkrijgen behalve bijzondere bijlagen die betrekking hebben tot de uitoefening van de opdracht.

Artikel 178. Mits inachtneming van een termijn van drie maanden kan de Minister bevoegd inzake Personeel vroegtijdig een einde maken aan een opdracht.

Indien aan de opdracht vroegtijdig een einde wordt gemaakt, hervat de ambtenaar onmiddellijk zijn dienst bij het Ministerie.

#### *Afdeling 12. — Politiek verlof*

Artikel 179. § 1. De ambtenaar wordt van ambtswege voltijds op verlof gesteld om de volgende politieke mandaten uit te oefenen :

1° lid van de bestendige deputatie van een provincieraad;

2° voorzitter van een agglomeratie of federatie van gemeenten;

3° lid van de Kamer van volksvertegenwoordigers, van de Senaat of van de federale Regering;

4° lid van het Europees Parlement of van de Europese Commissie;

5° lid van de Regering of van de Raad van het Waalse Gewest, van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest, van de Vlaamse Gemeenschap of van de Franse Gemeenschap;

§ 2. Het politiek verlof begint op de dag van de eedaflegging voor het bedoelde mandaat.

Het eindigt op de laatste dag van de maand volgend op de maand waarop het mandaat een einde neemt.

Artikel 180. § 1. De ambtenaar wordt van ambtswege deeltijds op verlof gesteld om de volgende politieke mandaten uit te oefenen :

1° burgemeester of schepen;

2° voorzitter van de Raad voor Maatschappelijk Welzijn.

De dienstprestaties worden zodanig verminderd, dat de te verstrekken diensten alleen maar 3/4 van een voltijdse betrekking mogen bedragen.

§ 2. Voor de in § 1 vermelde mandaten kan de ambtenaar een uitbreiding van het politiek verlof aanvragen. Overeenkomstig de aanvraag kunnen de dienstprestaties tot nihil of tot de helft van de uren herleid worden die noodzakelijk zijn voor een voltijdse betrekking. De Regering beslist op advies van de directieraad.

§ 3. Het politiek verlof begint op de dag van de eedaflegging voor het bedoelde mandaat en, in geval van een uitbreiding van het verlof, op de dag van de goedkeuring.

Het eindigt op de laatste dag van de maand volgend op de maand waarop het mandaat een einde neemt.

Artikel 181. De ambtenaar die een mandaat bij de gemeente- of provincieraad uitoefent, kan op aanvraag op politiek verlof worden gesteld.

Op grond van de aanvraag kunnen de dienstprestaties met één vierde of de helft van de dienstprestaties die noodzakelijk zijn voor een voltijdse betrekking verminderd worden. De Regering beslist op advies van de directieraad.

Het politiek verlof eindigt uiterlijk op de laatste dag van de maand volgend op de maand waarop het mandaat een einde neemt.

Artikel 182. De periodes gedekt door een op aanvraag of van ambtswege verleend politiek verlof worden niet bezoldigd; zij worden echter met periodes van dienstactiviteit gelijkgesteld.

Wat de contractuele personeelsleden betreft, wordt de overeenkomst geschorst tijdens de periodes gedekt door het op aanvraag of van ambtswege verleend politiek verlof. Zij worden echter bij de berekening van de geldelijke anciënniteit in aanmerking genomen.

Artikel 183. § 1. Na het einde van het politiek verlof mag de ambtenaar zijn wedde niet samen genieten met voordelen die verbonden zijn aan de uitoefening van een politiek mandaat waarvoor hij op politiek verlof werd gesteld en die een wederaanpassingsvergoeding uitmaken.

§ 2. Op aanvraag van de ambtenaar die na het einde van het mandaat een der in § 1 bedoelde vergoedingen geniet, kan de Regering hem een onbezoldigd verlof van hoogstens één jaar toekennen dat met non-activiteit gelijkgesteld wordt. Het wordt echter bij de berekening van de geldelijke anciënniteit in aanmerking genomen.

De voorschriften van artikel 182, lid 2, zijn mutatis mutandis van toepassing op de contractuele personeelsleden.

Artikel 184. Wat de lopende politieke mandaten betreft, begint het in dit besluit bepaald politiek verlof van ambtswege op de dag van de inwerkingtreding van deze afdeling.

*Afdeling 13. — Dienstvrijstelling om ter beschikking te worden gesteld van de Koning,  
een Prins of een Prinses van België*

Artikel 185. De Minister bevoegd inzake Personeel kan een ambtenaar ter beschikking stellen van de Koning, een Prins of een Prinses van België.

Artikel 186. Voor de duur van de terbeschikkingstelling krijgt de ambtenaar een dienstvrijstelling die met een periode van dienstactiviteit wordt gelijkgesteld.

*Afdeling 14. — Dienstvrijstelling voor borstvoedingspauzes*

Artikel 187. § 1. Tot ten hoogste zeven maanden na de geboorte van hun kind hebben de vrouwelijke ambtenaren recht op een dienstvrijstelling om hun pasgeborene met moedermelk te voeden of om hun melk af te kolven.

In uitzonderlijke omstandigheden die verband houden met de gezondheidstoestand van het kind en gestaafd zijn door medisch attest kan de totale duur van de periode waarin de ambtenaar recht heeft op borstvoedingspauzes met ten hoogste twee maanden verlengd worden.

§ 2. De borstvoedingspauze duurt een half uur. De ambtenaren die vier uur of meer per arbeidsdag presteren, hebben recht op één borstvoedingspauze. De ambtenaren die ten minste zeven en een half uur per dag werken, hebben die dag recht op twee borstvoedingspauzes. De ambtenaren die op twee borstvoedingspauzes per dag recht hebben, kunnen deze in één of twee keer nemen.

De duur van de borstvoedingspauze(s) wordt in de dagelijkse arbeidsduur inbegrepen.

Het ogenblik waarop de ambtenaar de borstvoedingspauze(s) opneemt, wordt in overleg met het afdelingshoofd bepaald. Wordt geen consensus bereikt, vallen de borstvoedingspauzes onmiddellijk vóór of na de in het arbeidsreglement bepaalde rusttijden.

§ 3. De ambtenaar die gebruik wenst te maken van het recht op borstvoedingspauzes moet het afdelingshoofd twee maanden voordien schriftelijk inlichten, behalve als een kortere termijn in onderlinge overeenstemming bepaald wordt.

Het recht op borstvoedingspauzes wordt toegekend na overlegging van een bewijs van borstvoeding dat bij het begin van de periode waarop gebruik wordt gemaakt van het recht op borstvoedingspauzes, naar keuze van de ambtenaar, ofwel door een consultatiebureau voor zuigelingen («Dienst für Kind und Familie», « O.N.E. » of « Kind en Gezin ») uitgereikt of in de vorm van een medisch getuigschrift ingediend wordt.

Nadien moet de ambtenaar elke maand een attest of een medisch getuigschrift bezorgen, telkens op de datum waarop de uitoefening van het recht op borstvoedingspauzes voor het eerst is ingegaan.

*Afdeling 15. — Beroepsprocedure*

Artikel 188. Met uitzondering van afdeling 9 « dienstvrijstelling voor opleiding of voortgezette opleiding » is het mogelijk bij de commissie van beroep op te komen tegen een beslissing m.b.t. een in dit hoofdstuk bedoelde aanvraag.

Artikel 189. De commissie van beroep is samengesteld zoals bepaald in artikel 32, leden 1 en 2.

Artikel 190. Het beroep dient binnen 10 werkdagen na ontvangst van de beslissing m.b.t. de aanvraag bij de voorzitter van de commissie schriftelijk te worden ingediend.

De ambtenaar die het beroep heeft aangetekend en de hiërarchische meerdere die de beslissing heeft uitgesproken, moeten vóór de commissie van beroep worden gehoord. De hiërarchische meerdere mag niet gelijktijdig lid van de commissie zijn. De ambtenaar mag zich door een persoon naar eigen keuze laten bijstaan.

Artikel 191. De commissie neemt de definitieve beslissing binnen 10 werkdagen na ontvangst van het beroep door haar voorzitter. »

**Art. 16.** In hetzelfde besluit wordt een hoofdstuk IX met de artikelen 192 tot 208 ingevoegd :

« HOOFDSTUK IX. — *Tuchtregeling*

Artikel 192. De ambtenaar kan onderworpen worden aan een tuchtprocedure :

- 1° bij tekortkoming aan zijn plichten;
- 2° bij inbreuk op de bepalingen m.b.t. de onverenigbaarheden;
- 3° na een strafrechtelijke veroordeling.

Artikel 193. De volgende tuchtstraffen kunnen worden uitgesproken :

- 1° de vermaning;
- 2° de blaam;
- 3° de inhouding van wedde;
- 4° de tuchtschorsing;
- 5° de terugzetting in graad;
- 6° de afzetting.

Artikel 194. De inhouding van wedde kan ten hoogste voor drie maanden worden uitgesproken. De inhouding mag niet meer dan een vijfde van de wedde voor voltijdse prestaties bedragen en mag het bedrag bepaald in artikel 23, lid 2, van de wet van 12 april 1965 betreffende de bescherming van het loon der werknemers niet overschrijden.

Artikel 195. De tuchtschorsing kan ten hoogste voor drie maanden worden uitgesproken. Voor de duur van de schorsing wordt de netto bezoldiging van de ambtenaar met hoogstens 1/5 verminderd, waarbij de vermindering het bedrag bepaald in artikel 23, lid 2, van de wet van 12 april 1965 betreffende de bescherming van het loon der werknemers niet mag overschrijden.

De duur van de tuchtschorsing komt niet in aanmerking voor de berekening van de administratieve en de geldelijke anciënniteit. De ambtenaar bevindt zich in non-activiteit.

Artikel 196. De terugzetting in graad bestaat in de toekenning van een graad van een lagere rang en een lagere weddeschaal die binnen hetzelfde of binnen een lager niveau is ingedeeld of in de toekenning van een lagere weddeschaal behorend tot dezelfde dienstgraad.

Artikel 197. Bij afzetting wordt de ambtenaar zonder opzeggingstermijn noch vergoeding ontslagen.

Artikel 198. De ambtenaar kan zich in elke stand van de procedure door een verdediger naar eigen keuze laten bijstaan.

In elke stand van de procedure kan de ambtenaar, op eigen verzoek, het dossier ter inzage nemen en fotokopieën ervan bekomen.

Artikel 199. De tuchtstraffen worden door de directieraad opgelegd, met uitzondering van de terugzetting in graad en de afzetting die door de Regering worden uitgesproken. Tuchtstraffen betreffende een afdelingshoofd of secretaris-generaal worden door de Regering opgelegd.

Tuchtstraffen worden in het persoonlijk dossier opgetekend en moeten bij de evaluatie in aanmerking worden genomen.

Artikel 200. § 1. De voorstellen die ertoe strekken een tuchtstraf op te leggen, mogen uitsluitend feiten betreffen die op het ogenblik van het voorstel sedert hoogstens zes maanden zijn vastgesteld.

§ 2. Indien dezelfde feiten ook het onderwerp zijn van een strafrechtelijke vervolging vangt de vermelde termijn slechts op het ogenblik aan dat de overheid ter kennis ervan is gesteld, dat een eindvonnis is uitgesproken of dat de strafrechtelijke vervolging is ingesteld.

§ 3. Voor reeds gesanctioneerde feiten kan de ambtenaar niet meer het voorwerp zijn van een tuchtprocedure, tenzij er tijdens de in § 1 vermelde verjaringstermijn nieuwe elementen zijn opgetreden die de instelling van een nieuwe procedure rechtvaardigen.

§ 4. Als er meer dan één feit ten laste van de ambtenaar gelegd wordt, kan dat niettemin slechts aanleiding geven tot één enkele procedure en tot het uitspreken van één tuchtstraf.

Artikel 201. Het voorstel dat ertoe strekt een tuchtstraf op te leggen wordt door het bevoegde afdelingshoofd gedaan. Betreft het voorstel een afdelingshoofd, dan wordt het door de secretaris-generaal gedaan; indien het de secretaris-generaal betreft, dan wordt het door de minister bevoegd inzake Personeel gedaan.

Het lid van de directieraad dat het voorstel heeft gedaan, neemt niet deel aan de beraadslaging over het uitspreken van de tuchtstraf.

Artikel 202. Het voorstel wordt schriftelijk geformuleerd, omstandig met redenen omkleed en aan het beslissingsorgaan medegedeeld. Binnen dertig kalenderdagen na ontvangst van de aangetekende brief deelt het beslissingsorgaan het voorstel en de motivering aan de betrokken ambtenaar mede. Binnen dertig kalenderdagen na ontvangst van deze aangetekende brief nodigt het beslissingsorgaan de ambtenaar uit tot een bespreking waar hij zich kan verdedigen. Tezeldertijd wordt de ambtenaar gehoord die het voorstel heeft geformuleerd.

De ambtenaar kan om de openbaarheid van de zitting verzoeken. In geval van openbaarheid wordt het personeel van het Ministerie bij voorbaat van het onderwerp, de plaats en het tijdstip van de zitting geïnformeerd.

Artikel 203. Na de beraadslaging kan de betrokkene binnen 15 kalenderdagen zijn argumenten per aangetekende brief aan het beslissingsorgaan meedelen.

Artikel 204. § 1. Het beslissingsorgaan kan geen zwaardere straf opleggen dan die welke werd voorgesteld en mag slechts feiten in aanmerking nemen die het instellen van de tuchtprocedure ten gronde lagen.

De tuchtstraf mag geen gevolg hebben dat voorafgaat aan het uitspreken ervan.

§ 2. Het beslissingsorgaan neemt zijn beslissing binnen een termijn van 30 kalenderdagen na de datum van de in de artikelen 201 en 202 bedoelde bespreking.

De met redenen omklede beslissing wordt per aangetekende brief aan de betrokkene onmiddellijk medegedeeld. Ze wordt definitief wanneer de betrokkene, binnen 15 kalenderdagen vanaf de datum van de aangetekende brief, geen beroep per aangetekende brief bij de commissie van beroep heeft ingediend. Desgevallend brengt de voorzitter van de commissie van beroep onmiddellijk het beroep ter kennis van het beslissingsorgaan.

Artikel 205. In geval van beroep neemt de commissie van beroep kennis van het door het beslissingsorgaan terzake opgesteld dossier, hoort de betrokkene en de ambtenaar die het voorstel heeft geformuleerd en deelt het beslissingsorgaan binnen een termijn van 30 kalenderdagen vanaf de datum van de aangetekende brief waardoor het beroep is ingesteld een met redenen omkleed advies m.b.t. de bestreden beslissing mede.

Het beslissingsorgaan neemt de definitieve beslissing binnen 15 kalenderdagen na de datum van de aangetekende brief waarmee het advies is medegedeeld.

Artikel 206. De commissie van beroep is samengesteld zoals bepaald in artikel 32. De voorzitter is echter een magistraat.

Mogen geen lid van de commissie van beroep zijn : een lid van de directieraad, de verdediger en elke bij de tuchtprocedure betrokken ambtenaar.

De betrokken ambtenaar mag één maal leden van de commissie van beroep wraken.

Artikel 207. § 1. Behalve bij afzetting wordt elke tuchtmaatregel onder de in § 2 vermelde voorwaarden doorgehaald en elke aanduiding uit het persoonlijk dossier geschrapt.

Onverminderd de uitvoering van de tuchtstraf mag ze vanaf de doorhaling geenszins in rekening worden gehouden.

§ 2. De doorhaling van de tuchtstraffen geschiedt van rechtswege na de volgende termijnen :

1° zes maanden in geval van vermaning;

2° negen maanden in geval van blaam;

3° één jaar in geval van inhouding van wedde;

4° twee jaar in geval van tuchtschorsing;

5° drie jaar in geval van terugzetting in graad.

De termijn gaat in vanaf de datum van de definitieve beslissing over de tuchtstraf.

Artikel 208. Dit hoofdstuk is van toepassing op de stagiairs. »

**Art. 17.** In hetzelfde besluit wordt een hoofdstuk X met de artikelen 209 tot 214 ingevoegd :

« HOOFDSTUK X. — *Schorsing in het belang van de dienst*

Artikel 209. Wanneer het belang van de dienst het vereist, kan de ambtenaar in zijn ambt tijdelijk worden geschorst. Daarover beslist de overheid bevoegd voor het uitspreken van de tuchtstraffen zoals bepaald in hoofdstuk V.

Deze overheid hoort vooraf de betrokken ambtenaar die zich mag laten bijstaan door een persoon naar eigen keuze. Het ontwerp van de beslissing en de motivering ervan worden aan de betrokkene minstens 5 werkdagen vóór de bespreking per aangetekende brief betekend, waarbij de termijn vanaf de datum van de aangetekende brief begint te lopen.

De beslissing wordt aan de betrokkene per aangetekende brief medegedeeld.

Artikel 210. De schorsing in het belang van de dienst mag hoogstens 12 maanden duren. Bij strafrechtelijk onderzoek of strafrechtelijke vervolging mag de duur van de schorsing echter maximaal tot het einde van het onderzoek of de vervolging worden verlengd.

Artikel 211. Onder de in artikel 15, § 2, van het A.P.K.B. vastgelegde voorwaarden en beperkingen kan het beslissingsorgaan de betrokkene voor de duur van de schorsing van de mogelijkheid ontzetten zijn rechten op bevordering en op tussentijdse verhogingen te doen gelden en kan zijn bezoldiging met hoogstens één vijfde van zijn wedde voor voltijdse prestaties verminderen.

Artikel 212. Binnen tien kalenderdagen vanaf de datum van de aangetekende brief waarin de beslissing wordt medegedeeld, kan de betrokkene tegen een schorsing een beroep per aangetekende brief indienen bij de in de artikelen 188 en 189 bedoelde commissie van beroep. Dit beroep heeft geen terugwerkende kracht wat de schorsing betreft.

De commissie van beroep raadpleegt het door de overheid opgesteld dossier en hoort de betrokkene. Binnen 30 kalenderdagen vanaf de datum van de aangetekende brief waarmee het beroep is ingediend, betekent deze commissie haar advies aan het orgaan bevoegd voor de schorsing. Het beslissingsorgaan neemt de definitieve beslissing binnen een termijn van 14 kalenderdagen vanaf de datum waarop het advies is medegedeeld.

De eventuele vermindering van de bezoldiging wordt bij intrekking van de schorsing met terugwerkende kracht gecorrigeerd.

Artikel 213. Desgevallend schrijft artikel 15, § 3, van het A.P.K.B. voor dat de schorsing in het belang van de dienst op de duur van de tuchtschorsing wordt aangerekend.

Artikel 214. Dit hoofdstuk is van toepassing op de stagiairs. »

**Art. 18.** In hetzelfde besluit wordt een hoofdstuk XI met de artikelen 215 tot 218 ingevoegd :

« HOOFDSTUK IX. — *Verlies van de hoedanigheid van ambtenaar en definitieve ambtsneerlegging*

Artikel 215. Niemand kan zijn hoedanigheid van ambtenaar verliezen vóór de normale leeftijd van de inruststelling, behalve in de gevallen bepaald door de pensioenwetgeving of door het A.P.K.B.

Artikel 216. De hoedanigheid van ambtenaar wordt ambtshalve verloren onder de in artikel 23 van het A.P.K.B. bepaalde voorwaarden.

Geven tevens aanleiding tot definitieve ambtsneerlegging : de inruststelling, het vrijwillig ontslag en het ontslag op grond van de bepalingen van de artikelen 193 en 218.

Artikel 217. De ambtenaar kan door vrijwillig ontslag zijn ambt neerleggen. In dit geval moet hij ten minste 60 dagen vóór de gekozen termijn een aanvraag per aangetekende brief bij de secretaris-generaal indienen. De voor de betrokken dienstgraad tot benoemen bevoegde overheid neemt de beslissing. Heeft de tot benoemen bevoegde overheid binnen de 30 dagen na de datum van de voormelde aangetekende brief geen beslissing betekend, dan wordt de aanvraag geacht goedgekeurd te zijn.

De aanvraagtermijn kan in onderlinge overeenstemming worden verkort.

Artikel 218. § 1. De ambtenaar die twee opvolgende keren de meest negatieve evaluatie heeft gekregen, wordt op gemotiveerd voorstel van de directieraad door de tot benoemen bevoegde overheid ontslagen.

Op zijn verzoek kan de betrokkene door de directieraad worden gehoord. Hij kan zich laten bijstaan door een persoon naar eigen keuze.

De beslissing tot ontslag genomen door de tot benoemen bevoegde overheid heeft uitwerking 15 dagen na ontvangst van de aangetekende brief met de mededeling van de beslissing en de motivering ervan aan de betrokkene, voor zover de betrokkene binnen deze termijn geen beroep bij de commissie van beroep per aangetekende brief indient.

§ 2. De commissie van beroep is samengesteld zoals bepaald in artikel 32.

De betrokkene en de voorzitter van de directieraad of een door hem aangewezen lid van de directieraad worden vóór de commissie van beroep gehoord. De betrokkene kan zich laten bijstaan door een persoon naar eigen keuze.

Binnen 30 dagen na de datum van de aangetekende brief waarmee het beroep werd ingesteld, deelt de commissie van beroep een advies aan de tot benoemen bevoegde overheid mede. Deze neemt haar met redenen omklede definitieve beslissing binnen 30 dagen na ontvangst van het bedoeld advies.

§ 3. De ontslagen ambtenaar verkrijgt een vergoeding.

De vergoeding stemt overeen met :

- 1° twaalf keer de laatste maandelijks wedde, indien de ambtenaar tenminste 20 jaar dienstanciënniteit telt;
- 2° acht keer de laatste maandelijks wedde, indien de ambtenaar tenminste 10 jaar dienstanciënniteit telt;
- 3° zes keer de laatste maandelijks wedde, indien de ambtenaar minder dan 10 jaar dienstanciënniteit telt.

Onder wedde verstaat men de eigenlijke wedde alsmede de vervangende vergoeding of toelage, met inbegrip van de hard- of standplaatstoelage. Bij het bepalen van de vergoeding wordt een voltijdse betrekking als basis genomen. »

**Art. 19.** In hetzelfde besluit wordt « hoofdstuk VI. — Opheffings-, wijzigings-, overgangs- en slotbepalingen » « hoofdstuk XII. — Opheffings-, wijzigings-, overgangs- en slotbepalingen » en worden de artikelen 88 tot en met 96 van het hoofdstuk de artikelen 219 tot en met 227.

**Art. 20.** De Bijlage I bij hetzelfde besluit wordt door de volgende bijlage vervangen :

#### Bijlage I

#### Lijst met de graden in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap Rangschikking van de graden naargelang de rangen

Graad	Rang
Niveau I	
Secretaris-generaal	IA
Bestuursdirecteur	IB
Eerste adviseur	IC
Leidend informaticus	IC
Adviseur	ID
Leidend vertaler	ID
Leidend burgerlijk ingenieur	ID
Leidend industrieel ingenieur	ID
Leidend architect	ID
Leidend inspecteur	ID
Juridisch adviseur	ID
Kunstwetenschappelijk adviseur	ID
Eerste informaticus	ID
Eerstaanwendend informaticus	IE
Adjunct-adviseur	IE
Hoofdvertaler-revisor	IE
Hoofd burgerlijk ingenieur	IE
Hoofd industrieel ingenieur	IE
Hoofdarchitect	IE
Hoofdinspecteur	IE
Adjunct-adviseur-jurist	IE
Kunstwetenschappelijk adjunct-adviseur	IE
Informaticus	IF
Adjunct	IF
Vertaler-revisor	IF
Burgerlijk ingenieur	IF
Industrieel ingenieur	IF
Architect	IF
Inspecteur	IF
Juridisch adjunct	IF
Kunstwetenschappelijk adjunct	IF

Graad	Rang
Niveau II+	
Eerste maatschappelijk werker	II+.A
Eerste vertaler	II+.A
Eerste medisch assistent	II+.A
Eerste assistent	II+.A
Hoofd maatschappelijk werker	II+.B
Medisch hoofdassistent	II+.B
Hoofdvertaler	II+.B
Hoofdassistent	II+.B
Maatschappelijk werker	II+.C
Vertaler	II+.C
Medisch assistent	II+.C
Assistent	II+.C
Niveau II	
Eerste opsteller	II.A
Eerste technicus	II.A
Hoofdopsteller	II.B
Hoofdtechnicus	II.B
Opsteller	II.C
Technicus	II.C
Niveau III	
Eerste vakman	III.A
Eerste secretaris	III.A
Hoofdvakman	III.B
Hoofdsecretaris	III.B
Vakman	III.C
Secretaris	III.C
Niveau IV	
Eerste vakman A	IV.A
Eerste bode-telefoniste	IV.A
Eerste huismeester	IV.A
Hoofdvakman A	IV.B
Hoofdbode-telefoniste	IV.B
Hoofdhuismeester	IV.B
Vakman A	IV.C
Bode-telefoniste	IV.C
Huismeester	IV.C

Art. 21. De Bijlage III bij hetzelfde besluit wordt door de volgende bijlage vervangen :

Bijlage III

Toepassing van weddeschalen op de graden in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap

Graden	Weddeschalen
Niveau I	
Secretaris-generaal	I/12
Bestuursdirecteur	I/11
Eerste adviseur	I/10
Leidend informaticus	I/9
Adviseur	I/8
Leidend vertaler	I/8
Leidend burgerlijk ingenieur	I/8
Leidend industrieel ingenieur	I/8
Leidend architect	I/8
Leidend inspecteur	I/8
Juridisch adviseur	I/8
Kunstwetenschappelijk adviseur	I/8
Eerste informaticus	I/7
Eerstaanwendend informaticus	I/5
Adjunct-adviseur	I/4
Hoofdvertaler-revisor	I/4
Hoofd burgerlijk ingenieur	I/4
Hoofd industrieel ingenieur	I/4
Hoofdarchitect	I/4
Hoofdinspecteur	I/4
Adjunct-adviseur-jurist	I/4
Kunstwetenschappelijk adjunct-adviseur	I/4
Informaticus	I/3
Adjunct	I/1
Vertaler-revisor	I/1
Burgerlijk ingenieur	I/1
Industrieel ingenieur	I/1
Architect	I/1
Inspecteur	I/1
Juridisch adjunct	I/1
Kunstwetenschappelijk adjunct	I/1
Niveau II+	
Eerste maatschappelijk werker	II+/3
Eerste vertaler	II+/3
Eerste medisch assistent	II+/3
Eerste assistent	II+/3
Hoofd maatschappelijk werker	II+/2
Medisch hoofdassistent	II+/2
Hoofdvertaler	II+/2
Hoofdassistent	II+/2
Maatschappelijk werker	II+/1
Vertaler	II+/1
Medisch assistent	II+/1
Assistent	II+/1
Niveau II	
Eerste opsteller	II/4
Eerste technicus	II/4

Graden	Weddeschalen
Hoofdopsteller	II/3
Hoofdtechnicus	II/3
Opsteller	II/1
Technicus	II/1
Niveau III	
Eerste vakman	III/6
Eerste secretaris	III/5
Hoofdvakman	III/4
Hoofdsecretaris	III/3
Vakman	III/2
Secretaris	III/1
Niveau IV	
Eerste vakman A	IV/5
Hoofdvakman A	IV/4
Eerste bode-telefoniste	IV/4
Eerste huismeester	IV/4
Hoofdbode-telefoniste	IV/3
Hoofdhuismeester	IV/3
Vakman A	IV/3
Bode-telefoniste	IV/2
Huismeester	IV/2

**Art. 22.** In hetzelfde besluit wordt een bijlage V ingevoegd :

Bijlage V

**Omzettingslijst vanaf 1 januari 2004**

Vroegere graad	Nieuwe graad
Eerste directiesecretaris	Eerste assistent
Eerste inspectieassistent	Eerste assistent
Hoofddirectiesecretaris	Hoofdassistent
Hoofdinspectiesecretaris	Hoofdassistent
Directiesecretaris	Assistent
Inspectieassistent	Assistent
Eerste tekenaar-controleur van werken	Eerste technicus
Hoofdtkenaar-controleur van werken	Hoofdtechnicus
Tekenaar-controleur van werken	Technicus

**HOOFDSTUK II.** — *Wijziging van het besluit van de regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan*

**Art. 23.** Artikel 4 van het besluit van de Regering van 7 juni 2001 houdende organisatie van de organismen van openbaar nut der Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren ervan, vervangen door het besluit van 20 februari 2003, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 4. In de artikelen 1 tot 5, 11, 12, lid 1, 13 tot 15, 23, 32, lid 1, eerste en derde zin, 36.1, 36.12, 36.14, 43 tot 45, 69, 71, 73 en 90, van het bovenvermelde besluit van 27 december 1996, alsmede in de titel van de bijlagen 1 en 3 bij dit besluit worden de woorden « Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap » en « Ministerie » door het woord « organisme » vervangen. »

**Art. 24.** Artikel 6 van hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 6. Artikel 9 van hetzelfde besluit luidt als volgt :

« Artikel 9. De vacantverklaring van betrekkingen, de toelatingen tot de stage en de benoemingen worden, behalve voor de betrekking als afgevaardigd directeur, door de Raad van beheer besloten. De vacantverklaring van betrekkingen moet door de Regering bekrachtigd worden. »

**Art. 25.** Artikel 10 van hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 10. Artikel 14 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met volgend lid :

« Het programma van het vergelijkend wervingsexamen voor de graad « afgevaardigd directeur » wordt door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap vastgelegd na overleg met de Vaste Wervingssecretaris. »

**Art. 26.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 12.1 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 12.1. In de artikelen 36.1, 36.3, 36.4 en 36.6 van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 wordt het woord « secretaris-generaal » door de woorden « president van de Raad van beheer » vervangen.

In de artikelen 36.2, 36.4, lid 3, 36.6 en 36.7 van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 wordt het woord « Regering » door de woorden « Raad van beheer » vervangen. »

**Art. 27.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 12.2 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 12.2. Artikel 36.4, lid 4, luidt als volgt :

De president van de Raad van beheer stelt drie weken vóór het einde van de stage een vierde stageverslag op met een aanbeveling om al dan niet tot een benoeming over te gaan. De stagiair moet dit verslag onverwijld viseren om te bekrachtigen dat hij ervan kennis heeft genomen. Hij krijgt een afschrift ervan. Het verslag en de aanbeveling worden onverwijld aan de Raad van beheer toegestuurd. »

**Art. 28.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 12.3 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 12.3. Artikel 36.8, § 1, luidt als volgt :

§ 1. Stelt de Raad van beheer op het einde van de stage vast dat de stage met vrucht werd volbracht, dan gaat de Regering onmiddellijk over tot de benoeming. »

**Art. 29.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 15.1 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.1. In de artikelen 88, 91, 99, 140, 146, 149, § 2, 152, 161, 167, § 4, en 202 van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 dient onder « Ministerie » « het betrokken organisme van openbaar nut » te worden verstaan. »

**Art. 30.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 15.2 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.2. In de artikelen 89, 91, 104, 117, lid 2, 120, § 2, 126, 132, 154, 155, 168, lid 1, 169, 171, 172 en 217 van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 dient onder « secretaris-generaal » « afgevaardigde directeur » te worden verstaan. »

**Art. 31.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 15.3 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.3. In de artikelen 105, 121, 137, tweede lid, 139, 159, 162, 170 en 187 van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 dient onder « afdelingshoofd » « afgevaardigde directeur » te worden verstaan. »

**Art. 32.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 15.4 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.4. In de artikelen 89, 138, 180, 181 en 183 van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 dient onder « Regering » « Raad van beheer » te worden verstaan. »

**Art. 33.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 15.5 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.5. Artikel 117, lid 3, van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 luidt als volgt :

« De beslissing wordt door de afgevaardigde directeur genomen. »

**Art. 34.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 15.6 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.6. Artikel 120, lid 1, van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 luidt als volgt :

« Een ambtenaar die een verlof voor persoonlijke aangelegenheden wenst te genieten, dient uiterlijk twee maanden vóór het begin van dit verlof een schriftelijke aanvraag bij de afgevaardigde-directeur in die daarover beslist. »

**Art. 35.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 15.7 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.7. Artikel 137, lid 3, van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 luidt als volgt :

« De afgevaardigde-directeur neemt de beslissing. »

**Art. 36.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 15.8 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.8. Artikel 158, tweede zin, van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 luidt als volgt :

« De verplichting om een opleiding of voortgezette opleiding te volgen, wordt door de afgevaardigde-directeur uitgesproken. » »

**Art. 37.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 15.9 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.9. Artikel 160, van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 luidt als volgt :

« Artikel 160. De afgevaardigde-directeur beslist over de aanvraag van de ambtenaar binnen 10 werkdagen en deelt zijn beslissing aan de ambtenaar schriftelijk mede.

Indien de aanvraag verworpen wordt, is een motivering geëist.

De betrokken ambtenaar kan tegen de beslissing bij de president van de Raad van beheer opkomen, die de definitieve beslissing neemt. De president van de Raad van beheer informeert de Raad van beheer over de beroepen. »

**Art. 38.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 15.10 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.10. Artikel 168, lid 2, van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 luidt als volgt :

« Ten minste twee maanden vóór het begin van het gewenste verlof dient de ambtenaar zijn met redenen omkleed verzoek langs hiërarchische weg bij de afgevaardigde directeur in. Een studiebeschrijving en een lijst met de voorziene afwezigheidsperiodes moeten bij de aanvraag worden gevoegd. »

**Art. 39.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 15.11 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.11. Artikel 175 van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 luidt als volgt :

« De aanvraag om dienstvrijstelling om een opdracht uit te voeren wordt bij de president van de Raad van beheer ingediend. Een uitvoerige beschrijving van de opdracht met vermelding van de begindatum van de opdracht alsmede de vermoedelijke duur van de dienstvrijstelling wordt bij de aanvraag gevoegd.

De president van de Raad van beheer beslist na het advies van de betrokken afgevaardigde-directeur te hebben ingewonnen en deelt zijn beslissing aan de ambtenaar schriftelijk mede.

In geval van een ongunstige beslissing ontvangt de ambtenaar een schriftelijke motivering binnen 10 werkdagen na ontvangst van de aanvraag. »

**Art. 40.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 15.12 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.12. In artikel 178 van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 dient onder « Minister bevoegd inzake Personeel » « president van de Raad van beheer » te worden verstaan. »

**Art. 41.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 15.13 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.13. In de artikelen 173 en 198 van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 dient onder « afdelingshoofd » « afgevaardigde-directeur » te worden verstaan.

De woorden « en aan de secretaris-generaal », « , de secretaris-generaal » en « en van de secretaris-generaal » worden geschrapt zonder vervangen te worden. »

**Art. 42.** In hetzelfde besluit van 7 juni 2001 wordt een artikel 15.14 ingevoegd, luidend als volgt :

« Artikel 15.14. Artikel 201 van bovenvermeld besluit van 27 december 1996 luidt als volgt :

« Artikel 201. Het voorstel dat ertoe strekt een tuchtstraf op te leggen wordt door de afgevaardigde-directeur gedaan. Betreft het voorstel de afgevaardigde directeur, dan wordt het door de minister bevoegd inzake Personeel gedaan.

De afgevaardigde-directeur die het voorstel heeft gedaan, neemt niet deel aan de beraadslaging over het uitspreken van de tuchtstraf. » »

### HOOFDSTUK III. — *Overgangs-, opheffings- en slotbepalingen*

**Art. 43.** In afwijking van de artikelen 2 en 4, 3°, blijven — bij wervingsprocedures aangevangen vóór de inwerkingtreding van voorliggend besluit — de diplomavereisten of toelatingsvoorwaarden toepasselijk die vóór de aanneming van voorliggend besluit toepasselijk waren.

**Art. 44.** Worden opgeheven wat het personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap betreft :

1° het koninklijk besluit van 1 juni 1964 betreffende sommige verloven toegestaan aan personeelsleden van de rijksbesturen en betreffende de afwezigheden wegens persoonlijke aangelegenheid;

2° het koninklijk besluit van 2 april 1975 betreffende het verlof dat aan sommige personeelsleden in overheidsdienst wordt verleend voor het verrichten van bepaalde prestaties ten behoeve van in de wetgevende vergaderingen van de Staat en van de Gemeenschappen of de Gewesten erkende politieke groepen, respectievelijk ten behoeve van de voorzitters van die groepen;

3° het koninklijk besluit van 21 november 1980 betreffende het verlof toegekend aan bepaalde rijksambtenaren die ter beschikking van de Koning worden gesteld;

4° het koninklijk besluit nr. 46 van 10 juni 1982 betreffende de cumulaties van beroepsactiviteiten in sommige openbare diensten;

5° het koninklijk besluit van 28 februari 1991 betreffende de halftijdse loopbaanonderbreking in de rijksbesturen;

6° het koninklijk besluit van 28 februari 1991 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in de besturen en andere diensten van de ministeries;

7° het koninklijk besluit van 12 augustus 1993 betreffende het verlof toegekend aan bepaalde, ter beschikking van de Koning of de Prinsen en Prinsessen van België gestelde personeelsleden van de Rijksdiensten.

**Art. 45.** De verminderde prestaties gewettigd door familiale of sociale redenen of wegens persoonlijke aangelegenheden blijven gelden tot hun einddatum.

**Art. 46.** De terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden wordt met een afwezigheid wegens persoonlijke aangelegenheden gelijkgesteld.

**Art. 47.** Dit besluit treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen, met uitzondering van de artikelen 4, 7°, 23, 26, 27 en 28, welke op 1 oktober 2003 uitwerking hebben, en van de artikelen 9, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 29 tot 42, 44, 45 en 46, welke op 1 januari 2004 in werking treden.

**Art. 48.** De Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 11 december 2003.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,  
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,  
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,  
B. GENTGES

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
H. NIESSEN